

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3.30 M., monatlich 1.10 M.,
 wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingungen
 beträgt für die sechsgepaltene Kolonne
 je Zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Insetts für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegraphisch: Adressen:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
 Verantwortlich: Amt I. Nr. 1508.

Mittwoch, den 4. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
 Verantwortlich: Amt I. Nr. 5121.

Wirtschaftliche Wirkungen des Friedensschlusses.

Kulturideale haben in der kapitalistischen Welt, wenn sie auch zum dekorativen Anspitz nicht zu entbehren sind, nur geringen Auswert, und so ist es verständlich, wenn aus den schönen Friedens-ergüssen der letzten beiden Tage weniger die Befriedigung über die Beendigung eines Krieges hervorklingt, der auf beiden Seiten zu steigender Verrohung und zur Verwüstung einst fruchtbarer Landstriche führte, als die Ermahnung darüber, daß es jetzt an ein Wiederaufbauen des zerstörten geht und bei diesem Beginnen gute Vorteile für Handel, Industrie und Geldverkehr zu erwarten sind. Die geschäftige Spekulation ist sogar eifrig daran, so weit es ihr möglich ist, schon jetzt alle Aus- sichten, die der Friedensschluß für eine Besserung der wirtschaftlichen Lage bietet, vorwegzunehmen und in Anschaffungen umzusetzen. Wie bereits im Februar, als zuerst die Anzeichen für baldigen Friedensschluß sprachen, die Börse mit einem fröhlichen Ausbruch auf dem Effektenmarkt antwortete, so haben auch diesmal wieder die Friedensnachrichten, noch ehe sie offizielle Bestätigung fanden, sowohl an den größeren kontinentalen Börsenplätzen als an der Londoner Stock Exchange ein Signal für wilde Kurstreibereien gegeben, die sich nicht nur auf Aktien, sondern auf die Werte aller möglichen Unternehmungen erstreckten, die ein blinder Geschäfts-Optimismus in wirtschaftliche Beziehungen zum südafrikanischen Markt zu bringen vermag.

Daß bei dieser Eskalation von Kurstücken und Erwartungen zumieist der Einfluß des Friedensschlusses auf die wirtschaftliche Lage überschätzt wird, kann nicht Wunder nehmen; immerhin muß zugestanden werden, daß tatsächlich die Beendigung des südafrikanischen Krieges die Entlastung des internationalen Geschäftsverkehrs von einem Druck bedeutet, der vieles zur Verschärfung der heute herrschenden Krise beigetragen hat, und daß daher, wenn nicht ernste Rückschlüsse im Gefolge der Ueberseespekulation, besonders in neueren Minenwerten, die anregende Wirkung der Reingestaltung der Dinge in Südafrika durchkreuzen, von dieser Reingestaltung eine günstige Einwirkung auf die gegenwärtige Wirtschaftslage Deutschlands erwartet werden darf.

Allerdings von einer raschen Zunahme des deutschen Export- handels nach den neuen Kolonien Englands in dem Maße, daß dadurch eingemahnen die Konsumabnahme des Inlandmarktes ausgeglichen wird, kann kaum die Rede sein. Sicherlich aber wird der Wieder- aufbau der Farmen, die Erweiterung der Minenbetriebe, eine wesent- liche Zunahme der Einfuhr in die Boerenrepubliken bringen. Um welche ansehnliche Zahlen es sich dabei handeln wird, lehrt der Auf- schnung, den die Einfuhr in Transvaal seit Beginn dieses Jahres, nach der Zurückdrängung der Boerentruppen in bestimmte, früher wenig besiedelte Gegenden, genommen hat. So betrug beispiels- weise in den zwei ersten Monaten dieses Jahres (für die späteren Monate fehlt noch die Zusammenstellung) der Gesamtwert der Ein- fuhr nach Transvaal (ohne die Einfuhr für die Bedürfnisse des englischen Heeres, der Regierung und der Eisenbahnen) 1 224 000 Pfd. Sterl. gegen 244 000 Sterl. in den Monaten Januar und Februar des Vorjahres und gegen nur 1 143 192 Pfd. Sterling im ganzen ersten Semester des Jahres 1901. Und von dieser Einfuhr von 1 224 000 Pfd. Sterl. kommen 380 000 Pfd. Sterl. auf landwirt- schaftliche Güter, Eisenwaren, Maschinen, 171 000 Pfd. Sterl. auf Kleider, Konfektionswaren zc., 151 000 Pfd. Sterl. auf Lebensmittel (ohne Getreide und Mollereiprodukte), 63 000 Pfd. Sterl. auf Getreide und Mehl, 54 000 Pfd. Sterl. auf Drogen und Chemikalien, 42 000 Pfd. Sterl. auf Mollereiprodukte, 25 000 Pfd. Sterl. auf Baumwollwaren.

In manchen dieser Artikel wird zweifellos schon in nächster Zeit die Einfuhr beträchtlich zunehmen, speziell was landwirtschaftliche Geräte, eiserne Baumaterialien, Eisenwaren, Maschinen, Kleider und Zeug, Möbel usw. anbetrifft; während andererseits, sobald erst die Farmen teilweise wieder im Betriebe sind, die hohe Einfuhr land- wirtschaftlicher Produkte schnell zurückgehen dürfte. Den weitaus größten Teil dieser Einfuhr aber wird ferner, wie schon bisher, sicherlich England liefern, zumal der Import Transvaals vielfach aus Waren besteht, in denen es am konkurrenzfähigsten auf dem Welt- markt ist, z. B. in besseren Baumwoll- und Wollwaren, und da es zudem den Vorteil hat, seiner Frachten besitzt. Als Artikel, in denen die deutsche Industrie unter Berücksichtigung der verschiedenen Frucht- verhältnisse mit England, auf dem südafrikanischen Markt zu konkurrenzieren vermag, kommen hauptsächlich nur Metallwaren und Maschinen (auch für Elektricitätsanlagen), Drogen und Chemikalien, fertige Kleider und Putzwaren in Betracht. In Eisen- und Stahl- waren, landwirtschaftlichen Geräten, Maschinen hat jedoch die deutsche Industrie dort neben der englischen auch der amerikanischen Kon- kurrenz Stich zu halten, die seit über einem Jahrzehnt in Südafrika sich einen nicht unbedeutenden Absatzmarkt zu schaffen verstanden hat. Die in den Minenbetrieben des Witwatersrand-Distrikts benutzten Maschinen sind meist amerikanischer Fabrikat.

Tatsächlich hat denn auch bislang Deutschland, obgleich ein im Jahre 1895 mit der Transvaal-Republik abgeschlossener Handels- vertrag ihm die Meistbegünstigung sicherte, nur in Eisenwaren, Maschinen, Drogen und Chemikalien einen größeren Export nach dem Transvaal gehabt (der Export nach dem Orange-Freistaat war vor dem Kriege kaum der Rede wert; er stellte sich in 1897 auf 221 000 M., in 1898 auf 160 000 M., und in 1899 auf 467 000 M.). Nach der deutschen Statistik betrug die Ausfuhr Deutschlands nach der Südafrikanischen Republik:

Gesamt-Export	Davon			
	Chemikalien zc.	Eisenwaren	Maschinen zc.	
1897 .. 12,05 Mill. M.	2,24 Mill. M.	2,86 Mill. M.	3,02 Mill. M.	
1898 .. 9,14 ..	3,84 ..	1,28 ..	1,50 ..	
1899 .. 11,95 ..	5,10 ..	2,14 ..	1,19 ..	
1900 .. 1,56 ..	0,48 ..	0,19 ..	0,25 ..	

Kann darf man zwar annehmen, daß ein Teil der Ausfuhr, die bislang nach der Kapkolonie und Natal gegangen ist, von dort weiter nach Transvaal gesandt wurde; aber selbst, wenn sich die Ausfuhr in Eisenwaren und Maschinen nach Transvaal noch im laufenden und nächsten Jahre demnach steigern sollte, daß sie den drei- oder vierfachen Betrag der Jahre vor Beginn des Krieges erreicht, würde doch immer noch nicht die Steigerung den Ausfall decken, den z. B. im letzten Jahre allein der Export von Eisenwaren und Maschinen nach Rußland infolge der dortigen Krise erlitten hat. Und was von dem Export gilt, das gilt auch von den über- triebenen Hoffnungen, die man auf die Hebung des deutschen Schiffs- verkehrs nach den südafrikanischen Häfen setzt. Sicherlich die Ver- frachtungen dorthin werden zunehmen, und es hat eine gewisse Ver- rechtigung, wenn daraufhin gestern an der Hamburger Börse der Kurs der Aktien der deutschen Ostafrika-Linie, deren Schiffe delantlich nach dem Vertrage mit der Regierung jetzt auch süd- afrikanische Häfen anlaufen, etwas anstieg; doch ist auch in dieser Hinsicht der Einfluß auf die Lage der deutschen Meeres- und Luft- schiffahrt nur ein geringfügiger, als daß er zu einem die Wirkung der Krise in stärkerer Maße ab- schwächenden Faktor werden könnte.

Wohl bedeutender erscheint der Einfluß, den der wahrscheinlich bald und rasch steigende Goldzufluß aus Transvaal auf den Welt- markt, und besonders den englischen Geldmarkt, auszuüben vermag. Hat das Verlangen des Goldzuflusses aus Trans- vaal in 1900 auch nicht die Krise heraufbeschwört, so hat es doch unbedingt die durch die Kapitalanspannung für industrielle Zwecke geschaffene Geldverknappung noch ver- stärkt. Noch im September 1899 hatten die Witwaters-Minen eine Ausbeute von 411 792 Unzen Gold geliefert, im Oktober fiel die Produktion auf 19 005 Unzen, die sich zwar dann in den nächsten Monaten wieder etwas hob, vom April nächsten Jahres ab aber fast ganz versagte. Dafür trat umgekehrt von England ein Gold- export nach Südafrika ein, da die Kriegführung der Engländer all- bald große Summen zu verschlingen begann. Die Folge war, daß in Anbetracht der Geldknappheit die Bank von England ihren Dis- kontsatz auf 6 Proz. erhöhte und die deutsche Reichsbank zu dem bisher unbekanntem Satz von 7 Prozent griff. Wie damals das Verlangen der Goldzufuhr den Geldmarkt verknappte, vermehrte jetzt eine Steigerung der Zufuhr ihn weiter zu erleichtern und durch ein Hervorrücken der Zinsen Mittel zu billigen Zinsfuß geschäftliche Neu-Unternehmungen zu fördern.

Noch mehr darf man sich von der Rückwirkung versprechen, welche die Hebung des englischen Handels, die Erleichterung der Finanzlage Englands durch den Wegfall der Kriegsausgaben, die Erneuerung und Veränderung seiner Heereseinrichtungen usw. auf die deutsche Handels- und Industrielle ausüben wird. Nur handelt es sich hier um Wirkungen, die erst nach und nach im internationalen Verkehr zur Geltung kommen und die durch unangebrachte Kur- streibereien nicht gehoben, sondern, da Rückschlüsse nicht ausbleiben würden, nur abgeschwächt werden können.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 3. Juni.

Der Branntwein im Reichstage.

Der Reichstag trat am Dienstag in den letzten Abschnitt seiner Tätigkeit vor der letzten Sommervertretung ein. Im Zeitraum von etwa 10 Tagen sollen noch die beiden Gesetzentwürfe über Schnaps und Zucker erledigt werden, an denen die einflussreichsten Kreise der Bevölkerung, in erster Linie die Agrarier, in hohem Maße interessiert sind. So braucht man sich nicht darüber zu wundern, daß ein wirklich beschlußfähiges Haus zu stande gekommen ist; auf der rechten Seite, im Centrum und bei den Nationalliberalen waren fast alle Plätze besetzt. Aber auch unsere Fraktion ist fast vollständig beisammen.

Graf Vallestrom eröffnete die Sitzung mit einer internationalen Kundgebung. Er drückte der „edlen französischen Nation“ das Mitgefühl Deutschlands in dem Unglück von Martinique aus.

Dann wurde sofort an die Arbeit gegangen. Das **Sacharinfsteuer-Gesetz**, das nun schon so lange zwischen Plenum und Kommissionsberatung hin und her pendelt, wurde auf Antrag des Centrumsabgeordneten Dr. Becker, der Zuckerbäder geheißt, in Anbetracht der durch die Brüsseler Konvention veränderten Situation wieder an die Zuckersteuer-Kommission verwiesen, ein Vorschlag, dem von keiner Seite ein Widerspruch begegnete.

Dann wurde die dritte Lesung der **Branntweinsteuer-Novelle** fortgesetzt. Die Situation, in der sich das Haus dieser Vorlage gegenüber befindet, ist mehr als eigentümlich. In Widerspruch mit der Geschäftsordnung hat die Kom- mission ihre Beratungen nicht bloß auf die ihr überwiesene Branntweinsteuer-Novelle der Regierung beschränkt, sondern das ganze Gesetz einer Durchsicht unterzogen und außer- ordentlich vielgestaltige Abänderungsbestimmungen getroffen. In Wirklichkeit handelte es sich jetzt um ein neues Brannt- weinsteuergesetz und dieses Gesetz kann nicht, wie die Ge- schäftsordnung verlangt, drei Lesungen unterzogen werden, sondern muß in einer, formell der dritten Lesung, erledigt

werden. Die Opposition beschränkte sich darauf, Verwahrung dagegen einzulegen, daß dieser Ausnahmefall, der sich aus der Geschäftslage des Hauses erklärt, als vorbildliche Regel künftig benützt werde. Sie führt den Kampf nicht auf formellem, sondern auf materiellem Gebiet.

Die Diskussion setzte bei dem Antrage des Abgeordneten Dr. Bachnick ein, der den sogenannten Apothekerschnaps auch weiter steuerfrei erhalten wollte. Es blieb aber nicht bei diesem beschränkten Thema, die Diskussion entfaltete sich viel- mehr zu einer vollen Generaldebatte. Dr. Bachnick gab eine scharfe Kritik der Kommissionsbeschlüsse und suchte nachzuweisen, daß das schließliche Ziel dieser Gesetzgebung das Branntweinmonopol sein müsse.

Scharfer und energischer ging Genosse Wurm vor, der in einer sachkundigen Rede die Schönheiten unserer Spiritus- gesetzgebung in allen Einzelheiten dem Hause vor Augen führte. Er wies auf die ungeheure Belastung der armen Bevölkerungsschichten durch die Besteuerung hin und forderte die Aufhebung der Verbrauchsabgaben. Eingehend wies er nach, daß nur der Übergang von einer höheren Besteuerung des Branntweins eine Einschränkung der Trunkenheit erwartet. Das ganze Gesetz ist, das war das Beweisthema der Rede, zugeschnitten auf die materiellen Interessen des Großgrund- besitzes. Die unverhüllte Interessenpolitik feiert in ihm ihre Triumphe.

Während Schatzsekretär Frhr. v. Thielmann sich vorher äußerst zurückhaltend über die Kommissionsbeschlüsse geäußert und der Regierung freie Hand vorbehalten hatte, schloß sich der preussische Finanzminister Frhr. v. Hei- n- haben genötigt, sich den Agrariern zuleibe als Schutz- weiser Wurm aufzuspielen und die Verbrauchsabgabenpolitik in einer Rede zu verteidigen, die, wie der freisinnige Ab- geordnete Dr. Müller-Sagan treffend hervorhob, in merkwürdigem Widerspruch zu dem gestrigen Auf- treten des Grafen Bülow im Abgeordnetenhaus stand. Wurm blieb Herrn v. Heinbaben die Antwort nicht schuldig und hatte die Vacher auf seiner Seite.

Die weiteren Debatte ist das Geständnis des Polen v. Dziemkowski bemerkenswert, der für seine Fraktion erklärte, daß sie nur deshalb für die Vorlage eintrete, weil sie es für ihre Aufgabe betrachte, angesichts der Polenpolitik der Regierung den polnischen Großgrundbesitzer zu schützen und zu schützen. Hier wurde also offen zugegeben, was sonst mit aller Energie bestritten wird.

Die geschlossene Majorität lehnte unsern Antrag auf Be- seitigung der Verbrauchsabgabe für Branntwein ebenso ab, wie den Antrag Bachnick. Auch bei den weiteren Para- graphen hielten sie die Beschlüsse der Kommission aufrecht.

Sehr interessant war noch eine Rede Wurm's, die die von uns beantragte Wiedereinführung des Reinigungs- zwanges für Trinkbranntwein verteidigte und dabei einen schlagenden Vergleich zwischen dem Vorkriegs-Verbot und der Erlaubnis, die Trinker mit Fuselöl zu vergiften, zog. Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

Ein Ausnahmefall gegen Landarbeiter.

Die Interpellation betreffend den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter, die am Mittwoch im Abgeordnetenhaus zur Be- ratung gelangt, ist nur ein Glied in der Kette der agrarischen Arbeiterbewegungsversuche. Seit Jahren streben die Junker danach, unter Umgehung der Reichsgesetzgebung mit Hilfe der einzelstaatlichen Gesetzgebung ihre volksunterdrückenden Pläne durchzusetzen. Bald gilt ihr Vorstoß dem Verbot, bald dem Koalitionsrecht der industriellen Arbeiter, bald der vermehrten Entziehung des ländlichen Proletariats.

Die Versuche, den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter kriminal zu ahnden, sind nicht neu. Einige Kleinstaat, wie Anhalt, Meckl., Mecklenburg, Braunschweig sind auf diesem Gebiete vorangegangen. Jetzt soll durch Preußens Anschlag an diese schändliche Aus- nahmegesetzgebung erreicht werden, daß, wie einer der agrarischen Oligarchen, Herr v. Wendel-Steinfels, im Januar 1900 sagte, „ein geschlossenes Gebiet der Kontraktbruch-Ver- lämpfung“ entsteht.

Das anhaltische Gesetz z. B. bedroht die widerrechtliche Ver- weigerung des Eintritts der Arbeit sowie das widerrechtliche Verlassen der Arbeit mit 30 Mark oder mit Haft bis zu 10 Tagen. Die Be- strafung tritt auf Antrag des Arbeitgebers ein. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche widerrechtlich den Eintritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, dürfen auf Antrag zwangsweise zurück- bezw. zugelassen werden. Auch ein dritter, der den landwirtschaftlichen Arbeiter zur widerrechtlichen Verweigerung des Eintritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleitet, wird mit Geldstrafe von 150 M. oder mit Haft bis zu sechs Wochen bedroht. Die gleiche Strafe trifft einen Arbeitgeber, der einen Arbeiter, von dem er weiß, daß er bei einem anderen Arbeitgeber widerrechtlich den Eintritt der Arbeit verweigert oder die Arbeit verlassen hat, für einen Zeitraum in Arbeit nimmt, wo der vertragsbrüchige Arbeiter dem anderen Arbeitgeber zur Arbeit verpflichtet ist. Mit Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen wird derjenige Arbeitgeber bedroht, welcher widerrechtlich die Annahme landwirtschaftlicher Arbeiter beim Eintritt des Arbeitsverhältnisses verweigert oder solche Arbeiter aus der Arbeit entläßt, ohne denselben die vertragmäßige Vergütung zu gewähren.

Für Preußen haben nach dem Gesetz vom 26. April 1854 das Gesetze und die ländlichen Arbeiter, welche die Arbeitgeber und die Obrigkeit zu gewissen Handlungen oder Zugeständnissen dadurch zu

Bestimmen suchen, daß sie die Einstellung der Arbeit oder die Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern verabreden oder zu einer solchen Verabredung anderer auffordern, Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre verurteilt. Das ist den Junkern noch nicht genug. Nachdem sie Jahre hindurch im Abgeordnetenhaus über den länderlichen Arbeitermangel geklagt und die tollsten Vor schläge zu seiner Beseitigung gemacht hatten, verlangten sie in der Session 1900 unter Führung der Herren v. Mendel-Stiefels und Frhr. v. Wangenheim die Vorlegung eines Gesetzes gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter sowie gegen die Verteilung zu demselben. Angeht die Besprechung der Interpellation ist es von Interesse, sich die Verhandlungen über diesen Antrag vom 16. Mai 1900 ins Gedächtnis zu rufen. Nachdem der Antragsteller v. Mendel-Stiefels auf die Bemühungen aufmerksam gemacht hatte, die Landarbeiter zur Streikbildung allmählich zu organisieren, erhob sich der inzwischen entlassene Landwirtschaftsminister Freiherr v. Hammerstein, um eine sehr baldige Vorlage in Aussicht zu stellen. Noch weiter als Herr v. Mendel wollte der Bundeshäuptling Frhr. von Wangenheim gehen; er will sogar einen Versuch der Verteilung zum Kontraktbruch bestrafen. In ähnlichem Sinne äußerten sich die Abgg. Friese (C.) und Gerdeler (H.). Ersterer wünschte, daß das Gesetz von 1854 noch weiter ausgedehnt und daß auch der Kontraktbruch solcher Landarbeiter bestraft wird, die nicht in Gebäuden der Herrschaft wohnen, auch nicht zu bestimmten Arbeiten gedungen sind, sondern dauernd im Dienst der Herrschaft stehen, aber außerhalb zur Miete wohnen, und Herr Gerdeler forderte die Ausdehnung des Gesetzes von 1854 auf die ganze Monarchie und auf sämtliche Arbeiter und alles Gefinde in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben. Ein solches Gesetz ist so notwendig, daß es nicht schnell genug eingebracht werden kann.

Trotz der bestimmten Zusicherung des Ministers hat die Regierung bisher dem Landtage keine Vorlage in der von den Agrariern angeordneten Richtung unterbreitet. Nicht etwa aus Liebe zu den Landarbeitern! Wenige Wochen nach jener Landtagssitzung hat die Sozialdemokratie im Reichstage den Reichstagspräsidenten über die reichsgefehwidrige Gesetze von Anhalt und Neuh sowie die ländliche Streikverordnung interpelliert. Die ländliche Streikverordnung ist in Verfolg dieser Interpellation als rechtsungültig erwiesen und beseitigt worden. Es wäre allzu lässig, anzunehmen, daß die preussische Regierung auch hinsichtlich der Kontraktbruchbestrafung rechtliche Bedenken empfindet.

Das Zögern der Regierung veranlaßt nun nach zweijähriger Pause die Agrarier des Dreiklassen-Parlaments zu erneutem Vorstoß. Die edlen Herren denken den Beweis zu führen, daß ihre Landarbeiter-Freundschaft sich nicht nur auf Buchertarif-Vorlagen beschränkt.

Es ist ergänzend zu bemerken, daß die konservative Interpellation sich nicht nur auf die landwirtschaftlichen Arbeiter bezieht, sondern allgemein einen Kontraktbruch im Arbeitsverhältnis handelt, also auch die industriellen Arbeiter umfaßt. Damit steigert sich die Gemeingefährlichkeit des konservativen Vorstoßes. Zugleich aber ist so noch deutlicher die Unzuständigkeit der einzelstaatlichen Gesetzgebung für die Regelung dieser Frage erwiesen.

Deutsches Reich.

Keine Aufklärung!

Die letzten Normann-Schumann-Prozesse benutzt das Berliner Tageblatt, um zur höheren Ehre der Kriegsführung in China, die kein Verdienst gab, in Fortsetzung seiner früheren Taktik offenkundige Thatsachen zu entstellen und zu verdrehen. Das biedere Blatt schreibt:

Als die Periode der Hunnenbriefe kam, hatte das Berliner Tageblatt im Interesse des Ansehens der deutschen Armee und des deutschen Namens im Ausland sehr energisch gegen die damals grassierende Publikation derartiger Hunnenbriefe in der deutschen Presse Front gemacht und die Authentizität solcher Hunnenbriefe in Zweifel gezogen. Als dann der Reichstags-Abgeordnete Webel im „Vorwärts“ Mitteilungen veröffentlichte, in welchen er die Behauptung aufstellte, daß tatsächlich einzelne dieser Hunnenbriefe gefälscht seien, und daß eine solche Hunnenbrief-Fabrik in Luzern bestanden habe, und daß der spiritus rector derselben kein Geringerer als Normann-Schumann sei, hielt das Berliner Tageblatt es für seine publizistische Pflicht, das Lesepublikum auf diese mögliche Quelle gefälschter Hunnenbriefe aufmerksam zu machen. Das Gericht hat nun diese publizistische Pflicht in volstem Umfange gewahrt und unter Ablehnung der von der Verteidigung angebotenen Wahrheitsbeweise dem Redakteur des Berliner Tageblatts den Gehalt des § 193 des Strafgesetzbuches angebilligt und wegen Wahrnehmung berechtigter Interessen auf Freisprechung erkannt.

Das ist alles aus dem freisinnig-offiziösen Jargon gezogen: Webel hat niemals behauptet, daß einzelne Hunnenbriefe gefälscht seien; im Gegenteil. Thatsächlich ist kein einziger der veröffentlichten Hunnenbriefe als eine Fälschung erwiesen. In keinem der Hunnenprozesse haben die Gerichte auch nur behauptet, daß die zur Auflage stehenden Briefe gefälscht seien. Ja, auch die in ihnen behaupteten Thatsachen wurden von keinem Gericht bezweifelt. Man verurteilte sogar jeden angetretenen Wahrheitsbeweis, und wenn man trotzdem zu schweren Strafen gelangte, so ermöglichte man dies, indem man einfach — ohne Prüfung der Thatsachen — wegen formaler Beleidigung strafe.

Auch die Luzerner Hunnenbrief-Fabrik ist keine Entdeckung Webels oder der Sozialdemokratie, sondern vielmehr der ministeriellen „Berliner Korrespondenz“, die eines Tages der auflachenden Welt verkündete, ein Luzerner Commis W. habe Hunnenbriefe nach China geschickt, damit sie von dort wieder nach Deutschland geschickt würden; zwar sei der Versuch mißglückt, die Fälschungen seien von der Militärbehörde abgefangen, aber nunmehr — so behauptete die tolle Logik des ministeriellen Organs — sei der Hunnenbrief-Schwindel endgültig entlarvt.

Die Beteiligung der Sozialdemokratie an dieser Schwindelsaffäre des Luzerner Commis W. beschränkte sich darauf, daß wir behaupteten, hinter dem Luzerner Commis W. stehe der Allerweltsspißel Normann-Schumann, der offenbar der Heeresverwaltung einen unerheblichen Liebesdienst erwiesen wolle, indem er durch die Herstellung von Fälschungen die Wirkung der zahlreich veröffentlichten echten Briefe zu zerstoren unternahm.

Wir hatten natürlich einiges Interesse, in die Affäre hineinzuwühlen. Aber der Kriegsminister Herr v. Goltz wußte von nichts und der brachte auch keine Aufklärung über diese plumpe Intrigue zu geben, weil zu seinem Glücke die deutschen Adressen in China verloren gegangen waren, an die die gefälschten Briefe geschickt worden waren.

Neberhaupt wird der Kriegsminister hartnäckig von dem Geschick verfolgt, daß die Gerichte seine Absicht, Aufklärung über Hunnenbriefe und Hunnenhuten zu schaffen, immer wieder durchkreuzen. In dem Hunnenbrief-Prozesse des „Vorwärts“ wurde der Wahrheitsbeweis unter Zustimmung des Reichsgerichts geradezu hermetisch abgeperrt. Jetzt hat nun Herr Normann-Schumann durch Ausnutzung seiner Privatlagen wiederum Gelegenheit, Licht in die Dunkelheit zu bringen. Vielleicht

wollte er viel weniger und als ganz andren Stellen Angelegenheiten bereiten. Inzwischen abermals verurteilt das Gericht jeglichen Wahrheitsbeweis, begnügt sich mit der Abhandlung der Worte und sprach das „V.“ angeht seiner patriotischen Tendenz frei, während der „Vorwärts“ zu 20 M. verurteilt wurde, weil er den edlen Normann-Schumann durch den Ausdruck „staatsverräterische Zerfahrenheit“ beleidigt habe.

So hat auch das Schöffengericht in Konsequenz des land- und reichsgerichtlichen Verhaltens die Führung des Wahrheitsbeweises und damit die Möglichkeit der Aufklärung vereitelt. Armer Kriegsminister!

Die bürgerliche Presse freilich nimmt an dieser systematischen Beschränkung auf gleichgültige Journalen, welche die Aufklärung über die Sache ersehen müssen, keinerlei Anstoß. Was würde aber das „V.“ Geld für Entlastungsdelegirte aufwenden, wenn in Frankreich die Justiz in einer wichtigen Angelegenheit ein ähnliches Verfahren einschlägt!

Der Arbeitsplan des Reichstags. Der Seniorskonvent des Reichstags hat sich am Dienstag unter dem Vorsitz des Präsidenten dahin verständigt, daß in der jetzigen Sommer-tagung außer dem Brennereigesetz und der Juder-vorlage nur noch die Gesetze betreffend den Vogelzug, die Diktaturparagrafen sowie das Gesetz betreffend die Ostafrikanische Bahn erledigt werden sollen. Die gesetzlich Dispositionen sind derart getroffen, daß nach Erledigung der dritten Beratung des Brantweingesetzes, Anfang nächster Woche die zweite und dritte Beratung der Juderkonvention und des Judersteuer-Gesetzes stattfinden soll. Hierzu die anderen Gesetzentwürfe verabschiedet werden und vor der Vertagung bis zum Herbst die Gesamtabstimmung über die Brantwein- und Juder-Gesetze an einem Tage vorgenommen werden.

Auf diese Weise denkt man bereits am Mittwoch nächster Woche den Reichstag bis zum Herbst vertagen zu können.

Die Zolltariffkommission ließ sich auch am Dienstag von dem Gedanken an Erhöhung für gemischte Produkte hypnotisieren. Einig-sätze (Tariposition 307) wurde über die Säge der Vorlage hinaus mit Zoll belastet. Bei den bisher zollfreien Positionen Weizener, gereinigter Weizen und Weizenklein bedeutet die Vorlage die erste Position mit einer, die beiden andren Positionen mit 8 Mark Zoll. Die Mehrheit der Kommission billigt auch diesen. Bei Position 314, Calciumcarbid und Carborund, wurde die Debatte auf Mittwoch verlag.

Schiffahrtstruck-Interpellation. Die konservative Fraktion des Reichstags hat auf Antrag des Grafen Kanitz beschloffen, folgende Interpellation einzubringen: „Die Unterzeichneten erlauben sich, an den Herrn Reichstagspräsidenten folgende Anträge zu richten: Welche Bedeutung für den deutschen Seehandel ist nach Auffassung der verhandelnden Regierungen dem amerikanischen Schiffahrtstruck und den von deutschen Schiffahrtsgesellschaften mit demselben getroffenen Vereinbarungen beizumessen?“

Herr v. Thielen, der preussische Eisenbahn-Minister, soll wieder einmal geben. Jemand ein General soll Nachfolger werden! Und der Kanal? —

Gegen die Dampfersubventionen hat niemand anders als wie Herr Vallin von der Hamburg-Amerikanischen Paketfabrik-Gesellschaft eine flammende Rede gehalten. In einem manchesterlichen Preislied auf die „Selbsthilfe“ äußerte er: „Die Herren haben es bald erkannt, daß man eine Industrie, wie den Schiffbau, nicht mit Zuckerbrot und Wärmflaschen künstlich aufpäppeln kann, sondern daß er nur im freien Wettbewerbe der Kräfte emporwachsen konnte, groß und stark und weicher, wie er heute zur Freude der deutschen Nation da steht. Unter der weißen Färbung des kaiserlichen Herrn, der den Stempel seiner gewaltigen Persönlichkeit mit dem Zeitalter aufdrückt, hat es der deutsche Schiffbau zu dieser hohen Blüte gebracht. Möge unser Kaiser seinen Schützling auch weiter bewahren vor jenen Diktatoren, die ihn anfänglich vor Sturm und Wetter schützen und an seinem Körper herumkurieren wollen! Es ist überhaupt in solchen Fällen ein eigenartiges Ding mit der staatlichen Fürsorge. Wenn mir heute gemeldet würde, daß über Nacht die Schiffahrt-Subsidien geraubt seien, ich würde anfangend sagen: die hätten mir schon längst gestohlen werden können!“

Nun, wenn die Herren selbst nicht mehr die Dampfersubventionen wollen, so kann ihnen geholfen werden. Angehts der verzwweifelt Finanzlage sollten Reichstag und Bundesrat sofort diese Liebesgaben aufheben. Das Reich kann die ersparten Millionen sehr gut gebrauchen.

Centrumsarbeiter gegen den Zolltarif. In Ratingen im Kreise Düsseldorf nahm eine Centrumsversammlung folgende Resolution an:

„Die... gut besuchte Versammlung der Centrumpartei protestiert gegen jede Erhöhung der Lebensmittelpreise, indem sie sich durch jede Erhöhung materiell schwer geschädigt sieht. Auch bedauert sie lebhaft, daß unser Vertreter, Herr Kirch, sein gegebenes Wort: Arbeit für die arbeitenden Stände einzutreten, nicht gehalten hat. Die Versammlung ersucht die Anwesenden, sich auf die nächsten Wahlen vorzubereiten, und nur eine Kandidatur einer solchen Person aus dem Centrum aufzuheben, von der wir überzeugt sind, daß sie im Stande ist, und die sich auch bindet, eine dem Arbeiterstande günstige Politik und die demselben so notwendige Socialreform auch mit aller Entschiedenheit zu vertreten.“

Da alle Centrumsleute dem Brothunger huldrigen, ist die Forderung einer zollfeindlichen Centrumskandidatur ein Widerspruch in sich selbst.

Dresden, 3. Juni. (Privat-Telegramm.) Die Gesetzgebungs-Deputation der Zweiten Kammer beantragt, die Regierung möge dem nächsten Landtage eine Vorlage machen, durch welche die Gemeinden zur Einführung einer Warenhaus- und Konsumverrind-Steuer verpflichtet werden.

Leipzig, 3. Juni. Die auf morgen anberaumte Verhandlung gegen den Leibesbesitzer der Tolschischen Schrift „Der Sinn des Lebens“, Direktor Loewenfeld vom Schiller-Theater in Berlin, und den Verlagsbuchhändler Eugen Diederichs aus Leipzig, gegen welche wegen Gotteslästerung und Beschimpfung kirchlicher Einrichtungen Anklage erhoben wurde, ist auf unbestimmte Zeit vertagt.

liegt nur ein zufälliger Anlaß der Vertagung vor? Oder sollte die Leipziger Staatsanwaltschaft gar zu der Erkenntnis gelangt sein, daß durch die Erhebung der Anklage die Achtung vor den deutschen Justizzuständen nicht gesteigert wird?

Schwere Mißhandlungen kamen in einer Verhandlung vor dem Ober-Kriegsgericht in Stettin zur Sprache, die gegen den Hauptmann Leuthaus, bisher beim Feldartillerie-Regiment Nr. 17, wegen unterlassener Weitergabe dienstlicher Mitteilungen u. dgl. geführt wurde. Leuthaus war vom Kriegsgericht in Bromberg zu acht Monaten Gefängnis und dem Verlust des Offiziersranks verurteilt worden, sein ehemaliger Wachtmeister Glasa zu 15 Tagen Arrest. Der Hauptmann hatte bei einer Besichtigung drei ältere Leute als „Erfahrungsmänner“ unter falschem Namen eingestellt. Bezüglich der von ihm dienstlich nicht weiter gegebenen Mitteilungen über Mißhandlungen handelte es sich um Straftatere der in seiner Batterie dienenden Sergeanten Franz. Dieser mißhandelte seine Leute in kaum glaublicher Weise. kamen sie dann mit einer Beschwerde zum Hauptmann, so gab er ihnen zur Antwort, es werde wohl so schlimm nicht gewesen sein, und ließ die Sache auf sich beruhen. Unter den vielen Mißhandlungen, die Franz sich zu Schulden kommen ließ, sei nur eine besonders erwähnt: Ein Mann der Batterie wurde im Keller an einem Strick aufgehängt und hing so lange, bis er das Bewußtsein verlor. Als er

wieder zu sich kam, wurden zwei Artilleristen kommandiert, die ihm den Kopf ins Wasser setzten und ihm Wasser in die Dose gossen, worauf der Kermis auf zwei umgestülpte Wassereimer klammern mußte. Frau hat ferner Verstrafung durch Selbstmord entzogen. Glasa ohne Befugnis einen Soldaten, den Franz nicht leiden konnte, auf Strohwagen geschickt. Das Oberkriegsgericht ließ das Vergehen des Hauptmanns milder an, hob das erste Urteil gegen ihn auf und erkannte auf nur 2 Monate Festungshaft.

Ausland.

Zum Friedensschluß in Südafrika.

Haag, 3. Juni. Die Boerendelegierten Bessels und Wolmarans haben es abgelehnt, über ihre Ansichten, betr. den Friedensschluß, etwas mitzuteilen. Sie erklärten, man werde vorläufig Still-schweigen beobachten. Die Nachricht von dem Friedensschluß ist hier mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen worden; man freut sich zwar über die Einstellung der Feindseligkeiten, betrauert aber den Verlust der Unabhängigkeit.

London, 3. Juni. Die Blätter loben übereinstimmend die Friedensbedingungen. Die imperialistischen Blätter führen aus, auch die letzte Spur von einer Unabhängigkeit der Boeren sei jetzt verschwunden, obgleich die Bedingungen für die Boeren höchst günstig seien. Daily News meinen, die Friedensbedingungen bildeten einen merkwürdigen Sieg für die liberalen Prinzipien und stellten einen Ausgleich zwischen den gemäßigten Männern auf beiden Seiten dar. Die ganze Ehre des Erfolges der Verhandlungen falle auf Richards. „Standard“, „Daily Telegraph“, „Daily Mail“ und andre Blätter überhäufen Chamberlain und Milner, denen das Reich besonderen Dank schulde, mit Lob und wollen dem Geiste und den Fähigkeiten Richards hohe Anerkennung. Die Times sagen: Die zahlreichen edlen Eigenschaft, die die Bürger während des Kampfes entfalteten, haben einen tiefen Eindruck auf die Engländer gemacht, die nun stolz darauf sind, sie unter ihrem Banner zu sehen. Die vereinbarten Bedingungen sichern uns den Besitz von Südafrika, sie legen aber auch den Grundstein für eine Lage, in der wir auf unsere alten Gegner für die Erhaltung dieses unseres Besitzes werden zählen können. Es wird unser Ziel sein, sie zu überreden, daß sie auf das Reich, das König Eduard regiert, den glänzenden Patriotismus übertragen, welchen sie für die kleinen Staaten gehabt, denen sie bisher angehört haben; und die Bedingungen, die wir ihnen gewähren, wenn sie sich dem britischen Reich anschließen, werden unsere Aufgabe erleichtern müssen.

Pretoria, 2. Juni. Die meisten Führer der Boeren verlassen die Stadt, um ihre Kommandos aufzulösen, was etwa vierzehn Tage in Anspruch nehmen dürfte.

Oesterreich-Ungarn.

Aus Lemberg meldet das „W. Z. V.“ vom 3. Juni: „Gestern abend 9 Uhr sammelten sich auf dem Solomia-Platz etwa 500 Streikende an, die vor der patrouillierenden Gendarmenabteilung nicht weichen wollten. Polizeibeamten gelang es mit militärischer Hilfe schließlich, die Menge zu zerstreuen.“ Weiter wird aus Lemberg unter demselben Datum gemeldet: An den gestrigen Exzessen, welche bis spät nachts dauerten, sollen weniger streikende Bauarbeiter als andre unruhige Elemente teilgenommen haben. Soweit bis jetzt bekannt, sind über 40 Personen durch Säbelstiche und Gewehrflinten verwundet worden, darunter 20 leibgefährlich. Auf Seiten des Militärs sind drei Huzaren schwer und mehrere Soldaten durch Steinwürfe leichter verletzt worden. Verhaftet wurden 26 Personen. Außerdem haben zahlreiche Kinder durch die Kavallerie-Attake Verletzungen davongetragen. Da für heute weitere Exzesse befürchtet werden, patrouillierten während der ganzen Nacht Militär durch die Stadt. Heute werden Militärverstärkungen aus den umliegenden Garnisonen erwartet.

Frankreich.

Paris, 2. Juni. (Fig. Ver.) Die erste Kraftprobe in der neuen Kammer ist zu Gunsten der Linkenrepublikaner ausgefallen. Auch die geheime Abstimmung hat dem Kandidaten der Rechten, dem früheren Kammerpräsidenten Deschanel, nichts genutzt. Er unterliegt mit 207 gegen 308 auf Léon Bourgeois gefallene Stimmen, trotz eines Abstimmungsmodus, der die Vereiteren mancher Wähler begünstigt, trotz seiner solchen Liebeshörigkeit, seiner parlamentarischen Dinerst, trotz seiner verzweifelten persönlichen, bis zur Wüdeligkeit sinkenden Wahlcampagne. Deslo bedeutamer aber ist der Sieg der Linken. Ihre Mehrheit von 36 Stimmen wird erfahrungsgemäß schon bei der definitiven Bureauwahl wachsen.

Die vereinigten vier Linkerepublikanischen Gruppen haben noch ein Abtritte gethan, um die Bureauwahl zu einer politischen Amd-gebung — zum Gebrauch des Präsidenten Loubet zu gestalten. Auf das Drängen der Janofisten und Linkradikalen und trotz des anfänglichen Widerstrebens der Delegierten der radikalen Fraktion, wurde beschloffen, den Radikalen im provisorischen Bureau keinen einzigen Sitz zu überlassen. Und die Kammermehrheit ratifizierte diesen Beschluß.

Am Vorabend der Wahl hatte der hochpriesterliche Temps offen für Deschanel Partei ergriffen, um die liebe Beschäftigungs-politik zu retten, um die melnisch-radikale Konzentration zu ermöglichen. Dabei erinnerte er nachdrücklich und taktlos an die Schwichtigungsrede Loubets in Dürenberg. Das Ergebnis der Bureauwahl bedeutet daher die Niederlage der Konzentration, Intriguen, das Ende der melnischistischen Hoffnungen, sich namens der republikanischen Einigung in das neue Ministerium einzuschleichen.

In seiner Inauguralrede hat Léon Bourgeois seine Wahl richtig gedeutet, indem er von dem dringenden Willen der Wählerschaft sprach, die „notwendigen Reformen“ verwirklicht zu sehen, von denen die französische Demokratie für die Wähler mehr Licht, Gerechtigkeit und wirksamer Verantwortlichkeit erwartet. Bezüglich der allernächsten Mandatsprüfung-Arbeit der Kammer verwies er unter dem demonstrativen Weisfall der Mehrheit auf die Pflicht, „schonungslos“ gegenüber der Korruption und dem Verzug zu sein — das zielte auf die Imperial-nationalistischen Wahlmöglichten, die stürmische Debatten versprechen. Dann fehlte natürlich nicht die obligatorische Verweigerung der Allianzrede Loubets und der russischen Alliance, die alle bürgerlichen Politiker einigt. Nur hat ihr der radikale Diplomat aus dem Eigenen einen „höheren Gedanken des Rechts, des Fortschritts und der Menschlichkeit“ angehängt. Diese Stelle der Inauguralrede gefiel einem Teil der Mehrheit schon weniger; die Weisfallszeichen verpflanzten sich weiter nach rechts, während die äußerste Linke kalt blieb.

Die Kammerfraktion der Revolutionär-Socialisten Einigkeit hat in ihrer konstituierenden Versammlung die prinzipielle Grundlage ihrer Vorgängerin bestätigt, das ist die Prinzipien-Erklärung der P. S. de F. Parti Socialiste de France, und beschloffen, daß ihre Mitglieder keiner andern parlamentarischen Fraktion zugleich angehören dürfen. Ferner hat sie folgende Resolutionen votiert: „Die Fraktion, das parlamentarische Organ der revolutionär-socialistischen Politik, weit entfernt davon, sich den Reformen entgegenzusetzen, wird nach wie vor von der republikanischen und radikalen Demokratie fordern, die sozialen, proletarischen und politischen Reformen zu verwirklichen, die in allen Wahlprogrammen versprochen sind und stets aufgeschoben werden.“

Zu Schriftführern wurden die Genossen Delory und Déjeante, zum Kassieren Genosse Walter gewählt.

Die Demission.

Paris, 3. Juni. In dem heute im Clajée abgehaltenen Ministerrat überreichte Ministerpräsident Waldeck-Rousseau dem Präsidenten das Entlassungsgesuch des Cabinets und dankte ihm für sein beständiges Wohlwollen und sein ermutigendes Vertrauen. Präsident Loubet sprach dem Cabinet sein Bedauern

über die Demission aus, dankte für die ihm in schwierigen Zeiten durch das Kabinett zu Teil gewordene Unterstützung und gab seiner Freude über das von den Ministern während langer Zeit gegebene Beispiel von Einigkeit Ausdruck.

Dem Brauche gemäß wird sich Loubet nun zunächst mit den Präsidenten des Senats und der Kammer über die politische Lage besprechen. Wie es heißt, werden dieselben dem Präsidenten den Vorschlag machen, Brißon mit der Neubildung des Kabinetts zu betrauen. Sollte derselbe ablehnen, so dürfte der Auftrag zur Kabinettsbildung dem Senator Combes zufallen. Wobersheimlich werden Delcassé, General Andros und Lanchan auch dem neuen Ministerium angehören. Als weitere Mitglieder desselben werden genannt Senator Chamisso für Justiz, die Deputierten Maurice Faure für Unterricht, Etienne für Kolonien, Rouvier für Finanzen.

Asien.

Tientsin, 2. Juni. Der Unfriede im Süden von Petchili soll, wie katholische Missionare berichten, sich wieder ausbreiten. Die Bewohner eines Dorfes sollen zu ihnen entsandte Vertreter der Regierung, welche sie anforderten, die Waffen niederzulegen, erschossen haben.

Zolltarif-Kommission.

Am Dienstag wurde in der Beratung des Eßigsolls fortgeführt. Die Vorlage sieht für Eßig aller Art: in Fässern, Kübeln einen Zoll von 10 M., in anderen Behältnissen 48 M.

Wasser betrug der Zoll 8 bez. 48 M. Auf Eßigsäure ist bei einem Gewicht von mindestens 20 Kilogramm ein Zoll von 12 M., von mehr als 20 Kilogramm ein Zoll von 48 M. gelegt. Bisher wurde Eßigsäure wie Eßig behandelt.

Eßigsäurelösungen bleiben zollfrei, ebenso roher Holzgeist, dagegen wird auf den ebenfalls zollfreien gereinigten Holzgeist und Aceton ein Zoll von 15 M. gelegt.

Centrum und Nationalliberale beantragen wesentliche Erhöhungen der Sätze der Vorlage.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Demmer (natl.) befürwortet seinen Antrag als im Interesse des Mittelstandes unter den chemischen Fabriken liegend.

Gamp (N.) tritt dem Vordränger entgegen vom Standpunkt des landwirtschaftlichen Interesses an billigen Denaturierungsmitteln für Branntwein. Uebrigens sei diese Industrie auch derartig fortentwickelt, daß eine Schädigung durch ausländische Konkurrenz für sie ausgeschlossen sei.

Hoch (Soz.): Durch die hohen Zölle schädigt man die Industrie. Die deutsche Eßigsäureindustrie leidet am meisten unter der Konkurrenz des von Italien eingeführten Weineßigs. Der Weineßig verbreitet sich nicht nur wegen seiner Billigkeit, sondern auch wegen seines feineren Geschmacks immer mehr. Gegen Weineßigverfeinerung ist die Gesetzgebung machtlos. Die Eßigsäure, die getroffen werden sollte, sei für große Industrien ein sehr wertvolles Rohprodukt.

Geheimrat van der Vorcht warnt vor Annahme der Anträge Lutz und Demmer, die die Holzgeistreinigung-Industrie direkt vernichten würden.

Nach weiterer Diskussion wird für Eßig und Eßigsäure die Regierungsvorlage angenommen.

Für Eßigsäurelösungen wird ein Zoll von 1 M., für rohen Holzgeist ein solcher von 8 M., für gereinigten Holzgeist ein solcher von 20 M. angenommen. Hierdurch sind sämtliche Anträge erledigt.

Auf den bisher zollfreien Melzucker und Melzeßig soll ein Zoll von 1 M. gelegt werden.

Gothein (fr. Va.): Hier wird ein Zoll für ein Produkt gefordert, von welchem wir 224 Doppelcentner einführen und 12547 Doppelcentner ausführen. Für den Zoll fehlt jeder Grund.

Hoch (Soz.): In den Motiven wird gesagt, daß der Zoll lediglich handelspolitische Bedeutung hat. Aber welches Land hat denn ein Interesse, von dem Zoll, der in Summa 224 M. kosten kann, etwas abzuhandeln? Viel größer ist die Gefahr, daß er zu Preisfällen führen kann, wodurch die deutsche Industrie am schwersten geschädigt wird.

Die Vorlage wird angenommen.

Hoher Weinstein bleibt zollfrei, dagegen soll auf gereinigten Weinstein ein Zoll von 8 M. gelegt werden. Der gleiche Zollsatz ist für Grah-Weinstein und andre Antimon-Präparate vorgesehen. Bisher waren diese Produkte sämtlich zollfrei.

Stadthagen (Soz.): Weinstein ist ein wichtiges Rohprodukt in der Färberei. Ebenfalls wird es beim Verfärben von Weising gebraucht und ist auch ein Haupt-Rohstoff in Apotheken. Mit diesen Zöllen auf Rohstoffen hebt man die Industrien gegen einander und schädigt die Industrie als Gesamtheit in ihrer Konkurrenzfähigkeit gegen das Ausland. Bisher war Zollfreiheit und die Interessenten verlangen keinen Zoll. Man soll nicht ohne genügenden Grund Zölle einziehen. Wenn auch einige Fabrikan ten für gereinigten Weinstein Zölle verlangen, so hätte man doch die Färber usw. berücksichtigen sollen.

Direktor Wermuth: Der größte Teil des eingeführten Weinsteins ist Rohweinstein, dieser soll frei bleiben.

Hierauf werden die Sätze der Vorlage angenommen.

Eine Reihe Positionen selten vorkommender chemischer Erzeugnisse werden nach der Regierungsvorlage angenommen. Beim Calciumcarbid werden die Verhandlungen abgebrochen und auf Mittwoch verlag.

Erledigt wurden die Positionen 307 bis 314.

Partei-Nachrichten.

Das Schiedsgericht in Sachen Verthold-Mehring, bestehend aus den Genossen Gerich als Vorsitzenden, Rosa Luxemburg, Wrons, Baake und Stadthagen, ist auf Grund seiner Verhandlungen zu folgendem Ergebnis gelangt:

Nachdem festgestellt worden ist, daß Genosse Dr. Verthold eine gegnerische Zeitschrift, die „Zukunft“, mehrere Monate hindurch verantwortlich zeichnete, und damit trotz des einschränkenden Zusages „in Vertretung“ ihren Inhalt, wie es nach außen hin ausgesagt werden mußte, mit seinem Namen deckte,

daß ferner während dieser seiner Tätigkeit Artikel in der „Zukunft“ erschienen sind, die von Gegnern geschrieben, schärfste Angriffe gegen die Partei, sowie gegen einzelne Parteigenossen als solche enthielten,

daß endlich Genosse Verthold ein Gnadengesuch an den Kaiser zu Gunsten eines Freundes, abendredend mit einer eines Demokraten unwürdigen Begründung unterzeichnet hat,

erklärt das Schiedsgericht, daß Genosse Dr. Verthold sich einer Reihe grober Verstöße gegen die Pflichten eines Parteigenossen schuldig gemacht hat, die auf das Entschiedenste zu verurteilen sind.

Gleichzeitig spricht das Schiedsgericht seine Mißbilligung darüber aus, daß Genosse Dr. Mehring, in der irrigen Annahme, Genosse Verthold wolle sich einem Parteigericht entziehen, und in der weiteren irrigen Annahme, alle zuständigen Partei-Instanzen seien erschöpft, das Verhalten des Genossen Dr. Verthold in einer so verlegenden Form öffentlich gerügt hat.

Berlin, den 3. Juni 1902.
A. Gerich, Rosa Luxemburg, Dr. Leo Wrons,
Kurt Baake, Arthur Stadthagen.

Fortschritte der Parteipresse. Der in Stettin erscheinende „Vollbote“ kündigt eine Vermehrung seines Umfanges durch Beigabe einer Beilage auch am Montag an, während bisher nur Mittwochs eine solche beigegeben werden konnte. Die Raumvermehrung wird ausdrücklich auf Zunahme des Abonnentenstandes zurückgeführt. Die „Arbeiterstimme“ in Solingen hat die Auflage seit den letzten Reichstagswahlen verdoppelt. Auch die Parteigenossen in Offenbach haben begonnen, energisch für weitere Verbreitung ihres Blattes zu sorgen. Eine erste Agitation am vergangenen Sonntag hatte schon erfreuliche Resultate. Es wurde eine erhebliche Anzahl neuer Abonnenten gewonnen.

Die Verhältnisse in der nordbayerischen Parteipresse waren am Sonntag in einer Konferenz von Vertretern der in Betracht kommenden Blätter, die in Bamberg tagte, Gegenstand der Erörterung. In einer Vorbesprechung am Sonntagabend wurde über die finanzielle Lage der beiden dortigen Parteiblätter: „Oberfränkische Volkszeitung“ und Würzburger „Fränkische Tagespost“ sehr ausführlich verhandelt. Die Konferenz erklärte sich dann für die definitive Verschmelzung ab 1. Oktober d. J. auf der Grundlage, daß die 1. und 2. Seite mit der Würzburger „Fränkischen Tagespost“ gleichlautend sein und die 3. und 4. Seite für die lokalen Nachrichten und Inserate der nordbayerischen Partei-Orte reserviert bleiben sollen. Der Verlag ist in Hof, Druck und Versand werden bisher von Nürnberg aus beauftragt. Den Delegierten der nordbayerischen Wahlkreise zum bayerischen Parteitag und den Vertretern der fränkischen Verlagsanstalt und der Redaktion der „Fränkischen Tagespost“ wurde die formelle Erledigung dieser Angelegenheit und Abfassung eines Vorschlages für den neuen Druckvertrag übertragen.

Totenliste der Partei. In Colditz in Sachsen ist der Lagerhüter Genosse August Kossie im Alter von 37 Jahren nach nur 14-tägigem Krankenlager an Lungentzündung gestorben. Die Eigentümer „Vollstimme“ widmet ihm folgenden Nachruf: Er war einer, der für unsre Sache hervorragend tätig war, mochte kommen was da wollte, und seiner rastlosen Tätigkeit ist es mit zu danken, daß unser Arbeiterverein jetzt eine so stattliche Mitgliederzahl aufzuweisen hat. Auch in der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung hat der Verstorbene immer mitgeschafft und gekämpft.

Schimpfblätter. Im Großherzogtum Luxemburg stehen Wahlen bevor. Ein im Anton Eck erscheinendes Blatt, das die Interessen der Industrie, des Handels und der Landwirtschaft zu vertreten behauptet, zieht gegen die dortige junge sozialdemokratische Partei zu Felde in einer Sprache, bei deren Kühnheit einem das Herz im Leibe laßt. Einem großen Wahlauftrag des Blattes seien zum Vergleichen unter Leser einige Krassheiten entnommen:

„Wie konnten die Sozialisten in so kurzer Zeit so vollständig Sitten und Sprache ändern? Sie sind nicht mehr zu erkennen; sie wollen niemand mehr irren, sie sprechen nicht mehr davon, den Bürgern die Schädlichkeiten einzuschleusen, man sieht sie nicht mehr mit Anstalten. Jetzt sind einmal respektieren sie alles. Lebet doch ihre Wahlaufträge und Ihr werdet höchst überrascht sein: da ist weder von Kriegen, noch von Wegeleien, noch von Schädlichkeiten, noch von Mordtaten mehr die Rede.“

Ihr habt vor sechs Jahren die ersten roten Banner gesehen, die ersten Brandreden gehört: rote Schreihäute, welche unter dem Mantel des Friedensapostels Euch gemacht sind, Früchte der Revolutionschulen, die Euch, der verblüfften Menge, Freiheitstaktiken zu wirken, Eisenstiefel, Wurfhaken, Säbelstapler, Vollsbeschläger, welche alles in Grund und Boden bohren wollten.“

Es sind die Söldlinge der Revolution; wenn sie Freiheit, Fortschritt, Aufklärung verlangen, so ist dieses die Freiheit für die Spinnweben, Galunken und Wunderräder; was diese Helden Unterdrückung nennen, ist unsre Ehre in dem Hause und in der Verachtung für die menschliche Gesellschaft erziehen; es ist die Freiheit, allen Gesetzgebungen Widerstand zu leisten.“

Sie sind die Kandidaten jener Lumpen, jener Wutschmaubenden, Anführer, welche überall den Bürgerkrieg predigen und entfachen. Sie sind die Kandidaten der Bande, welche unsre Geschäftleute vernichten wollen durch Erziehung von Korporativgenossenschaften, dem Ruine unsres Mittelstandes.“

So geht das blödsinnige W. Schimpfe, das offenbar Merkmalen Neiprungs ist, noch lange fort. Sogar unsre Schachmacherblätter, wie „Voll“, „Neueste Nachrichten“, „Deutsche Tageszeitung“ usw., könnten davon noch etwas lernen. Sie sind wirklich Schwächlinge dieser unwillkürlichen Kraft gegenüber. Vielleicht lassen sich die „Neuesten Nachrichten“ den Schimpfblätter kommen; das größere Kampffeld spornet ihn vielleicht zu noch größeren Leistungen an.

Politisches, Gerichtliches usw.

Stöcker gegen Königsberger Volkstribüne. Die „Vollzeitung“ meldet aus Königsberg: Die hiesige Strafkammer verhandelte in Sachen Stöcker gegen den Redacteur Koste des hiesigen sozialdemokratischen Blattes. Der Verteidiger Haase erklärte, Stöcker habe zweimal in der Angelegenheit des persönlich gefassten Genossen Ewald und im Prozeß Wäcker einen wissenschaftlichen Eid geleistet. Auf Antrag des Vertreters Stöckers, des Rechtsanwalts Meyer-Tilfit, erfolgte die Vertagung der Verhandlung auf 2 Monate; es soll die Beweisaufnahme in dem bekannten Prozesse Stöckers gegen Wäcker wiederholt werden. Meyer will feststellen, daß das Urteil, wodurch Stöcker des Meineids bezichtigt wird, auf irrlichen Feststellungen beruht.

Aus Industrie und Handel.

Ueber die Beschäftigung im Textilgewerbe schreibt die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“: Nach Abschluß der Frühjahrssaison der Geschäftstätigkeit nachgelassen hat, ist eine regelmäßige Erscheinung, die zu einer pessimistischen Auffassung der Lage des Textilgewerbes an sich noch keinen Anlaß gibt. In einer Reihe von Bezirken haben viele Webereien einen Teil ihrer Stühle stillgesetzt. Ramentlich sind in Glauchau, Crimmitschau, Meerane die Fabriken, die Jacquardartikel herstellen, nicht im Stande, den Vollbetrieb aufrecht zu erhalten. Auch in den Bezirken der Textfabrikation fehlen genügende Aufträge. In Forst und Anden hat der Wochenverdienst der Arbeiter infolge des stilleren Geschäftsganges eine Verringerung gegen die Vormonate erfahren. In der Spinnerei besteht noch immer ein scharfes Mißverständnis zwischen den Rohmaterial- und Garnpreisen. Die Webereien sind um so weniger in der Lage, höhere Preise zu bewilligen, als sie ihren Abnehmern gegenüber bei der Schwärze der gegenseitigen Konkurrenz gleichfalls keine Preisoberhöhung durchsetzen können. Die Versuche, das Preisniveau der Fertigfabrikate zu heben, sind bis jetzt fast sämtlich gescheitert. Neuerdings haben die Wollwarenfabrikanten von Apolda eine Preisoberbedingung getroffen, wonach für alle nach dem 15. Juni eingehenden Aufträge die Preise um 7 1/2—10 Proz. erhöht werden sollen. Die Wirkung dieser Anbahnung ist eine Steigerung der Aufträge vor dem Anfangstermin der Preisoberhöhung und infolge dessen eine Zunahme des Beschäftigungsgrades. Fraglich aber bleibt, ob die Preisoberhöhung unter solchen Umständen mehr als eine nominelle Bedeutung hat. Einen Fall wirklich günstiger Lage des Arbeitsmarktes in einer Specialbranche zeigt hingegen die Planener Spinnindustrie. Die dortigen Industriellen hegen Besorgnisse wegen Abwendung der Arbeiter nach der Konkurrenzfabriken der Schweiz. Während auf der einen Seite Schweizer Fabrikan ten durch Inserate in der Planener Lokalpresse zu hohen Löhnen Arbeiter anzuwerben suchen, warnen die Arbeitgeber öffentlich dringend vor der „Schweizgängererei“ und bezeichnen sie in einem Artikel des „Vogtländer Anzeiger“ als einen „Verrat an der deutschen Industrie.“

Förderung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenindikats. Nach vorläufiger Ermittlung betrug die Förderung der Spudiatzwecken ab 1. Januar bis Ende Mai rund 19 200 000 Tonnen oder 1 800 000 Tonnen gleich ungefähr 8,70 Proz. weniger als in der entsprechenden Zeit des Vorjahres.

Italiens Außenhandel im ersten Quartal 1902. Die Einfuhr nach Italien erreichte in den Monaten Januar bis

April 1902 (einschließlich Edelmetalleverehr) einen Wert von 617 598 917 Lire gegen 566 294 897 Lire im gleichen Abschnitt des vergangenen Jahres; die Ausfuhr bezifferte sich auf 478 462 483 Lire gegen 456 017 073 Lire in den ersten vier Monaten des Jahres 1900. Bei der Einfuhr ist hiernach eine Zunahme von rund 51,3 Millionen Lire, bei der Ausfuhr eine solche von 22,4 Millionen Lire zu verzeichnen gewesen.

Handelsverkehr der Vereinigten Staaten mit dem spanischen Amerika. Der Gesamtwert der Einfuhr aus dem lateinischen Amerika nach den Vereinigten Staaten stellte sich im Jahre 1901 auf 214 317 110 Doll., d. i. 44 064 763 Doll. mehr als im vorhergehenden Jahre; er betrug rund 24 Proz. des Gesamtwertes der Waren, welche von den Vereinigten Staaten im genannten Jahre überhaupt aus dem Auslande bezogen worden sind. Die Ausfuhr der Vereinigten Staaten nach dem lateinischen Amerika bezifferte sich im Jahre 1901 auf insgesamt 117 961 744 Dollar gegen 118 865 384 Dollar im vorhergehenden Jahre; sie betrug nur 8 Proz. der Gesamtausfuhr der Vereinigten Staaten.

Gewerkschaftliches.

Der Jahresbericht des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes für 1901, der soeben erschienen ist, enthält folgende bemerkenswerte Angaben:

Der Verband hat in 411 Verwaltungsstellen und 47 sächsischen Mitgliedschaften 102 905 Mitglieder. Das ist gegen das Vorjahr eine Zunahme von 2200 Mitgliedern. — Die größten Verwaltungsstellen sind: Berlin mit 21 524, Hamburg mit 6439, Nürnberg mit insgesamt 4847, München mit 3075, Leipzig mit 3493, Dresden mit 3210, Magdeburg mit 2700, Chemnitz mit 2123 Mitgliedern. Der Verband hat seinen Mitgliederbestand trotz der Krise, von der ja die Metallindustrie besonders schwer betroffen ist, ungeachtet gehalten im Gegensatz zur Krise Anfang der 90er Jahre, wo ein Rückgang zu verzeichnen war. — Der Kassenbestand weist in Einnahme und Ausgabe die Summe von 1 890 995,61 Mark auf. Unter den Einnahmen befinden sich Kassenbestand vom vorigen Jahre 571 002,71 Mark, Beiträge von männlichen Mitgliedern 1 241 891,30 M., von weiblichen Mitgliedern 11 171,40 M. Von den Ausgaben sind hervorzuheben: für Agitation 44 911,31 M., für die Zeitung 89 182,14 M., für Reise- geld 108 625,19 M., für Ortsunterstützung 311 049,07 M., für Streikunterstützung 197 181,09 M., für Reichslandsunterstützung 56 685,58 M. Vorhanden ist ein Kassenbestand von 678 588,44 M. — Bekanntlich führte der Verband im Jahre 1899 die Arbeitslosen-Unterstützung ein und gelangte die erste Unterstüfung im Juli 1900 zur Auszahlung. Also etwa mit Beginn derselben 10 Pf. Beitrag pro Woche und Mitglied vorgesehen waren, so stand bei rund 100 000 Mitgliedern und einer durchschnittlichen Beitragsleistung von 40 Wochen pro Jahr für die Arbeitslosen-Unterstützung die Summe von jährlich 400 000 M. zur Verfügung. Es sind ausgegeben 311 049 M.

Das Resultat stellt sich also günstiger, als es nach dem Voranschlage angenommen war, und zwar trotz der Krise. Damit hat sich die Arbeitslosen-Unterstützung als durchführbar erwiesen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Der Streik bei Markert Rahlh. dauert unverändert fort. — Inhaber des Geschäftes ist der Abgeordnete v. Mendel-Steinfeld, geführt wird der Betrieb von einer jungen Dame, wie man sagt, eine Verwandte des Herrn v. Mendel-Steinfeld. Es scheint im Betrieb niemand so recht zu wissen, welche Rechte und Pflichten dem Arbeitgeber gesetzlich zustehen, sonst wäre es wohl kaum möglich, daß man an sämtliche Arbeiter Postkarten folgenden Inhalts verspricht:

Herrn R. R.

Wir fordern Sie hiermit auf morgen, Dienstag, den 3. Juni, früh um 8 Uhr, zur Arbeit auszurufen. Sollten Sie trotz dieser Aufforderung nicht zur Arbeit erscheinen, so erklären Sie sich Ihres Anteils für geleistete Arbeit verlustig und lassen wir dieselben von andern Arbeitern auf Ihre Kosten feststellen.

Bergegenwärtig man sich, daß wie es hier mit einem Betrieb zu thun haben, in dem jegliche Kündigung aus geschlossen ist, dann muß man staunen über die Geschehnisse eines konservativen Abgeordneten resp. seiner Geschäftsführung. Deutscher Metallarbeiter-Verband. Ortsverwaltung Berlin.

Zum Streik der Steinseher und Hammer in Eberwalde, Freienwalde und Umgegend wird uns mitgeteilt, daß der Steinsehermeister Schöneke in Wriezen die Forderungen zum größten Teil bewilligt hat und ist bei denselben die Arbeit aufgenommen worden. Der Steinsehermeister Neubauer in Freienwalde hat die Forderungen der Arbeiter für eine größere Arbeit bewilligt; leider konnten dieselben die Zeit nicht abwarten, bis der Herr sich zur allgemeinen Anerkennung der Arbeiterforderungen entschloß, sondern nahmen die Arbeit unter den angebotenen Bedingungen auf. Es sind nur noch die Firmen Hiller in Eberwalde und Tiede in Lindenbergr, die nicht bewilligt haben. Ein Teil der Ausständigen ist abgereist, Zuzug ist ferngehalten.

Deutsches Reich.

Der Streik der Stuttgarter Straßenbahner dauert unverändert fort. Aus dem Bureau des Verbandes der Transport- und Verkehrsarbeiter wird uns geschrieben:

Die Stuttgarter Straßenbahn sucht in den verschiedensten Städten Streikbrecher anzuwerben. Die Gewerkschaftstabelle werden ersucht, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß der Zuzug von Straßenbahnern nach Stuttgart ferngehalten wird.

Die Stuttgarter Straßenbahner kämpfen um ihr Koalitionsrecht!

Daß sich der Kampf jetzt in der Hauptsache um das Koalitionsrecht dreht, haben wir schon in der Sonntagnummer kurz berichtet. Noch deutlicher wie aus jenem Telegramm geht das hervor aus dem ausführlichen Bericht, den die „Schwäbische Tagwacht“ über die Verhandlungen bringt, welche am Sonnabendnachmittag zwischen Vertretern der Streikenden und der Direktion unter dem Vorsitz eines Gewerberichters stattgefunden haben. Neben den nichtsjahrenden Zugeständnissen bezüglich des Lohnes und der Arbeitszeit verlangt die Direktion:

Der Dienstbefehl, wonach es den Angestellten untersagt ist, dem Centralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter beizutreten, bleibt anfrechterhalten.

Diese Forderung bedeutet für die Straßenbahner die völlige Vernichtung des Koalitionsrechts. Daß sie sich eine solche nicht gefallen lassen, haben sie durch ihr seitheriges solidarisches Verhalten bewiesen.

Der „Frankf. Jg.“ wird aus Stuttgart telegraphisch: Eine Volksversammlung, die von 2500 Personen aus allen Kreisen der Einwohnerschaft besucht war, erkaunte das Vorgehen der streikenden Straßenbahner als durchaus berechtigt an und verurteilte die ablehnende Haltung der Direktion bei der Einigungsverhandlung. Sie ließ die Forderung der uneingeschränkten Bewilligung des Koalitionsrechts gut und sicherte den Ausständigen in volstem Maße moralische und materielle Unterstützung zu.

Im Baugewerbe Magdeburgs ist die Lohnbewegung für diesmal beendet. Die beteiligten Arbeiter hielten es für ratsam, den von den Unternehmern angebotenen Kampf nicht ausbrechen zu lassen, sie nahmen die Vorschläge der Unternehmer an, wonach die Arbeiter 2 Pf. pro Stunde weniger erhalten als sie forderten. Die Kausperten wurden aufgehoben und am Montag die Arbeit wieder aufgenommen.

Die Bauhölzer in Bremen haben vor einigen Wochen den Meistern folgende Forderungen eingereicht: Einführung der neunstündigen, anstatt der zehnstündigen Arbeitszeit, Erhöhung der bisherigen Löhne um 15 Proz., Zuschlag für Ueberstunden 50 Proz., Mindestlohn von 21 M. für Gesellen unter 20 Jahre. Die seit-berigen Verhandlungen mit der Innung hatten keinen Erfolg. Am Sonntag beschloß eine Versammlung der Bauhölzer, die Innungsmeister zu einem Einigungsverfahren vor dem Gewerbegericht einzuladen und, falls dasselbe abgelehnt wird, in den Streik einzutreten.

Der Maurerstreik in Cuedlburg hat nach sechswochen-licher Dauer sein Ende erreicht. Die Arbeitnehmer haben die Vermittlung des Vorsitzenden des Gewerbegerichts, des Bürgermeisters Severin, angerufen; die daraufhin zwischen Meistern und Gesellen gepflogenen Verhandlungen haben zu einer Einigung geführt. Der geforderte Stundenlohn von 39-35 Pf. ist von den Meistern bewilligt worden.

Den Ausgesperrten in Kiel konnte zum 1. Juni eine Extraunterstützung von 25 M. pro Mann gewährt werden. Verschiedene Ausgesperrte waren in der Lage, auf diese Extraunterstützung verzichteten zu können.

Ausland.

Zum Streik der französischen Tabakarbeiter wird berichtet:

Die in den staatlichen Tabak- und Streichholz-Fabriken der Provinz beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen haben sich fast alle dem von den Pariser Fabrikarbeitern beschlossenen Generalstreik angeschlossen.

Zum Bergarbeiterstreik in Amerika. Nach einer Depesche der „Frank. Zig.“ aus New York beträgt die Gesamtzahl der ausständigen Pumpenleute in Horsholmgruben annähernd 70 Proz., was mehr ist als erwartet wurde. Manche Gruben sind unter Wasser, andre werden durch Erschleute freigehalten.

Gewerkschaftliche und Landarbeiterbewegung in Italien.

In Mailand streiken zur Zeit gegen 8000 Arbeiter; außer den Webern und Färbern streiken auch die Trambway-Angestellten. — Die Kellner und Köche haben ihren Principalen folgende Forderungen unterbreitet: Einführung eines Arbeitstags von Woche für alle Angestellten; Abschaffung jeder Bestechung des Trinkgeldes seitens der Wirtin; Einführung eines Gehaltsminimums und Festsetzung einer Maximalarbeitszeit. Bis zum 6. Juni ist den Unternehmern Zeit zur Antwort gelassen. — In Alessandria streiken 500 Maurer.

Ein Kongress der Landarbeiter für die Provinz Mailand, der kürzlich in Mailand stattfand, war von 87 Delegierten besetzt. Es wurde beschlossen, von einem Generalstreik abzusehen und nur dort zu streiken, wo die Unternehmer jedes Entgegenkommen verweigern.

Die Landarbeiter von Taranto, welche seit dem 26. Mai im Ausstand sich befinden, haben neue Kontrakte durchgesetzt, in welchen ihnen ein Tageslohn von 2,30 Fr. bei einer durchschnittlich 8 stündigen Arbeitszeit zugesichert ist.

Kongresse skandinavischer Gewerkschaften.

Der dänische Typographenverband hielt am 24. und 25. Mai seinen dritten Kongress zu Kopenhagen ab. Es waren 89 Delegierte anwesend, darunter 6 Vertreterinnen des Fachvereins der weiblichen Buchdruckerinnen. Die dänischen Buchdrucker haben in den letzten Jahren viel unter der schlechten Konjunktur zu leiden gehabt. Trotzdem sind die Lohnkonflikte des Verbandes günstig verlaufen. An Arbeitslosen-Unterstützung wurden 1899 bis 1901: 81 285 Kronen ausgezahlt, außerdem aus einem freiwilligen Fonds noch über 12 000 Kronen. — Das Hauptergebnis des Kongresses ist die Zusammenfassung der bisher nur lose mit einander in Verbindung stehenden Fachorganisationen zu einer festen Centralisation. Die Einzelvereine werden dadurch zu Abteilungen des Verbandes. Die „Druckerei-Arbeiter-Fachvereinigung“ (Hilfsarbeiter) wurde auf ihr Ansinnen als Branchenabteilung in den Verband aufgenommen. Der dänische Typographenverband ist damit hinsichtlich der Centralisierung weiter vorgeschritten als irgend eine andre dänische Gewerkschaft.

Der norwegische Arbeitsmanns-Verband, der in den Pfingsttagen in Bergen seine Landesversammlung abhielt, hat während der letzten zwei Jahre große Fortschritte gemacht. Die Zahl der Abteilungen des Verbandes ist von 34 auf 80 angewachsen, die Mitgliederzahl von 2400 auf 4000. Das Verbandsorgan „Arbeidsmanden“ erscheint 14tägig in 5000 Exemplaren. Unter den Lohnkämpfen der letzten Jahre ist besonders der Streik auf dem Kupferwerk in Årøsund zu erwähnen, für den 80 000 Kronen aufgewandt wurden. Es ist hauptsächlich den Arbeiterorganisationen in Schweden und Dänemark zu danken, daß so hohe Mittel aufgebracht wurden.

Der norwegische Klempnerverband hielt seine Landesversammlung am 18. und 19. Mai in Christiania ab. Ein Antrag des Verbandsvorsitzenden, der Verband solle sich der von der Landesorganisation der Gewerkschaften eingeführten gemeinsamen Agitation für die Gewerkschaftsbewegung anschließen, wurde einstimmig angenommen. Dagegen wurde der Eintritt in die „Landesorganisation“ gegen eine starke Minorität abgelehnt.

Der norwegische Schlarbeiter-Verband, der seine Landesversammlung in den Pfingsttagen abhielt, hat beschlossen, der Landesorganisation der Gewerkschaften beizutreten.

„Schwedens Telegraph“ und Reichs-Telephon-Arbeiter-Verband“ hielt seinen zweiten Kongress am 18. Mai zu Stockholm ab. Der Verband hat 6 Abteilungen. Die Mitgliederzahl ist im letzten Jahr um ca. 200 gestiegen. Ein Antrag auf Anschluß an die sozialdemokratische Partei soll durch Mitgliederabstimmung entschieden werden.

Der Verband des Wagen- und Stallpersonals der Staatsbahnen hielt seine Jahresversammlung zu Stockholm am 20. und 21. Mai ab. Es waren dort 27 Delegierte anwesend. Es wurde u. a. beschlossen, energisch für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu wirken.

Internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Büch, 2. Juni.

Die Sitzung wird um 10 Uhr vormittags eröffnet. Die englische Delegation bestimmte zum Präsidenten H. O. L. M. S., die deutsche zum Vizepräsidenten Wandert, Sekretär ist Th. Burrows. Der französische Uebersetzer Calame, der englische A. K. S. und W. G. U. S. Die lange Debatte erstreckt sich auf den Uebersetzer Wegener aus Berlin, den sich die englische Delegation von Berlin kommen ließ, der schon vor zwei Jahren auf dem internationalen Textilarbeiter-Kongress als Dolmetsch fungierte, dabei aber das Mißtrauen der deutschen Delegierten gegen sich weckte, weil er die Uebersetzung in Ungunst der deutschen Delegierten besorgte. Die deutschen Delegierten wünschten als Uebersetzer den Genossen A. K. S., den das Organisationskomitee in Zürich engagierte. Als es endlich zur Abstimmung kommen soll, verlangt der internationale Textilarbeitersekretär Wilkinson, daß jene nationalen Verbände, welche mit ihren Beiträgen an das internationale Textilarbeiter-Sekretariat im Rückstande sind, an diesem Kongress nicht stimmberechtigt sein sollen.

Nach längerer Debatte wurde beschlossen, den Berliner Uebersetzer Wegener zuzulassen, daneben aber auch die vom Organisationskomitee engagierten Uebersetzer Muggli und A. K. S. In Sachen der Stimmberechtigung wurde noch gegebene Aufklärungen beschaffen, dieselbe den Vertretern aller Verbände zu gewähren.

In Ansehung an diese Diskussionen erklärt Wandert, jetzt schon ankündigen zu wollen, daß am Schlusse dieses Kongresses die Bedingungen festgesetzt werden müssen, unter denen zum nächsten Kongress die Organisationen zugelassen und die Stimmberechtigung erhalten sollen. Ferner wird von der deutschen Organisation

folgender Antrag gestellt: „Derjenigen Organisationen, welche auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und dem internationalen Sekretariat angeschlossen sind sowie die festgelegten Beiträge an dasselbe gezahlt haben, haben auf dem nächsten Kongress Sitz und Stimme.“

Der Präsident fragt an, ob Organisationen hier vertreten seien, gegen die der Antrag gerichtet sei, worauf Reichel: Chemnitz die Frage des Präsidenten bejaht unter Hinweis auf die Anwesenheit eines Vertreters des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereins und zweier Vertreter des christlichen Gewerkschaftsvereins der Textilarbeiter, welche Organisationen nicht auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehen. Der Zweck ihrer heutigen Beteiligung sei der, die Engländer für sich zu gewinnen und so eine Entzweiung derselben mit den andern Gewerkschaften herbeizuführen. Namens der Engländer erklärte Fräulein Fjord, daß sie damit einverstanden seien, jede Banditenpolitik von der Gewerkschaftsbewegung fernzuhalten, aber im übrigen sollte solche Verhältnisse jede nationale Organisation selbst zu regeln suchen.

In der Nachmittags-Sitzung nahm zunächst der Vertreter des Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaftsvereins der Textilarbeiter, Eibel von Sülz in Thüringen, das Wort, um zu erklären, daß er hierhergekommen sei, um zu lernen, und daß man bestrebt sein sollte, den Weg zu finden, der es möglich macht, bei getrenntem Marschieren vereint zu schlagen. Sein Gewerkschaftsverein sei vom Organisationskomitee eingeladen worden und darum sei er hier. Er gebe die Erklärung ab, daß sein Gewerkschaftsverein die Pflichten gegenüber dem internationalen Sekretariat zu erfüllen bereit sei, wenn der Antrag der deutschen Delegation abgelehnt werde.

Der französische Delegierte Vaillet betont die principielle Seite der Frage und verweist auf die gelben Gewerkschaften in Frankreich, die für Verlängerung der Arbeitszeit kämpfen.

Die Engländer stellen nun folgenden Antrag: Es wird konstatiert, daß dieser Kongress ein Arbeiterkongress ist, jedoch muß es jeder Nation überlassen bleiben, zu entscheiden, ob ihre Gewerkschaften Arbeiterorganisationen sind.

Der Vertreter des christlichen Gewerkschaftsvereins der Textilarbeiter, Schiffer-Krefeld, erklärt, daß demselben keine Unterneher angehören. Was die christlichen Gewerkschaften von den sozialdemokratischen Gewerkschaften trennt, ist der Klassenkampf. Sie trieben keine Parteipolitik und ständen auf dem Boden der englischen Gewerkschaften. Der Klassenkampf müßte so lange dauern, bis die Socialdemokratie siegte. (Sehr richtig!) Sie wären bereit, dem internationalen Arbeitersekretariat sich anzuschließen.

Wandert wendet sich gegen Eibel. Gewiß sollen Politik und Religion aus den Gewerkschaften ferngehalten werden, aber gerade die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften pflegen die Politik, insbesondere in Gestalt des besessenen Reverses, nach dem sie keine Socialdemokraten aufnehmen und den gerade die Textilarbeiter auf ihrer letzten Versammlung neu bestätigt haben. Und die Christlichen haben ja ihre besondern konfessionellen Gewerkschaften gegründet. Das, was Klassenkampf ist, verstehen die Gegner nicht er ist ihnen immer identisch mit Socialdemokratie und mit Politik die die christlichen Gewerkschaften als die Gründungen der Pfaffen und Anhänger der Centralpartei treiben. Mit solchen Leuten, die die Geschäfte der Unternehmer besorgen und die ganze Arbeiterschaft schwer schädigen, kann man nicht zusammenarbeiten. (Sehr richtig! und Bravo!)

Dies beantragen die Belgier und Franzosen gemeinschaftlich folgende Resolution: Indem der Kongress konstatiert, daß in gewissen Ländern Gewerkschaften, die sich christliche oder gemischte nennen, einzig zu dem Zwecke gegründet wurden, die rein arbeitertgewerkschaftliche Propaganda zu bekämpfen, beschließt er, solche Vereinigungen nicht aufzunehmen, an denen Unternehmer teilnehmen oder die sich von der Unternehmerklasse unterstützen lassen.

Um in der Sache endlich zu einem Beschlusse zu kommen, einigt man sich dahin, alle Anträge einer Kommission zu überweisen, in die jede Delegation einen Vertreter entsendet und die einen definitiven Entscheid lassen soll.

Vom 8. Juni wird telegraphiert:

Büch, 3. Juni. (W. Z. V.) Der hier tagende internationale Textilarbeiter-Kongress nahm eine Resolution auf Abschaffung der Accordarbeit an. Für die Abschaffung stimmten die Delegierten Deutschlands, Oesterreichs, Italiens, Frankreichs und der Schweiz, dagegen die Vertreter Englands, Belgiens und Hollands.

Sociales.

Bekämpfung der Schwefelholzer. Dem Verbandtage der sächsischen Konsumvereine, der am Sonntag in Leipzig tagte, lag ein Antrag des Konsumvereins Köpchenbroda vor, den Vereinen zu empfehlen, nach Möglichkeit auf Wegfall des Verkaufs der Schwefelholzer hinzuwirken und nur sogenannte „Schweden“ zu führen. Der Antrag wurde ausdrücklich mit der Selbstdenkegefahrlichkeit der Fabrikation begründet und nach längerer Diskussion angenommen. — Der Beschluß ist recht erfreulich.

Der 34. englische Genossenschaftstag, der letzte Woche in Exeter stattfand, war von nahezu 1000 Delegierten besucht, welche 2000 Genossenschaften mit etwa 2 Millionen Mitgliedern vertreten. Im Jahre 1898 betrug die Zahl der englischen Genossenschaften erst 1 1/4 Millionen. Der Geschäftsumsatz, der im Jahre 1894 1 Milliarde Mark betrug, ist jetzt auf 1 1/2 Milliarden gestiegen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frau und das Vereinsrecht. In Essen waren mehrere-mals Frauen aus öffentlichen und gewerkschaftlichen Versammlungen ausgewiesen worden, oder bei Weigerung, solcher Anweisung Folge zu leisten, erfolgte Auflösung der Versammlung. Auf erhobene Beschwerde hat der Regierungspräsident von Düsseldorf nunmehr folgende Antwort erteilt:

Auf Ihre Beschwerde vom 19. März 1902 eröffne ich Ihnen, daß der Herr Oberbürgermeister sofort Frauen auch zu Versammlungen von Vereinen, in denen politische Gegenstände erörtert werden, zuzulassen wird, sofern und solange nach den äußeren Umständen eine aktive Beteiligung derselben an den Verhandlungen ausgeschlossen erscheint.

Es scheint, daß eine große Anzahl Polizeibehörden erst im Schwerebewege veranlaßt werden können, den Anordnungen ihres hohen Chefs, des Herrn Ministers des Innern, nachzukommen.

Der Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse in Leipzig veranstaltete im letzten Jahre zwölf Versammlungen, in denen politische, historische, hygienische und literarische Themen behandelt wurden. Der Verein veranstaltete ferner ein Sommerfest; zwei Familienabende, einen gemeinsamen Spaziergang, eine Besichtigung des Konsumvereins Leipzig-Plagwitz und einen Besuch des städtischen Museums. Der Verein zählt 250 regelmäßig zahlende Mitglieder. Dieses Resultat wurde erreicht durch Austragen der „Gleichheit“ und damit verbundenen Einlassern der Beiträge. Die „Gleichheit“ wird jetzt den Mitgliedern bei einem Monatsbeitrag von 30 Pf. gratis geliefert. Der Kassenbestand betrug beim letzten Abschluß 137,96 M., die Einnahmen im letzten Jahre 584,42 M., die Ausgaben bestanden sich auf 564 M., darunter für die „Gleichheit“ 253,80 M., an das Agitationskomitee 40 M., für die Glasarbeiter 15 M. und für die Tabakarbeiter und Weber je 10 M. Als Kassenbestand verblieb 168,88 M.

Versammlungen.

Sommerurlaub für städtische Arbeiter. In einer am Montagabend im Gewerkschaftshause abgehaltenen zahlreich besuchten Versammlung nahmen die städtischen Arbeiter Stellung gegen die von dem Berliner Magistrat am 20. April erlassene Ver-

fügung betreffend Bewilligung von Sommerurlaub an die städtischen Arbeiter. Der Referent Schubert gab in eingehender Weise ein Bild von den Maßnahmen und Anordnungen, die der Magistrat bisher „im Interesse seiner Arbeiter“ erlassen, und unterzog insbesondere die letzte Verfügung einer scharfen Kritik. Es schiene, als wolle der Magistrat die ganze Rücksichtslosigkeit seiner socialpolitischen Pflichten den städtischen Arbeitern so hoch als möglich vor Augen führen. Die Arbeiter seien es satt, sich immer wieder derartig behandeln zu lassen; wollen die Herren vom Magistratskollegium durchaus nicht die berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter anerkennen, so müßten diese Forderungen erklärt werden. Daß es dabei an moralischer Unterstützung nicht fehlen wird, beweise die Stellungnahme der Berliner Presse. Denn neben dem „Vorwärts“ sind es eine Anzahl bürgerlicher Blätter, welche die geradezu lässlichen Zugeständnisse der Stadt ganz entschieden verurteilen. Bevor jedoch weitere Schritte unternommen werden, sei es notwendig, die Ansicht des Stadterordnetenkollegiums in dieser Beziehung zu hören, und erlaucht Redner, neben einer Protestresolution, die die erlassene Verfügung des Magistrats entschieden zurückweist, eine dahingehende Resolution an die Stadterordneten-Versammlung zu senden, um endlich einmal klar zu sehen, ob die große Mehrheit der Vertreter der Bürgerschaft sich auch von den eingehrigen Wegen gründens des Magistrats leiten läßt. In der darauffolgenden wegen Diskussion wurden von allen Seiten die Angaben des Referenten bestätigt und noch ergänzt. Besonders wurde der von dem Referenten vorgeschlagene Weg, den Stadterordneten die Entscheidung zu überlassen, mit Beifall begrüßt, um die häufig seitens der bürgerlichen Parteien betonte Arbeiterfreundlichkeit lernen zu können; denn bisher waren es nur die sozialdemokratischen Stadterordneten, welche für die Forderungen der städtischen Arbeiter eingetreten sind. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme:

Der ergebendst unterzeichnete Vorstand sowie die Vertreter der in den städtischen Betrieben bestehenden Arbeiterausschüsse — beauftragt von über 2000 im Gewerkschaftshause versammelten städtischen Arbeitern — richten an das hohe Stadterordnetenkollegium die höfliche Bitte, die Aenderung der von dem Magistrat unter dem 20. April d. J. erlassenen Urlaubs-Verfügung für städtische Arbeiter gütlich veranlassen zu wollen. Die Unterzeichneten erblicken in der eventuell zu gewährenden Urlaubspause nach erst zehnjähriger Dienstzeit — die häufig dadurch noch illusorisch gemacht wird, daß man den einzelnen Dienststellen die Entscheidung der Bewilligung überläßt — Zugeständnisse, die nicht im engersten den hygienischen und sozialen Ansprüchen genügen. Die ungemein intensive und körperlich schwere Arbeit, wie sie in den meisten Betrieben der Stadt zu finden ist, bedingt die körperliche Anstrengung im hohen Maße und erfordert gebieterisch eine Erholung des Körpers. Schon heute sind eine Anzahl Arbeiter gezwungen, sich zwecks Stärkung ihrer Muskeln und Nerven bei der Betriebskrankenkasse arbeitsunfähig zu melden. Dieser ungesunde Zustand, welcher die Krankenkasse wesentlich belastet und auch Arbeitern Gelegenheit bietet, gegen die guten Sitten zu verstoßen, kann nur beseitigt werden, wenn jedem städtischen Arbeiter, sofern er ein Jahr im Betriebe sich befindet, eine kurze Erholungs-pause durch Gemeindebeschluß gewährleistet wird. Wir erbitten daher von dem hohen Kollegium die allseitige Anerkennung der Berechtigung unserer hier geäußerten Wünsche und bitten gleichzeitig um eine dahingehende gütige Beschlußfassung.

Der Vertrauensmann des ersten Wahlkreises ersucht uns folgenden zu veröffentlichen: Zu dem in Nr. 122 des „Vorwärts“ gebrachten Bericht über die öffentliche Versammlung des Wahlvereins für den 1. Wahlkreis legt das Bureau Wert darauf, zu erklären, daß die erwähnte Resolution nicht von ihm eingebracht wurde. Genosse Verstein brachte im Laufe der Diskussion eine Resolution ein, in der die Zustimmung der Versammlung zu allen Formen und Erscheinungen des Kampfes in Belgien angesprochen werden sollte. Nimmere stellte Genosse Kalkoff einen der Resolution widersprechenden Zusatzantrag. Nachdem die Abstimmung über einen Antrag auf Uebertragung zur Tagesordnung ein zweifelhaftes Resultat ergab, zog es Genosse Verstein vor, seine Resolution zurückzuziehen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 3. Juni. (W. Z. V.) Ministerpräsident v. Koerber rief auf Grund amtlicher Berichte eine Darstellung der gestrigen Vorfälle in Lemberg. Der Minister erklärt, er könne nur annehmen, daß der erste von so verhängnisvollen Folgen begleitete Angriff auf das Militär die Folge eines Irrtums war, indem die erregten ausländischen Arbeiter glaubten, daß die heran-naehende Infanterie-Compagnie ihrerwegen komme, während diese in Wirklichkeit von der Uebung heimkehrte und keineswegs den Auftrag hatte, sich gegen die Arbeiter zu wenden. „Die Truppen“, fährt der Minister fort, „mühten von der Feuer-waffe Gebrauch zu machen, da sie mit Steinwürfen und Revolvergeschüssen empfangen wurden. Trotz gütlicher Jureden und wiederholter Auf-forderungen der Polizeiorgane wich die Menge nicht von der Stelle, sondern legte die Steinwürfe fort. Insgesamt sind von den 14. dem Krankenhaus übergebenen Personen bis heute Mittag drei gestorben, darunter 2 infolge von Schußwunden und 1 Mann, welcher niedergestiegen worden war. Ein Verletzter befindet sich in Lebens-gefahr, die andern dürften auskommen. Zehn Husaren sind verletzt, darunter einer lebensgefährlich, die übrigen leicht verwundet. Die eingeleitete strenge Untersuchung wird volle Klarheit schaffen, ob die von der Sicherheitsbehörde getroffenen Anordnungen aus-reichen. Der Ministerpräsident erklärt ferner, die Regierung sei bestrebt, durch Schaffung von Arbeitsgelegenheit die Lage der Lemberger Arbeiterschaft zu bessern, daher die In-angriffnahme öffentlicher Arbeiten gähre es fort. Redner weist sodann die gegen die Annee gerichteten Anschuldigungen der Socialdemokraten zurück und erklärt, die Annee stehe zu hoch, als daß sie durch detactige Angriffe getroffen werden könnte, sie habe überall und jederzeit ihre Pflicht glänzend erfüllt. (Beifall, Lärm und Zwischen-rufe der Socialdemokraten.) Der Ministerpräsident erklärt weiter, die Regierung werde mit allem Nachdruck auf Beilegung der Streitigkeiten hinwirken und nicht unterlassen lassen, damit die Ordnung und die Sicherheit in Lemberg wiederkehren.

Nachdem der Ministerpräsident geendet hat, beantragt der Abgeordnete Wernerstorffer, die sofortige Debatte über die Erklärung des Ministerpräsidenten zu eröffnen. Der Antrag wird mit 115 gegen 80 Stimmen abgelehnt.

Ausland von Arbeiterinnen.

Mährisch-Odrau, 3. Juni. (W. Z. V.) Auf den Kohlen-gruben der Nordbahn „Algenbach“, „Johannschacht“ und „Harada-Schacht“ streiken die Oberlagarbeiterinnen; sie verlangen die neunstündige Arbeitszeit.

Die Cholera.

Rom, 3. Juni. (W. Z. V.) Auf dem Dampfer „Montenegro“, der die italienischen Chinatruppen heimbefördert, ist die Cholera ausgebrochen. Mehrere Todesfälle sind bereits vorgekommen.

Bronberg, 3. Juni. (W. Z. V.) Wie die „Ostdeutsche Rundschau“ meldet, verunglückte der 70jährige Besitzer Winter in Lützkamin gestern nacht, ansehend in einem Anfall von Geistesföhrung, seine Frau zu töten, und schoß sich darauf eine Kugel in den Unterleib. Sein Zustand ist hoffnungslos, die Frau erlitt nur eine leichte Verletzung.

Grenoble, 2. Juni. (W. Z. V.) Vier deutsche Studierende der Universität von Grenoble machten am Freitagabend einen Ausflug nach dem Kloster Grande-Chartreuse. Zwei von ihnen, Strözel und Böhner unternahm eine Besichtigung eines Vergnügungsparks und verirrten sich dabei. Strözel kam heute früh allein ins Kloster zurück. Keinem Gefährten wurden unverzüglich Nachforschungen angestellt. Man fand ihn tot und schwer verblüht. Er war 100 Meter abgestürzt. Der Verunglückte war der Sohn eines Ingenieurs aus Bochum in Westfalen.

Reichstag.

185. Sitzung vom Dienstag, den 3. Juni 1902, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitz: Graf Pobjedowsky, Frhr. v. Tzielmann.

Präsident Graf Balkeström:

Judem ich die Herren Kollegen nach der Pfingstpause aufs Herzlichste begrüße, erkläre ich die Sitzung für eröffnet.

Meine Herren! Während wir nach anstrengender Arbeit Erholung in der Heimat suchen, ist unser Nachbarland Frankreich von einem schweren Unglück heimgesucht worden. (Die Abgeordneten erheben sich von den Plätzen.) Durch ein gewaltiges, fast beispielloses Naturereignis ist die französische Insel Martinique auf das allerschwerste geschädigt worden. Eine blühende Stadt mit vielen tausend Einwohnern ist mit denselben vollständig vernichtet, fruchtbare Felder und Plantagen von großer Ausdehnung sind in Wüsteneien verwandelt und noch immer droht dem bisher verschonten Teile der Insel ein gleiches Schicksal, da die Naturerscheinungen, welche dieses Unheil herbeigeführt haben, noch nicht aufgehört haben. Junge Teilnahme und tiefes Mitleid hat das deutsche Volk empfunden bei diesem Unglück, welches die edle französische Nation betroffen hat. Diesen Gefühlen namens der Vertreter des deutschen Volkes von dieser Stelle Ausdruck zu geben, ist der Zweck dieser Worte. (Lebhafte Bravo!) Sie haben sich von ihren Plätzen erhoben und damit ausgedrückt, daß Sie meinen Worten zustimmen. Ich stelle dies hiermit fest. (Bravo!)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Entwurfs eines Süßstoffgesetzes (Zuckersteuer-Gesetz).

Zu § 1 ergreift das Wort

Abg. Dr. Becker (C.): Es erscheint zweckmäßig und notwendig, das Süßstoffgesetz an die Zuckersteuer-Kommission zur erneuten Prüfung zu überweisen.

Abg. Herms (fr. Sp.) schließt sich namens seiner Freunde dem Antrage an.

Das Gesetz wird hierauf der Zuckersteuer-Kommission überwiesen.

Es folgt hierauf die Fortsetzung der dritten Beratung des im Januar ds. J. an die Kommission zurückverwiesenen Gesetzes, betreffend die Abänderung des Branntweinsteuer-Gesetzes. Die Beratung wird fortgesetzt bei Art. I § 1 Absatz 4, wovon Bestimmungen getroffen werden über diejenigen Arten von Branntwein, die von der Verbrauchsabgabe befreit bleiben sollen. Es soll danach der Bundesrat ermächtigt werden, auch solchen Branntwein von der Verbrauchsabgabe freizustellen, der in Krankenhäusern, Entbindungshäusern und ähnlichen Anstalten oder in öffentlich wissenschaftlichen Anstalten verwendet wird.

Dazu legt ein Antrag Dr. Pachtke (fr. Sp.) vor, der die letztere Bestimmung wie folgt fassen will: Der Bundesrat ist ermächtigt, auch solchen Branntwein von der Verbrauchsabgabe frei zu lassen, der zu wissenschaftlichen oder Heilzwecken verwendet wird.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Sp.)

befürwortet diesen Antrag. Es handelt sich dabei um die Wiederherstellung der geltenden Steuerfreiheit des in Apotheken und chemischen Anstalten zu medizinischen Zwecken hergestellten Spiritus. Die Kommission hat, indem sie die Steuerfreiheit der Apotheken zu befristigen beantragt, den Rahmen der ihr überwiesenen Beratungsmaterie überschritten. Bei der eigentlichen parlamentarischen Lage in Bezug auf diese Novelle muß für die Befristung des Gesetzes die größte Vorsicht obwalten. Es passieren ja alle Vorschläge der Kommission nur eine einzige dritte Lesung im Plenum, weil sie in der dritten Lesung erst eingebracht sind. Ich bitte den Vertreter der verbündeten Regierungen um Auskunft darüber, ob nach den Kommissionsbeschlüssen auch derjenige Spiritus von der Befreiung ausgeschlossen werden soll, der in Apotheken zur Herstellung medizinischer Präparate verwendet wird. Redner verbreitet sich sodann im allgemeinen über die Lage der Branntweinsteuer-Gesetzgebung und bezeichnet als Ursachen der verhängnisvollen Ueberproduktion die in der Branntweinsteuer-Gesetzgebung vorgelebene Kontingentierung und die Begründung des Spiritusartikels. In den Kommissionsberatungen konnte man sehen, wie die Brennereien sich geradezu rüsten um jeden Hektoliter, den sie für die nächste Kontingentierung mehr zuerzweifen bekommen wollten. Aus der Mitte des Hauses heraus fiel in der Kommission das Wort: „Die Kontingentierung habe 20 000 unzufriedene Brenner erzeugt“. Gerade die mittleren und kleineren Kartoffelbrennereien des Ostens haben infolge der Begünstigung, die für sie in der Brennsteuer liegt, sich veranlaßt gesehen, auf Wood zu brennen und sich damit den Namen „Wood-brenner“ anzueignen. Dadurch wurde es für sie rentabel, möglichst viel zu brennen. Auch die Begründung des Spiritusartikels hat produktionssteigernd gewirkt.

Jetzt ist die Krise da, und wieder wird der Ruf laut, daß die Gesetzgebung einsehen möge. Der Niederschlag dieser Bestrebungen ist in dem vorliegenden Gesetz enthalten, das schon deshalb mit Mißtrauen aufgenommen werden muß, weil es die Wege nicht verläßt, auf denen der Industrie so großer Schaden zugefügt ist. Es ist ein Kompromiß und trägt alle Schäden eines solchen an sich. Das ganze Vorgehen bei dieser Gesetzgebung erinnert an das Wort jenes Pöhlings: „Meister, die Arbeit ist gethan, nun fangen die Reparaturen an.“ Etwas Auffälligeres, Unübersichtlicheres, Komplizierteres als dieses Gesetz hat es nie gegeben. (Sehr richtig! links.) Das erledigte Geiseln von 4-6 Millionen soll der Spirituszentrale zugestiftet werden. Die Preissteigerung würde vor allem den Trankbranntwein treffen. Dies liegt auch nicht einmal im Interesse der Landwirtschaft, denn es besteht heute noch vielfach der Gebrauch, daß die Gutsbesitzer ihren Arbeitern eine bestimmte Menge Schnaps wöchentlich liefern. Das Ende dieser ganzen Gesetzgebung wäre das Monopol. Ich bitte Sie, meinen Antrag anzunehmen. (Beifall links.)

Reichschatzsekretär Freiherr v. Tzielmann:

Die verbündeten Regierungen sind überhaupt nicht in der Lage, irgend eine Stellung zu dem heute zur Beratung stehenden Gegenstande einzunehmen. Die Regierungsvorlage ist in allen Teilen abgelehnt und die heutige Vorlage ist kein Beschluß des Hauses. Wenn der Vorredner aber meine persönliche Stellung zu seiner Aufgabe zu erfahren wünscht, so bin ich der Ansicht, daß Spiritus, der in chemischen Fabriken zu gewerblichen Zwecken verwendet wird, steuerfrei bleibt.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir halten es für notwendig, daß das Volk wieder einmal auf alle die Schönheiten der deutschen Spiritusgesetzgebung aufmerksam gemacht werde. Man muß immer wieder darauf hinweisen, wie schon § 1 eine ungerechte Belastung gerade der ärmsten Bevölkerungslagen in sich birgt. Die an das Reich zu zahlende Verbrauchsabgabe beträgt etwa 120 Millionen Mark jährlich. Dazu kommt die große Liebesgabe, die von den Konsumenten des Trankbranntweins an die Brenner gezahlt wird, mit 48 Millionen Mark. Die Brennsteuer bringt eine Belastung der Konsumenten von etwa 12 Millionen Mark mit sich, bei der Vollbraunsteuer wird den Brennern eine ungerechte Prämie von ca. 5 Millionen Mark gewährt, so daß im ganzen an 190 Mill. Mark im Jahre aus den Taschen der ärmsten Bevölkerung zum Teil in die Tasche des Reiches, zum Teil in den Säckel der Brenner wandert. Deswegen werden meine Freunde stets verlangen,

daß diese hohe Besteuerung des Spiritus abgeschafft wird. Es wird ja versucht, diese hohen Steuern ethisch zu motivieren, und ein Abgeordneter der freikonservativen Landtagsfraktion war sogar so freundlich, zu behaupten, daß speziell meine Freunde nicht so ungern sehen, daß im Lande recht viel Branntwein getrunken würde.

Ich möchte zunächst das Wahngedächtnis, als ob eine Verteuerung des Branntweins die Verbreitung der Trunksucht einschränkt. Die hohen Preise des Spiritus halten die Trinker absolut nicht ab, ihrem Bedürfnis nachzugehen. In Ausland ist der Spirituspreis dreimal so hoch wie bei uns, auch in England bedeutend höher wie bei uns, und dennoch lassen auch dort diejenigen Schichten, die infolge ihrer sozialen Notlage, ihrer hässlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse zur Trunksucht getrieben werden, sich niemals abhalten, sich zu betrinken. Freilich giebt es auch in den Kreisen der Aristokratie und der Wissenschaft, besonders der studierenden Jugend, zahlreiche Elemente, die dem Spiritusgenuss huldigen. Bei diesen ist nicht ein sociales, sondern ein geistiges Elend vorhanden, das sie auf eine Stufe stellt mit den Proletariern, die durch geistiges und sociales Elend zur Trunksucht gedrängt werden. Wir können deswegen mit gutem Recht verlangen, daß die Branntweinsteuer abgeschafft wird, ohne fürchten zu müssen, daß die Arbeiter deshalb mehr als bisher dem Alkohol verfallen. Es ist völlig unwar, was der freikonservative Abg. Vorster im preussischen Landtag behauptet hat, daß seitens meiner Freunde irgendwie die Enthaltensbewegung bekämpft würde. Gerade die Sozialdemokratie hat dort, wo sie es vermochte, stets dafür gewirkt, daß der Schnaps- und Bierkonsum gewaltig eingeschränkt wurde. Wir haben uns selber Versammlungslokale gebaut mit Gastwirtschaften, in denen der Arbeiter ein anständiges Heim geboten wird. Die Pächter dieser Restaurants erklären nun, daß die bei ihnen verkehrenden gewerkschaftlich organisierten Arbeiter viel zu wenig tranken, so daß sie nicht auf ihre Kosten kämen. Im Berliner Gewerkschaftshaus ist zum Beispiel der Bierkonsum auch verhältnismäßig gering, vom Schnapskonsum ganz zu schweigen. Es ist kein Wunder, wenn der Staat der Trunksucht nicht abzuwehren vermag, wenn derselbe Staat sich nicht geniert, gleichzeitig die Lebensmittel zu verteuern. Die Herren vom Centrum mögen doch bedenken, daß alle ihre Worte gegen die Trunksucht vergeblich und eitel sind, wenn sie die brotverwertende Volksgesetzgebung mitmachen. Wenn es nicht wahr wäre, daß die Brennereien, die adeligen Großgrundbesitzer, die 18 Millionen Mark aus den Taschen des Armeisten erhalten, so sollten sie doch für die Aufhebung der Verbrauchsabgaben eintreten. Wenn es aber einmal soweit kommen wird, daß die Pöse im Parlament der Rechten die Waage halten kann, so werden die Vertreter jener Brennerei-Interessen wie die Löwen um die Aufrechterhaltung der Verbrauchsabgabe kämpfen. Ihre (nach rechts) Wünsche gehen ja schließlich dahin, daß ihnen von Staats wegen die Produktion abgenommen und ihnen dafür nicht Weltmarktpreise, sondern Zinsfußpreise gezahlt werden. Das ist Ihr Ziel!

Die Spiritusindustrie beifügt an und für sich durchaus nicht die Existenzberechtigung, die man ihr jetzt von den Reichen der äußersten Rechten bis zu den Nationalliberalen zusprechen möchte. Man behauptet, daß ohne Spiritusindustrie unsere Landwirtschaft schweren Schaden leiden müßte. Es ist aber von uns ziffernmäßig dargelegt worden, daß nur 63 Proz. der Kartoffelproduktion zur Spiritusindustrie verwendet werden, und daß es keineswegs ganze Provinzen giebt, deren Bodenbeschaffenheit nur den Anbau von zur Spiritusfabrikation geeigneten Kartoffeln gestatte. Es mag ja einzelne Gutsbezirke geben, in denen die Aufzucht der jetzigen Liebesgaben-Gesetzgebung dazu führen müßte, daß sie wirtschaftlich nicht weiter arbeiten könnten. Daß aber diese Gesetzgebung immer weiter getrieben werden muß, auf Kosten der ärmsten Bevölkerung, das ist es, was das Gesetz hauptsächlich häßlich macht. Die Spiritusindustrie hat die Kartoffelarten enorm gesteigert, und die Centrale für Spiritusverwertung hat wenigstens mit dem Preisanschreiben für eine Einrichtung im Kartoffelbau zu irraden und aufbewahrungsfähig zu machen, einen vernünftigen Weg beschritten. Gleichzeitig aber lähmt die Centrale ihre eigenen Bestrebungen, indem sie mit Hilfe der Ringbildung den Preis des Spiritus in die Höhe treibt und dadurch immer mehr zur Produktion anreizt. Dadurch wird die Ansicht auf den Markt, der doch einmal kommen muß, in immer größerer Nähe gerückt, wenn man die Steuerhölzer nicht noch weiter anziehen will. Der Weg zu einer rationalen Ordnung des Kartoffelbaues ist nur dadurch gegeben, daß nicht jene ertagsreichen, aber minderwertigen Kartoffeln, mittels deren man sich mit Hilfe der Liebesgaben-Gesetzgebung rasch Einkommen verschaffen kann, anbau, sondern bessere Kartoffelarten, die nicht so große Erträge liefern, dafür aber der großen Masse der Bevölkerung nützen. Ferner müssen die Kartoffeln mehr als bisher konserviert werden. Die Statistik beweist, daß die Liebesgesetzgebung nur die Interessen der größeren Brennereien Deutschlands und nicht einmal den mittleren und kleineren Brennereien zu gute kommt. Es sind nur einzelne große Brennereien, denen die Liebesgabe zu gute kommt, während die große Masse der Brennereien nur ganz verschwindenden Vorteil haben. Deswegen ist es berechtigt, wenn wir sagen, das Gesetz ist zugeschnitten auf die großen Brennereien, die sich stets in den Händen von Großgrundbesitzern befinden. Diesen wohlhabenden Leuten werden auf Kosten der Armen der Bevölkerung riesige Vorteile zugeführt. Herr Pachtke hat bereits auf die Schrift des Dr. Lange verwiesen. In der Broschüre dieses Agrarier ist mit großer Deutlichkeit hervorgehoben, wie diese ganze Spiritusgesetzgebung von einflussreichen Stellen innerhalb und außerhalb des Hauses gemacht wird, mit der ausgedehnten Abstützung gewissen Interessentengruppen große Vorteile zuzuführen. Dort heißt es: „Die Vertreter der Spiritusindustrie benutzen die Steuererhöhung hauptsächlich als Mittel, die Produktion und Konsumtion in die Bahnen zu leiten, die ihren Wünschen entsprechen.“ So schreibt in einem agrarischen Verlage ein Agrarier. Weiter heißt es in der Broschüre: „Will man sich eine mildebrunne Konzentration, nämlich die Melassebrenner, vom Hals schaffen, so wird sie flugs durch Steuern erdrückt. Dazu bedarf es nur des gehörigen Einflusses auf die gesetzgebenden Faktoren. (Hört! hört! links.) Dazu brauchen wir intelligente Leute und Leute, die Einfluss haben. Nun haben wir ja in der Kommission gesehen, wie die Arbeit dieser intelligenten Leute ist und wie besonders Herr Camp es verstanden hat, Vorschriften zu machen, die diesen Interessenten zu gute kommen und wie sie auch die Macht hatten, sie durchzubringen. Herr Dr. Lange sagt weiter: „Wie in der Geschichte überhaupt, so geschieht auch in der Wirtschaftsgeschichte nicht von selbst, vielmehr alles Bedeutensame durch einzelne Persönlichkeiten. Als eine solche Persönlichkeit nennt er den Professor Dr. Delbrück und sagt, daß dieser auf seine Familienbeziehungen gestützt auf die Behörden und die Gesetzgebung einwirken könne.“ Ich schätze Herrn Professor Delbrück als Hochmann und als Leiter der Spirituszentrale, soweit er sie wirtschaftlich technisch wirken läßt. Daß er aber seine Familienbeziehungen benutzt, um auf die Gesetzgebung und die Behörden einzuwirken, das dürfte er sich nicht nachjagen lassen. Er hätte seinen Freund schon längst wegen Veißodigung verklagen müssen. Freilich hätte wohl Herr Dr. Lange den Wahrheitsbeweis erbringen können. Wir werden noch öfter Gelegenheiten haben, hier in Hause Sie an dies Gesandnis zu erinnern und auch dann zu erzählen, wie man in Ihren eigenen Reihen zugiebt, wie Sie die Geleise zu Ihren eigenen Zwecken zurecht schneiden und Ihren Einfluss auf die hohen Kreise ausnützen. Geizig, wer Einfluss hat, läßt demnach auch noch die Kriegsschiffe mit Spiritus heizen und wenn es auch noch so teuer ist. Wenn man nur den Agrariern einen Gefallen thut. Die Armen der Armen aber müssen dafür büßen und im Namen dieser ärmsten Bevölkerung protestieren wir gegen dieses Vorgehen und verlangen, daß die Ver-

steuerung des Branntweins aufgehoben wird. Wenn in der Schweiz der Branntwein mit Zustimmung meiner Freunde besteuert wurde, so geschah es, weil dort die Erträge benutzt werden, um die arme Bevölkerung aufzuklären und sie aus der Sklaverei des Alkohols zu befreien. Bei uns aber dient die Besteuerung des Branntweins dazu, die arme Bevölkerung noch mehr zu verelenden, indem man den konservativen Herren Hilfsmittel zuführt, die ihre Macht beugen, um das Koalitionsrecht der Arbeiter zu beseitigen, den Kontraktbruch zu bestrafen und die Lebensmittel zu verteuern. Wegen einer derartigen Gesetzgebung legen wir energischen Protest ein. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Preussischer Finanzminister Frhr. v. Rheinbaben:

Ich muß es dem Urteil des Hauses überlassen, wenn der Herr Vorredner es für richtig gehalten hat, einen so hervorragenden Mann wie Herrn Professor Delbrück in dieser Weise auf Grund seiner Broschüre anzugreifen; ich muß es Ihrem Urteil überlassen, ob ein solches Vorgehen den Gepflogenheiten dieses Hauses entspricht. (Lurche links.) Herr Wurm hat behauptet, daß die Verteuerung des Branntweins noch niemals den Branntweinconsum eingeschränkt habe. Demgegenüber verweise ich darauf, daß in Norwegen in der That die erhöhte Steuer den vorher übertrieben hohen Branntweinconsum ganz wesentlich eingeschränkt hat. Die Aufhebung der Branntweinsteuer würde jedenfalls den gegenteiligen Effekt haben, der Preis würde sinken und der Konsum sich erheblich steigern. Es ist ja außerordentlich leicht, sich hier hinzustellen und zu sagen: Die Branntweinsteuer, die Zuckersteuer soll aufgehoben werden, die verbündeten Regierungen mögen freundlichst zusehen, wo sie die Mittel herbeikommen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Vermögenssteuer!) — Bei jeder Steuer muß doch vor allem darauf Rücksicht genommen werden, daß die großen erwerbenden Industrien erhalten werden. Als die Spiritussteuer um das Vierfache erhöht wurde, mußten die landwirtschaftlichen Brennereien, um existenzfähig erhalten zu werden, eine staatliche Unterstützung erhalten. Da kann doch von einer Liebesgabe keine Rede sein. Das kommt mir so vor, als wenn Herr Wurm sich hier den Kopf anzieht, ihn mir überzieht und es dann als Liebesgabe hinstellt, daß er mir die Nase nicht auch noch giebt. (Weiterer rechts, große Lurche und Aufe: Au! auf links.)

Wir geben doch jährlich enorme Summen für sozialpolitische Zwecke, und geben sie gerne trotz der schlechten Finanzlage. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Die Verwertung des Spiritus zu Beleuchtungs- und Motorzwecken liegt durchaus im nationalen Interesse, er müßte so billig werden, um dem amerikanischen Petroleumkonkurrenz machen zu können. Wenn die Herren der Linken uns einen Ertrag für die Kartoffel vorschlagen könnten, dann a la bonheur! Aber ohne Kartoffel ist keine Kultur im Osten mehr möglich, und daher auch nicht ohne Spiritusbesteuerung. Ich bitte, daß das Haus die Hand dazu biete, daß endlich in dieser Gesetzgebung im allgemeinen Interesse der Nation und besonders im Interesse der Landwirtschaft ein Abschluß zu Stande kommt. Wenn das nicht geschieht, sind die größten Gefahren für die Landwirtschaft unvermeidlich. (Lebhafte Beifall rechts.)

Abg. Dr. Semler (natl.):

Ich freue mich, daß die Brenner sich jetzt wieder mehr zusammenfinden und hoffe, daß sie dazu kommen werden, gegen die Beschlässe der Kommission zu protestieren. Die Wirkung der Brennsteuer, von der man eine Produktionserschöpfung erhoffte, ist nicht eingetroffen. Die Kontingents-Gesetzgebung hat vielmehr zur Ueberproduktion geführt. Der Herr Finanzminister meinte, wir sollten uns nicht auf die Kritik beschränken, sondern positive Vorschläge machen. Nun, ich habe in der Kommission einen solchen Versuch gemacht. Der Kernpunkt meines Antrages war: Der Trankbranntwein und der technische Spiritus müssen vollständig von einander losgelöst werden. Die jetzige Vorlage ist für mich persönlich jedenfalls unannehmbar.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.):

Der Herr Reichschatzsekretär hatte durchaus recht, wenn er hervorhob, daß wir es bei dieser Vorlage mit einem gesetzgeberischen Novum zu thun haben. Wenn wir auch heute mit Rücksicht auf die gesamte Geschäftslage keinen Widerspruch erheben wollen gegen die Weiterführung der Verhandlungen, so habe ich doch namens meiner Freunde zu erklären, daß wir dringend wünschen müssen, daß dieser Fall kein Präzedenzfall werde. Es ist in zweierlei Hinsicht gegen die Geschäftsordnung verstoßen. Erstens ist die Bestimmung umgangen, daß jede Vorlage drei Lesungen durchmachen muß, und weiter darf sich die Kommission geschäftsordnungsmäßig nur mit den ihr überwiesenen Teilen von in Beratung befindlichen Vorlagen beschäftigen, während hier die Kommission ganz neue Sachen in die Vorlage gebracht hat.

Das Wort „Liebesgabe“ für die Prämien ist nicht auf unserer Seite zuerst gebraucht worden, sondern von dem Herrn v. Wedell-Mulchow. Die Brennsteuer ist nicht eine Steuer, die das Gewerbe sich selbst auferlegt, sondern die in letzter Linie doch nur die Konsumenten zu tragen haben. Auf die Rede des Freiherrn von Rheinbaben paßte in Hinsicht auf die gestrige Abgeordnetenhaus-Sitzung das Wort: „Gestern Siebe, heute Liebe!“ (Weiterer links.) Den Antrag des Abg. Pachtke bitte ich anzunehmen. Es ist nur recht und billig, daß der zur Hilfeleistung für Kranke und Schwache verwendete Spiritus von der Steuer befreit bleibe. Machen Sie durch solche Maßnahmen die an sich schon odiose Liebesgabenpolitik nicht noch odioser. (Beifall links.)

Abg. Dietrich (L.):

Wenn hervorgehoben wird, daß die sozialdemokratische Partei eine gewisse latente Sympathie für den Konsum des Spiritus hege, so wird von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß bei dem Gewerkschaftshaus Geld angelegt werde. Wir haben auch nicht behauptet, daß die sozialdemokratische Partei außer dem „Vorwärts“ und einigen anderen Unternehmungen noch andre gewinnbringende Geschäfte betriebe. So viel ich weiß, wird ja auch Ihr Gewerkschaftshaus nicht auf Kosten der Partei erhalten. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Das behauptet worden ist, ist vielmehr, daß Sie (zu den Sozialdemokraten) die Interessen der Gastwirte, auf die Sie angewiesen sind, in schonender Weise behandeln und aus diesem Grunde nicht energisch gegen die Trunksucht Stellung nehmen. Eine der wichtigsten Funktionen der neuen Brennsteuer-Gesetzgebung ist, den gewerblichen Spiritus zu verbilligen. Lassen Sie die Arbeiter auf dem Lande, aufstaut sie in die Stadt zu treiben und durch ihre Konkurrenz die Lage der städtischen Industriearbeiter zu verschlechtern.

Abg. Wurm (Soz.):

So lange meine Partei existiert, wird sie nicht aufhören, von einer Politik der Liebesgaben zu sprechen. Gewisse Dinge kann man nicht oft genug wiederholen. (Lurche rechts.) Der Vorredner hat nicht den geringsten Beweis dafür erbracht, daß meine Partei sich genierte, gegen die Gastwirte eine scharfe Stellung einzunehmen. Meint er etwa, daß die Brennereien gegen die Gastwirte, die ihren Branntwein verkaufen, nicht besonders freundlich gestimmt wären?

Ich muß mit einigen Worten auf die Rede des preussischen Finanzministers eingehen. Von seinen Worten war mir das eine richtig, daß er seine Stellung nicht begriffen hat. Er bewegte sich in einem inneren Widerspruch, indem er einmal erklärte, wir seien gegen die Interessen der Landarbeiter, weil wir die Zuckersteuer abschaffen wollten, und andererseits sagte, ohne die Spiritussteuer sei der Verbrauch. Damit wären wir doch nach Ihrer Darstellung für die Interessen der Landarbeiter. Herr v. Rheinbaben hat weiter bewiesen, daß er die Materie gar nicht kennt, durch die Behauptung, die Rede von den Liebesgaben sei eine von den Sozialdemokraten erfunden zu sein. In Wirklichkeit

Hat ein konterbakter Herr dieses Wort erfunden. Ebensovien guttorend war das geschmackvolle Gleichnis von dem Nod und der Hofe, das Herr v. Rheinbaben andeutete. In Wirklichkeit sind es doch die Finanzminister, die dem Volke den Nod ausziehen. (Sehr gut! und Heiterkeit links.) Auf die weiteren Fragen des Finanzministers haben wir ihm die Antwort von vornherein gegeben mit untrer fortwährend wiederholten Forderung der Aufhebung der indirekten Steuern und der Schaffung einer Vermögenssteuer. Dann werden Sie so viel Geld bekommen, als Ihnen die Herren von der Rechten bewilligen werden. Herr v. Rheinbaben sprach weiter von dem nationalen Interesse an der Vermehrung des Absatzes des Spiritus. Der Spiritus ist gegenüber dem Petroleum aber nur konkurrenzfähig, wenn entweder das Petroleum teurer oder der Spiritus billiger wird. Man will also dem armen Platte und besonders dem Bauer auf dem Lande — in der Großstadt giebt es ja Gaslicht — das Licht auch noch verteuern. Dabei behaupten Sie Freunde der Bauern zu sein. Diese werden vielmehr bald sagen müssen: „Gott schütze uns vor den Junkern“. Auf keinen Fall darf der ärmsten Bevölkerung die Last dafür aufgelegt werden, daß ein Gut dem Großgrundbesitzer nicht genügend Ertrag liefert. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. v. Baasche (nail.): Die ganze parlamentarische Situation, in der die Novelle hergestellt wurde, bedingt, daß es gewisse Schwierigkeiten enthält. Auf jeden Fall aber ist diese Novelle weniger agrarisch als die früheren Branntweinsteuer-Gesetze. Ich begreife daher die heftige Opposition der äußersten Linken gerade gegen diese Novelle nicht. Es handelt sich nur um eine neue Verteilung der Lasten, wobei die landwirtschaftlichen Brenner direkt Opfer bringen. Der Denaturierungszwang hätte ein wirksames Mittel zur Bekämpfung der Konkurrenz des ausländischen Petroleums geboten. Wir haben uns aber schließlich auch in die Befreiung dieser Maßnahme gefunden.

Abg. Dr. v. Dziewowski-Pomian (Pole): Angesichts dieser Vorlage muß ich einige allgemeine Bemerkungen über die Stellung meiner politischen Freunde solchen Vorlagen gegenüber machen. Der polnische Großgrundbesitzer wird von der preussischen Regierung bedrängt. Das zeigt die Polenborlage im Abgeordnetenhanse.

Präsident Graf Vassekrem (unterbrechend): Herr Abgeordneter, das gehört durchaus nicht zur Brennsteuer. (Weiterkeit.) Wir sind beim Brennsteuer-Gesetz.

Abg. Dr. v. Dziewowski-Pomian (fortfahrend): Ich wollte lediglich die allgemeine Haltung meiner Freunde begründen. Wir haben angesichts der Politik der preussischen Regierung um so mehr die Verpflichtung, den Großgrundbesitzer zu schützen und zu unterstützen. Wir müssen eine Politik der Selbsterhaltung treiben und deshalb die Hand dazu bieten, daß der Großgrundbesitzer durch gesetzliche Maßnahmen geschützt wird. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir stehen deshalb im eigenen Interesse der Selbsterhaltung der Vorlage sympathisch gegenüber.

Damit schließt die Diskussion über § 1. Der Antrag Wurm (Soc.), der die ersten drei Absätze dieses Paragraphen streichen und damit die Verbrauchsabgabe überhaupt aufheben will, wird abgelehnt; ebenso gegen die beiden freisinnigen Parteien und einige Nationalliberalen der Antrag Puchnick (fr. Vp.). Der gesamte § 1 wird in der Fassung der Kommission angenommen.

§ 2 behandelt die Frage der Kontingenterung. Die Vermessung des Kontingents erfolgt nach Anhörung zweier Sachverständiger. Nach dem geltenden Gesetz müssen diese beiden Sachverständigen der Brennerei-Vereinsgenossenschaft angehören. Nach den Kommissionsbeschlüssen sollen sie aus den Kreisen der Besitzer landwirtschaftlicher Brennereien entnommen werden.

Abg. Wurm (Soc.) und Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) beantragen in etwas verschiedener Formulierung, daß die beiden Sachverständigen der Brennerei- und der landwirtschaftlichen Vereinsgenossenschaft entnommen werden sollen.

Abg. Wurm (Soc.): Auch bei diesem Paragraphen tritt wieder der agrarische Charakter der Novelle hervor. Das ganze Gesetz ist auf den Großgrundbesitzer zugeschnitten. Herr v. Dziewowski-Pomian hat heute endlich einmal gewagt, der Wahrheit die Ehre zu geben und offen zu erklären, daß das Gesetz nur die Interessen des Großgrundbesitzers vertrete. Wir sind ihm für dies Zugeständnis dankbar. Ich bitte, zu § 2 den von mir gestellten Antrag anzunehmen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) begründet seinen Antrag. Unter Ablehnung der Anträge Wurm (Soc.) und Müller-Sagan (fr. Vp.) wird die Kommissionsfassung angenommen.

Ein Vertagungsantrag Müller-Sagan (fr. Vp.) wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt. Das Gesetz von 1887 führte den Reinigungszwang für Trinkbranntwein ein. Das Gesetz von 1889 hob ihn wieder auf.

Die Sozialdemokraten beantragen, im § 4 des bestehenden Gesetzes den Reinigungszwang wieder einzuführen.

Abg. Wurm (Soc.): Unser Antrag betrifft den Reinigungszwang für den Spiritus, für den schon Herr v. Miquel als Abgeordneter eintrat. Er wurde dem Volke als Belohnung dafür versprochen, daß man ihm den Branntwein in so hohem Maße verteuerte. Man sagte, wenn auch der Branntwein teurer werde, so werde doch der Spiritus fuselfrei, gesünder werden. Bald darauf aber hat man den beschlossenen Reinigungszwang wieder aufgehoben, man sagte, es ginge wohl, aber es geht nicht, und schügte technische Schwierigkeiten vor. Ob dieser oder jener Brenner noch bestehen kann, wenn erwiesen wird, daß sein Produkt gesundheits-schädlich ist, ist uns ganz gleichgültig. Was die Notwendigkeit des Reinigungszwanges betrifft, die bestritten wird, so sind wir ja allein auf das Reichs-Gesundheitsamt angewiesen. Wie das Reichs-Gesundheitsamt vorgeht, haben wir ja beim Versäuerungsverbot gesehen. Auf Grund von Versuchen an Tieren hat man behauptet, Versäuerungsstoffe an amerikanischen Fleisch seien für die Gesundheit der Menschen schädlich. Beim Schnaps hat man in Bezug auf die Schädlichkeit des Fusels auch Tierversuche gemacht, aber hier hielt man auf die Ergebnisse nicht.

Es ist sehr interessant: Wenn es sich um agrarischen Interesse um Verbot der Einfuhr ausländischer, agrarischer Produkte handelt, dann sind die Versuche an Tieren maßgebend, beim Schnaps aber nicht. Wir halten das Versäuerungsverbot für falsch, aber wir verlangen, daß man wenigstens konsequent ist und auch die Versuche an Tieren gelten läßt, wenn es sich um die Fuselfreiheit des Schnapses handelt. Wir halten den Reinigungszwang des Spiritus für dringend notwendig.

Vor allem die kleinen Brennereien auf dem Lande produzieren oft ein ganz nichtwürdiges Zeug, einen stark fuselhaltigen Spiritus. Gerade in dem Dorado der Agrarier in Ostelbien finden sich solche Brennereien, und ihre Produkte müssen vor allem untersucht werden; nicht nur aus den größten Spiritusfabriken, wie das bisher geschehen ist, müssen Proben gemacht werden. Weiter müssen wir eine Auslastung von dem Reichs-Gesundheitsamt verlangen; sollen Tierversuche maßgebend sein oder nicht. (Sehr richtig! bei den Soc.) Der Kartoffelspiritus, der den Massenkonsum bildet, muß vom Fusel gereinigt werden wenn einige kleine Brennereien dabei draus gehen, so ist das doch besser, als wenn einige Kränler zu Grunde gehen. Wir müssen den Agrariern klar machen: Haut Du meine Versäuer, so hau ich Deinen Fusel! (Weiterkeit und Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) schließt sich den Ausführungen des Vordemers an. Im preussischen Abgeordnetenhanse bringt Graf Douglas einen Antrag zur Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs ein und hier im Reichstage hält es

das Reichs-Gesundheitsamt für nötig, die Gründe darzulegen, aus denen es sich gegen die Schädlichkeit des Fusels und für die Schädlichkeit der Versäuer erklärt hat.

Damit schließt die Diskussion. In seinem Schlusswort weist der

Berichterstatler Abg. Gamp den Vorwurf des Abg. Müller-Sagan gegen das Reichs-Gesundheitsamt zurück. Wohl noch nie sei eine Angelegenheit in der Kommission unter Beteiligung der Regierungsvertreter so ausführlich behandelt worden, wie gerade das Versäuer-Verbot.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Vp.) (persönlich): Ich muß meinen Vorwurf voll ausreicht erhalten; gerade bei dem Versäuer-Verbot, das so stark die öffentliche Meinung beschäftigt hat, hätte das Reichs-Gesundheitsamt nicht in der Kommission hinter verschlossenen Türen, sondern in voller Öffentlichkeit hier vor dem Reichstage seine Gründe darlegen müssen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Zuckersteuer-Kommission

des Reichstags nahm am Dienstag zunächst die Abstimmung über die Entwürfe vor, die sich auf die Höhe der Zuckersteuer beziehen. Der Antrag der Sozialdemokraten auf Aufhebung der Zuckersteuer wurde gegen 3 Stimmen abgelehnt und mit 12 gegen 10 Stimmen der Antrag Baasche angenommen, der die Zuckersteuer vom 1. September 1903 ab auf 12 M., vom 1. September 1905 ab auf 10 M. festsetzt.

Die Beratung wendet sich nun der Frage des Steuerkredits zu. Hierzu liegt folgender Antrag Müller-Julda (S.) vor:

Die Zuckersteuer ist zu entrichten, sobald der Zucker aus der Steuerkontrolle in den freien Verkehr tritt. Zur Entrichtung ist der Inhaber der Zuckerfabrik verpflichtet. Der Zucker haftet für den Betrag der Steuer ohne Rücksicht auf die Rechte dritter. In gleicher Weise haftet die zuckerhaltige Ware (im Falle der Ausfuhr) für die Steuer oder die gezahlte Vergütung. Die Zuckersteuer ist dem Inhaber der Zuckerfabrik gegen Sicherheitsbestellung für die Zeit von 6 Monaten zu funden. Die Sicherheit kann durch Hinterlegung von mündelsicheren Wertpapieren zum Kurswert, oder durch erstellte Hypothek auf die Zuckerfabrik bis zur Hälfte ihres durch Sachverständige zu ermittelnden Wertes, oder durch Verpfändung des unter Steuerkontrolle (amtlichen Mitverpackung) befindlichen Zuckers zu $\frac{1}{4}$ des Marktwertes geleistet werden.

Dr. Baasche (nail.) beantragt, den Schlusssatz dieses Antrages abzuändern, daß auch Wechsel, deren Sicherheit die oberste Landesfinanzbehörde zu prüfen hat, als genügende Sicherheit gelten.

Schmidt-Wangleben beantragt außer Wechsel auch sonstige Wertpapiere als Bürgschaft gelten zu lassen.

Sachverständiger Herr v. Theilmann erklärt sich gern bereit, mit den Bundesstaaten über die gleichmäßige Behandlung der Steuerkredite im Sinne des Antrages Müller-Julda zu verhandeln. Es empfiehlt sich aber nicht, solche Bestimmungen gleichzeit festzulegen.

Müller-Julda (S.) legt den entscheidenden Wert gerade auf die gesetzliche Festlegung.

Finanzminister Herr v. Rheinbaben stellt fest, daß die Bundesstaaten für das Aufkommen der Verbrauchssteuern haften. Der Zehnder nach könne man mit Müllers Antrag einverstanden sein, obwohl auch jetzt kein empfindliches Verfahren bei der Kreditierung eingeschlagen werde. Die Verpfändung des Zuckers zu $\frac{1}{4}$ des Marktwertes sei zu hoch gegriffen. Bisher seien nur $\frac{1}{2}$ üblich gewesen. Den Wünschen des Abgeordneten Müller könne auf diesem Wege ohne reichsgesetzliche Regelung entgegenkommen werden. Der Minister erklärt sich bereit, mit den anderen Bundesstaaten zu verhandeln, um eine einheitliche Regelung der Steuerkreditfrage zu erzielen.

Barth (fr. Vp.) freut sich, daß den Zuckerfabriken ein Steuerkredit von 6 Monaten vom Abg. Müller-Julda eingeräumt wird. Bei den Zollkrediten seien die Herren immer anderer Meinung gewesen.

Müller-Julda (S.) ändert seinen Antrag so ab, daß er 1. den amtlichen Charakter der Sachverständigen einsetzt, 2. statt $\frac{1}{4}$ $\frac{1}{2}$ des Marktwertes fixiert, 3. statt „Kurswert“ „Nominalbetrag“ setzt, und 4. die Hinterlegung sicherer Wechsel im Sinne des Antrages Baasche einfügt.

Der so veränderte Antrag Müller-Julda wird einstimmig angenommen.

Die Beratung wendet sich der Frage der Zollsätze und des Ursprungszeugnisses zu. Unter Zurückziehung eines früheren Antrages Müller-Julda beantragen die Vertreter des Centrums dem § 80 des geltenden Zuckersteuer-Gesetzes das dritte Absatz hinzuzufügen:

„Der Eingangszoll für Zucker, für welchen im Erzeugnislande keine Prämie gewährt worden ist, beträgt für raffinierten und diesem gleichstellenden Zucker 4,80 M., für andern Zucker 4,40 M. mehr, als die jeweilige Verbrauchsabgabe für inländischen Rübenzucker (Zuckersteuer). Unter den im Schlußprotokoll des am 5. März 1902 in Brüssel abgeschlossenen Vertrages festgestellten Voraussetzungen können diese Zollsätze bis zu 80 Pf. erhöht werden. Der Ursprung des Zuckers ist bei der Einfuhr nachzuweisen.“

Dr. Barth (fr. Vp.) beantragt die Herabsetzung der Surtage auf 2,80 M. bezw. 2,40 M.

Die Sozialdemokraten beantragen die gänzliche Aufhebung des Ueberzolls.

Speck (S.) hält es für nötig, die Surtage mit in das Gesetz aufzunehmen, da die Brüsseler Konvention nur bestimme, daß sie höchstens 6 Jc. betragen soll. Der Antrag Barth auf Herabsetzung der Surtage auf 2 M. sei nicht angängig. Die Gefahr einer Kartellierung sei auch bei der Ermäßigung auf 4,80 M. beseitigt und das sei doch der Zweck.

Director v. Körner: Vertragmäßige Verpflichtungen pflegt man nicht in das Gesetz aufzunehmen. Wenn wir nichts über die Zollsätze hineinbringen, so gilt ein Zoll von 40 M. den Nichtvertragsstaaten gegenüber. Darunter können wir nicht gehen.

Barth (fr. Vp.) hält es doch für gut, die Höhe der Surtage gesetzlich festzulegen. Sein Antrag habe nur den Zweck, das Kartell unmöglich zu machen.

Vernstein (Soc.) begründet den Antrag seiner Parteifreunde. Deutschland solle andern Ländern mit gutem Beispiel vorangehen. Die Tendenz des Antrages sei, den freien Verkehr von Land zu Land zu erleichtern. Eventuell würden die Sozialdemokraten für den Vorherrschen Antrag stimmen.

Graf zu Limburg-Stirum (L.) tritt für die Kartelle ein, die man doch nicht so unbedingt verdammen solle. Das Kohlenhandels habe unstrittig günstig gewirkt.

Lebedour (Soc.): Die Kartellbildung müsse unter allen Umständen verhindert werden. Limburgs Verteidigung der Kartelle stehe im Widerspruch zu den Ausführungen des Grafen Ranitz über das Kohlenhandels.

Dr. Becker (S.) erklärt sich unbedingt gegen die Kartelle, die nur den einen Zweck hätten, die Inlandspreise zu steigern und dem Auslande um so billiger zu liefern.

Nach weiterer Debatte wird der Antrag der Sozialdemokraten auf Fortfall der Surtage mit 17 gegen 8 Stimmen abgelehnt, ebenso mit demselben Stimmenverhältnis der Antrag Barth. Angenommen wird der Antrag des Centrums mit 18 Stimmen.

Nächste Sitzung Mittwoch 10 Uhr.

Prozeß Sanden und Genossen.

Sechster Tag.

Nach Fröffnung der Sitzung durch Landgerichtsdirektor Heidrich wird die Erörterung über die Verhältnisse der Grundbesitzer-Gesellschaft fortgesetzt. Es wird darüber der frühere Kaufmann Görzig vernommen, der sich ausführlich über das Verhältnis der Gesellschaft zur Aktiengesellschaft, über die von Buchmüller und Ed. Sanden gemachten Einzahlungen auf das Grundkapital, über den Wert der von der Gesellschaft erworbenen Grundstücke etc. äußert. Auch dieser Zeuge ist der Ansicht, daß der Konten der Gesellschaft hätte vermieden werden können.

Hierauf wird Zeuge Siegfried Liebert über die Verhältnisse des

Märkischen Immobilienvereins

und der Neuen Berliner Baugesellschaft vernommen. Der Märkische Immobilienverein, der zunächst Aktiengesellschaft war, ist aus der im Jahre 1880 mit 100 000 M. Kapital gegründeten Aktiengesellschaft für Verwaltung von Grundeigentum hervorgegangen und verfolgte den Zweck, notleidende Grundstücke, an denen die Spielhagen-Gesellschaften interessiert waren, zu übernehmen. Als sich die Aktiengesellschaft in den Märkischen Immobilienverein umwandelte, hatte sie ihren Betrieb eingestellt und sich länger als 10 Jahre hindurch lediglich auf die Verwaltung eines Schulhauses in der Weydenburgerstraße, des einzigen ihr gebliebenen Objekts, beschränkt. Am 17. November 1899 wurde der Verein in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftung mit einem Kapital von 300 000 M. umgewandelt und auf letzteres die 100 000 M. Aktien der alten Gesellschaft angedreht. 200 000 M. sind baar eingezahlt worden. Direktoren wurden Dr. Siegfried Liebert und Ernst Wilm, der Mann einer Cousine der Frau Ed. Sanden, Gesellschaftler waren Ed. Sanden, Carl Schmidt, Siegfried Liebert und Ernst Wilm. Deren Anteile vereinigten sich schließlich bei der Preussischen Hypotheken-Aktiendank und gelangten im Januar 1899 für deren Rechnung an die Kreditgesellschaft für Industrie und Grundbesitz.

Die Neue Berliner Baugesellschaft ist im Jahre 1893 errichtet worden. Von dem eine Million Mark betragenden Grundkapital waren 772 000 M. im Besitze der Aktiengesellschaft für Grundbesitz und Hypothekendarlehen und 228 000 M. im Besitze des Angeklagten Otto Sanden. Die Direktion bestand aus Ernst Wilm und Dr. Liebert, der Aufsichtsrat wurde gebildet von Major L. Krefschmer, Rechnungsrat Herze und die Angeklagten Otto Sanden und Händel.

Die Verhandlung wendet sich hierauf dem Anlagepunkte zu, welcher Eduard Sanden, dem Angeklagten Heimr. Schmidt als früheren zweiten Direktor, Eduard Schmidt als früheren Vorsitzenden des Aufsichtsrats der Preußenbank

unwahre Darstellungen

in den Uebersichten über den Vermögensstand der Gesellschaft in idealer Konkurrenz mit Untrene vorwirft. Angeklagter Buchmüller ist der Beihilfe dazu beschuldigt.

Die Preußenbank hat zwei Abteilungen: die Bankabteilung und die Hypothekendarlehenabteilung. Vorsteher der ersteren war der Angeklagte Heinrich Schmidt, Vorsteher der letzteren der Angeklagte Ed. Sanden. Von den Buchhaltervorkleibern dieser Abteilungen wurde am Anfang jedes Jahres das Material für die Bilanzen des Vorjahres vorbereitet und demnächst dem Angeklagten Buchmüller übergeben, der es zusammenstellte und mit Ed. Sanden durchging. Nachdem die Bilanz fertiggestellt war, wurde sie mit ihren Anlagen, die die Bestandbuchnahmen und die Auszüge aus den Büchern enthielten, dem Angeklagten Heinrich Schmidt und 1 bis 2 Tage später dem Bilanzrevisor des Kuratoriums zur Prüfung vorgelegt. Die letzteren nahmen diese Prüfung in der Weise vor, daß einzelne Mitglieder einzelne Teile der Bilanz mit deren Anlagen verglichen. Auf die Bücher selbst wurde im allgemeinen nicht zurückgegangen.

Sämtliche beteiligte Angeklagte bestritten, sich der Bilanzverschleierung schuldig gemacht zu haben. Sie behaupten, daß sie die ihnen obliegenden Verpflichtungen bei der Prüfung genau erfüllt hätten und die Bilanzen nach ihrem besten Wissen erfüllt hätten. Dies erklärt insbesondere auch der Angeklagte Eduard Schmidt. Aus dem Kuratorium sei eine Kommission von drei Mitgliedern gewählt, die die Prüfung der Bilanzen vornehmen müßten. Den einzelnen Mitgliedern dieser Kommission wurde die Revision besonderer Teile der Bilanz zur Prüfung überwieben. Ihm als Bankier war die Revision der Kassenverhältnisse übertragen und er habe stets alles in Ordnung gefunden. — Im übrigen geht aus den Aussagen der Angeklagten hervor, daß sie sich auf Eduard Sanden verlassen haben.

Angell. Ed. Sanden erklärt, daß er sich niemals als erster Direktor ausgespielt habe, sondern alle Dinge, und namentlich auch die Bilanzen mit seinem Mitdirektor Heimr. Schmidt besprochen habe. — Angell. Heimr. Schmidt: Herr Kommerzienrat Sanden hat mit mir niemals über Bilanzen gesprochen. Hätte ich von einer einzigen Inkorrektheit oder von einer einzigen Sündhaftigkeit die geringste Kenntnis gehabt, so würde ich ununterbrochen die Bilanzen untersuchen haben. Ich weiß nicht, wie Herr Sanden zu seiner Behauptung kommt.

Der die Enpse eingebracht.

Ist sie doch auch aus! — Ed. Sanden bestrittet auch objektiv, daß in den in Frage stehenden Bilanzen von 1896—1899 Unrichtigkeiten enthalten sind.

Angell. Buchmüller: Er habe Herrn Kommerzienrat Sanden immer große Hochachtung entgegengebracht und in geschäftlichen Dingen als Autorität betrachtet. Dieser Autorität folgend, habe er gehandelt, in dem Glauben, daß es dem Kommerzienrat gelingen werde, die Bank zu einer gedeihlichen Entwicklung zu bringen. Diesen Glauben habe er während 30 Jahre bis zuletzt gehabt.

Im einzelnen wird die Bilanz per 31. Dezember 1896 erörtert. Am 31. Dezember 1896 war die Aktiengesellschaft G. u. V. der Preußenbank 10 302 645 M. schuldig, während die letztere ihrerseits der Deutschen Grundschuldbank 10 651 513 M. schuldig war. Statt nun mit diesen Beträgen die Aktiengesellschaft unter dem Aktivposten „Outgaben in laufender Rechnung“ und die Deutsche Grundschuldbank unter dem Passivposten „Diverse Kreditoren“ aufzuführen, ist unter den Aktiven die Schuld der Aktiengesellschaft G. u. V. ganz weggelassen und unter den Passiven der gleiche Betrag abgesetzt, indem die Deutsche Grundschuldbank statt mit 10 651 513 M. mit nur 348 867 M. veranschlagt wurde. Die Folge war, daß in der Bilanz die Debitoren mit nur 5 903 292 M. statt mit 16 205 938 M. und die Kreditoren mit nur 14 027 599 M. statt mit 24 330 245 M. erschienen. Die Anklage vertritt die Ansicht, daß diese Art Buchung stattgefunden habe, um die Gesamtbeträge der Debitoren und Kreditoren wesentlich herabzumindern und die Aufmerksamkeit von den sachungswidrig vorgenommenen umfangreichen Contocorrentgeschäften abzulenken.

Nachdem einige Angestellte der Bank über die Art und Weise, wie die Bilanzen angefertigt wurden, vernommen worden, sucht Kommerzienrat Eduard Sanden auseinander zu setzen, daß er zu dieser Art Buchung völlig berechtigt gewesen sei und diese keineswegs den Zweck verfolgt habe, den Contocorrent-Bericht zu verschleiern. Das Verfahren sei durchaus zulässig, ja notwendig gewesen.

Auf denselben Standpunkt stellt sich mit Nachdruck der Angeklagte Otto Sanden, der die entgegengesetzte Ansicht des Kommerzienrats Lucas für falsch erklärt.

Angeklagter Heimr. Schmidt bestrittet, daß er im allgemeinen von Bilanzen etwas verstanden habe. Er habe sich im allgemeinen und bei dem hier in Frage stehenden Punkt im besonderen auf die Erfahrung des kaufmännisch gebildeten Direktors Ed. Sanden verlassen. Er selbst sei von Hause aus Jurist, habe in seinem Leben nie eine Bilanz gemacht. Hier seien die Bilanzen von den Buchhaltern gemacht, Ed. Sanden habe sie durchgesehen und er habe sie in wenigen Abendstunden geprüft, soweit es ihm möglich war.

Sachverständiger Kommerzienrat Lucas setzt des ängeren auseinander, weshalb die bemängelte Bilanzbindung entschieden unzulässig sei. Seinen Ausführungen wird seitens der Angeklagten

ferner durch den Justizrat Kleinholz und die Rechtsanwältin Thurm und Verstein widerprochen.
 Sachverständiger Geheimerat Dr. Hecht: Die Bilanzen von Hypothekendarlehen seien in erster Reihe zur Orientierung der Pfandbesitzer - Inhaber bestimmt und für diese von äußerster Wichtigkeit. Der unter allen Umständen berechtigten Forderung einer klaren durchsichtigen Bilanz entsprechen die Bilanzen der Preussendarlehen von 1896 an und rückwärts nicht. Sie sind nicht nur in dem hier zur Kallage stehenden Punkt, sondern auch in anderen Punkten, die nicht zur Kallage stehen, unklar. Das Verhältnis der Post zu anderen Gesellschaften hätte doch hergestellt werden müssen; es war aber aus den Bilanzen nicht zu erkennen. Der Sachverständige legt dies in längerem Vortrage auseinander und schließt sich bezüglich der Unzulässigkeit der Buchung ganz dem Gutachten des Kommerzienrats Lucas an. Die vorliegende Bilanz gebe von den Verhältnissen ein total falsches Bild. Die persönliche Befähigung des Angeklagten Heinrich Schmidt zur Führung von Bilanzen könne er nicht erkennen, meine aber: Wenn man Vorsteher der Abteilung einer solchen Post ist, sollte man doch in der Lage sein, eine Bilanz lesen zu können. Der Art, wie die Bilanzen geprüft worden, habe es an den allerersten primitivsten Grundlagen gefehlt. Es sei eine ganz schablonenhafte Prüfung gewesen, die jeder Lehrling machen konnte.
 Sachverständiger und Verteidiger.
 Nach kurzer Pause erbittet sich der Sachverständige Geh. Rat Dr. Hecht das Wort zu einer persönlichen Bemerkung: Ich habe mich darüber zu beklagen, daß mich die Verteidigung während der Begründung meines Gutachtens wiederholt zu unterbrechen pflegt. Es gehört doch zum guten Ton, jemand antworten zu lassen. Ich muß dringend bitten, daß die Verteidiger mich nicht unterbrechen.

sondern meine Ausführungen bis zu Ende entgegennehmen und dann erst verlangen, mich zu widerlegen. Ich habe meinen Eid geleistet, mein Gutachten nach bestem Wissen abzugeben, einzeln, ob es für oder gegen die Angeklagten ausfällt.
 Präsi.: Ich habe die Überzeugung, daß es keineswegs die Absicht der Verteidigung ist, irgendwie den Ton zu verlegen, richte mir aber an diese die Bitte, auch nicht im Eifer des Gefechts solche Unterbrechungen stattfinden zu lassen.
 Rechtsanw. Verstein: Die gesamte Verteidigung ist der Ansicht, daß der Sachverständige Dr. Hecht seine Stellung in diesem Prozeß verkennt. Er ist als Sachverständiger berufen, über bestimmte Thatsachen, die zur Kallage gehören, Auskunft zu geben. Darüber hinaus ist er aber immer bemüht, Sachen, die überhaupt gar nicht zur Kallage stehen, zu längerem Vortrage zu benutzen und zu Ungunsten der Angeklagten zu verwenden. Das geht weit über die Aufgaben eines Sachverständigen hinaus.
 Vorsitzender Landgerichtsdirektor Heidrich: Es muß doch den Sachverständigen anheim gestellt bleiben, zur Begründung eines Gutachtens so viel vorzubringen, als sie für angemessen halten. Gehen sie darin zu weit, so würde der Gerichtshof schon unterbrechen, er habe aber dazu noch keine Veranlassung gehabt.
 Rechtsanwältin Thurm: Er schließe sich den Ausführungen des Rechtsanwalts Verstein an und beantrage, den Direktor Gerichtshof von der Abmahnung-Befähigung des Sachverständigen zu laden. Den Geh. Rat Dr. Hecht möchte er darauf aufmerksam machen, daß er kein Richter habe, die Wahrung der Disziplin vielmehr lediglich dem Vorsitzenden zustehe.
 Der Gerichtshof beschließt, auf seinen gestrigen Beschluß zu bestehen und die Ladung weiterer Sachverständiger abzulehnen. Die Erörterung einzelner Posten der Bilanz für das Jahr 1890

nimmt noch einen großen Umfang an und giebt zu eingehendem Darlegungen der Sachverständigen sowie der Angeklagten und deren Verteidiger Anlaß. Es handelt sich dabei im wesentlichen um Posten, durch welche verschiedene Verluste aus älterer Zeit gedeckt werden sollten.
 Bei einigen anderen Punkten der Bilanz, die gleichfalls beanstandet worden sind, können die Sachverständigen die bona fides nicht ohne weiteres absprechen.
 Die Verhandlung wird hierauf auf Dienstag 9 Uhr vertagt.
 Centralverband der Konditoren und verwandten Berufsgenossen.
 Heute Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldenstraße 57: Mitglieder-Versammlung. Gütliche Willkommen.
 Verband deutscher Barbiers, Friseur und Perückenmacher (Zweigverein Berlin). Donnerstag, abends 10 Uhr, bei Bauer, Rosenhaldenstraße 57: Außerordentliche Generalversammlung. Tagesordnung: 1. Abstimmungs-Antrag des Verbandsvorstandes.
 Stationen:

Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur	Stationen	Barometer	Wind	Wolken	Temperatur
Stettin	769	NO	3	10	Opparanda	763	NO	4	12
Danzig	768	O	2	16	Deerburg	768	SO	6	12
Breslau	767	NO	3	14	Forst	768	SO	6	12
Frankfurt	768	NO	2	19	Werdau	763	NO	2	18
Wien	765	SO	2	20	Paris	763	NO	2	18
Wien	765	SO	2	20					

 Weiter: Prognose für Mittwoch, den 4. Juni 1902.
 Trocken und vorwiegend heiter, nachts ziemlich frisch, am Tage sehr warm bei mäßigen östlichen Winden.
 Berliner Wetterbureau

Nur den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
 Mittwoch, den 4. Juni.
 Opernhaus. Die Weisungen von Nürnberg. Anfang 7 Uhr.
 Schauspielhaus. Das große Licht. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Neues Oper-Theater (Kroll). Im Wiederbesuche: Offenbach's Coloss. Die Zaubergeige. - Polypol und Vernechte. - Knopf und Friseur. Anfang 8 Uhr.
 Schiller. Die schöne Melusine. Anfang 8 Uhr.
 Deutsches Hoftheater. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Berliner. Alt-Heidelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Festung. Geschlossen.
 Weiten. Hoffmann's Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Neues. Die Großstadtluft. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Reichens. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Central. Coralle u. Cie. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Apollo. Gastspiel der Schillerseer. Der Freudenbau von Tegeyersee. Anfang 8 Uhr.
 Scharf. Die Dame aus Trouville. Hierauf: Gr. Anfang 7 1/2 Uhr.
 Eulien. Geschlossen.
 Carl Weis. Die Piper. Anfang 8 Uhr.
 Friedrich-Wilhelm-Abtheilung. Der lustige Ghemann. Anfang 7 1/2 Uhr.
 E. v. Wosogens Bunte Theater (Neubau). Anfang 8 Uhr.
 Schall und Rauch. Serenissimus. Zwischenstücke. Der Fall Moncel. Schöne Seren. Kollegen. Anfang 8 1/2 Uhr.
 Cyphus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
 Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
 Metropol. (Moritz-Oper.) Messandro Stradella. Anfang 8 Uhr.
 Apollo. Vuffrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
 Falch. Den Wit und sein orientalisches Bander. Ensemble. Anfang 8 Uhr.
 Casino-Theater. Geschlossen.
 Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
 Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
 Apollo-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.
 Urania. Tauben-Strasse 48/49. Im Theater um 8 Uhr.
 Urania. Die deutsche Ostseeküste.
 CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 105. Photographische Aufnahme von der Insel Martinique und von den Schlachtfeldern Transvaals. Im Konzertsaal: Schwedisch-Künstlerkapelle 4 Damen, 2 Herren.
 Passage-Panoptikum. Der weibliche Affenmensch. Die Seejungfer. Der Tigerknabe. Damen-Ringkampf! Alles ohne Extra-Entree.
 Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
 Willy Prager 16 Elite-Nummern.
 Central-Theater. Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr: Zum 14. Male: Coralle & Cie. Schwank in 3 Akte v. Adol. Polakowicz und Maurice Desmet. Morgen u. folgende Tage: Coralle & Cie.
 Apollo-Theater und Konzert-Garten. Um 8 Uhr: Sensationell sind die neuen Juni-Spezialitäten! Um 9 Uhr: Kolossaler Lacherfolg! Die Ausstattungs-Operette von Paul Lincke
 Lysistrata mit dem Luftballett „Origoletta“ um 7 Uhr: Garten-Konzert.
 Schall und Rauch (Kleines Theater) Unter den Linden 44. Mittwoch, 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Serenissimus-Zwischenspiele Gastspiel von Emanuel Reicher. Der Fall Moncel. - Kollegen. Schöne Seelen.
 Reichshallen. Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tagesstufe 11-14 Uhr.
 Reichshallen-Garten und Restaurant. Täglich: Grosses Militär-Konzert.
 Schiller-Theater (Wallner-Theater). Mittwochabend 8 Uhr: Die schöne Melusine. Märchen-Drama in vier Aufzügen von Georg Reide.
 Donnerstagabend 8 Uhr: König Harlekin.
 Freitagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: Die Hottenburger.
 Metropoel-Theater. Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper. Mittwoch: Heinrich Bötel. Alessandro Stradella. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Vor-Heinrich Bötel letztes Gastspiel. Sonnabend: Klassisch-populäre Vorstellung bei halben Preisen: Don Juan von Mozart.
 Belle-Alliance-Theater. Im Garten auf der Sommerbühne um 8 Uhr: Die Dame aus Trouville. Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Vor und nach der Vorstellung: Grosses Konzert. Bei ungünstiger Witterung im Theater: Gr. - Garten-Entree inkl. Vorstellung 30 Pf. - Gartenlustigen 3 R. - Tagendarten 2 R.

Urania.
 Tauben-Strasse 48/49.
 Im Theater um 8 Uhr:
 Die deutsche Ostseeküste.
 CASTANS Panoptikum. Friedrich-Strasse 105. Photographische Aufnahme von der Insel Martinique und von den Schlachtfeldern Transvaals. Im Konzertsaal: Schwedisch-Künstlerkapelle 4 Damen, 2 Herren.

Passage-Panoptikum.
 Der weibliche Affenmensch. Die Seejungfer. Der Tigerknabe. Damen-Ringkampf! Alles ohne Extra-Entree.
Passage-Theater.
 Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Willy Prager
 16 Elite-Nummern.
Central-Theater.
 Mittwoch, den 4. Juni, abends 8 Uhr: Zum 14. Male: Coralle & Cie. Schwank in 3 Akte v. Adol. Polakowicz und Maurice Desmet. Morgen u. folgende Tage: Coralle & Cie.
Apollo-Theater
 und Konzert-Garten.
 Um 8 Uhr: Sensationell sind die neuen Juni-Spezialitäten!
 Um 9 Uhr: Kolossaler Lacherfolg! Die Ausstattungs-Operette von Paul Lincke
Lysistrata
 mit dem Luftballett „Origoletta“ um 7 Uhr: Garten-Konzert.
Schall und Rauch
 (Kleines Theater) Unter den Linden 44. Mittwoch, 4. Juni, abends 8 1/2 Uhr: Serenissimus-Zwischenspiele Gastspiel von Emanuel Reicher. Der Fall Moncel. - Kollegen. Schöne Seelen.
Reichshallen.
 Täglich: Stettiner Sänger. Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr. Tagesstufe 11-14 Uhr.
Reichshallen-Garten und Restaurant.
 Täglich: Grosses Militär-Konzert.

Schiller-Theater
 (Wallner-Theater).
 Mittwochabend 8 Uhr: Die schöne Melusine. Märchen-Drama in vier Aufzügen von Georg Reide.
 Donnerstagabend 8 Uhr: König Harlekin.
 Freitagabend 8 Uhr: Zum erstenmal: Die Hottenburger.
Metropoel-Theater
 Anfang 8 Uhr. Morwitz-Oper. Mittwoch: Heinrich Bötel. Alessandro Stradella. Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor. Freitag: Vor-Heinrich Bötel letztes Gastspiel. Sonnabend: Klassisch-populäre Vorstellung bei halben Preisen: Don Juan von Mozart.
Belle-Alliance-Theater.
 Im Garten auf der Sommerbühne um 8 Uhr: Die Dame aus Trouville. Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Vor und nach der Vorstellung: Grosses Konzert. Bei ungünstiger Witterung im Theater: Gr. - Garten-Entree inkl. Vorstellung 30 Pf. - Gartenlustigen 3 R. - Tagendarten 2 R.

Grosse Fänge. Seefische billig!
 Schellfische in allen Grössen 15, 18-20 Pf. pro Pfd.
 Cabliau 20-22 Pf. . . .
 Bratflander 20-25 Pf. (3 Pfund 55 Pf.) - Seehecht 35 Pf. Kaurrhahn 25 Pf. pro Pfund.
 Deutsche Dampfschifferei-Gesellschaft „Nordsee“
 Haupt-Sitz: Berlin C. 2, Bahnhofs-Häuse, Bogen 9-10.
 II. Filiale: Lüneburgerstrasse, Ecke Paulstrasse.
 III. : Prinzenstrasse 30. 42008
 IV. : Madalstr. 22, im Schlesischen Bahnhof.
John Skorczyk, Generalvertreter.

DOLOFISCHER GARTEN
 Täglich ab 4 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert.
 Entree 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. - Sonntag und Donnerstag 3 Kapellen.
Carl Weiss-Theater.
 Große Frankfurterstr. 132. Täglich abends 8 Uhr:
Die Viper.
 Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorst. Anfang 8 1/2 Uhr.
W. Noacks Theater.
 Brunnenstrasse 10. Täglich:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Nord und Süd.
 Operette in 1 Akt von Rob. Lindner. Musik von Richard Löbke. Int. Soli: Tanzkränzchen.
Max Kleins Sommer-Theater.
 Hasenheide 13-15. Artistischer Leiter: Gust. Bock.
 Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
 Jeden 1. und 15. d. Monats: Wechselndes Programm! Donnerstag: Elite-Tag.
Sanssouci
 Kottbuserstr. 4a, Station der Hochbahn. Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal: Hermanns Norddeutsche Sänger und Konzert. Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soli: Tanzkränzchen. Tanz frei! Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soli 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Fröbels Allerlei-Theater
 Fräulein Pohlmann
 Schützenhaus-Allee No. 148.
 Durchweg glanzvoll eventuell!
 Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
 Kommen! Ehen! Trauen!
 Kladderbüsch hässlicher Weltall des erstklassigen Kleins-Programms!
 Im Brautpaar: Gr. Ball. Anfang Konzert 5 Uhr, Ball 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., Sprech 50 Pf.
 Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf ab. Plätzen 6. Hälfte. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saal statt.
Wintergarten.
 Das neue Juni-Programm Besser und interessanter wie je!
Schweizer Garten
 Am Königsthor 42020* Am Friedrichshain
 Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
 Volkshelmsplatz. Freier Damenanzug. Um 10 Uhr: Enfüsse im Bade. An Wochentagen ist die Aufschichte von 3-6 Uhr geöffnet.
Sommertheater Marienbad
 Badstr. 35/36, Gesundbrunnen. Täglich:
Gr. Spezialität-Vorstellung.
 Berliner Wäpfermädel. Mittwoch und Sonntag: Ball. Entree 30 Pf.

Dankfagung.
 Allen Freunden, Bekannten und Verwandten, insbesondere dem Socialdemokratischen Arbeiterverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, dem Centralverband der Zimmerer Deutschlands, der Central-Kranken-Casse der Zimmerer sowie dem Meister und den gesunkenen Arbeitern des Reichsausschusses für die Teilnahme und die reichen Anstaltspenden bei der Beerdigung meines lieben Vaters Otto Schöndler meinen herzlichsten Dank.
 Witwe Schöndler und Kinder.
Dankfagung.
 Für die vielen Beweise der Teilnahme bei der Beerdigung meines Vaters, des Zimmerers Heinrich Mätzke sage ich dem Verein der Zimmerer meinen herzlichsten Dank.
 Witwe Alwine Mätzke.
 5 M 36,01
 In der Straßasse gegen den Mediciner Dr. Max Onard hier, im Heimgarten Nr. 3, geboren zu Ansohnstadt am 9. April 1890, evangelischer Religion, wegen öffentlicher Beleidigung durch die Presse, hat die erste Instanz des k. k. Landgerichts in Frankfurt a. M. am 13. November 1901 für Recht erkannt: Angeklagter ist der öffentlichen durch die Presse begangenen Beleidigung der Angehörigen des ehemaligen deutschen Expeditionscorps schuldig und wird hierauf zu einer Gefängnisstrafe von drei Wochen und zu den Kosten des Verfahrens verurteilt. Den beteiligten Mitgliedern des ehemaligen ostpreussischen Expeditionscorps wird 3. d. des k. k. preussischen Kriegsministers die Befugnis zugesprochen, den entscheidenden Teil des Urteils binnen vier Wochen nach Zustellung einer Ausfertigung des rechtskräftigen Urteils in der „Volkstimme“, dem „Vorwärts“ und dem „Reichs-Anzeiger“ auf Kosten des Angeklagten bekannt zu machen. Die noch vorhandenen Exemplare der Nummer 9 der „Volkstimme“ vom 11. Januar 1901 sowie die zur Herstellung des mitgetheilten Artikels bestimmten Platten und Formen sind einzuziehen und unbrauchbar zu machen.
 Die Richtigkeit der Abschrift der Urteilsformel wird bezeugt und die Vollstreckbarkeit des Urteils bescheinigt.
 Frankfurt a. M., den 15. Mai 1902. (L. S.) gez. Pähler, Gerichtsschreiber des k. k. Landgerichts.

Schloss Wedding-Park.
 Müller-Strasse 178, gegenüber der Dorfkirche. Inhaber: Carl Hellmann.
 Täglich außer Freitags:
Elite-Konzert, Theater, Spezialität-Vorstellung.
 Sonntags u. Dienstags: Ball. Dienstag und Sonnabend: Original Norddeutsche Sänger.
 Heute Mittwoch:
Kinder-Freudenfest
 mit Vorstellungen, Kaffeefische, verbeidete Kegelbahnen, Bergkutschfahrten täglich zur Verfügung.
Fröbels Allerlei-Theater
 Fräulein Pohlmann
 Schützenhaus-Allee No. 148.
 Durchweg glanzvoll eventuell!
 Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
 Kommen! Ehen! Trauen!
 Kladderbüsch hässlicher Weltall des erstklassigen Kleins-Programms!
 Im Brautpaar: Gr. Ball. Anfang Konzert 5 Uhr, Ball 6 1/2 Uhr. Entree 30 Pf., Sprech 50 Pf.
 Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf ab. Plätzen 6. Hälfte. Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saal statt.

Eine Wohlthat.
 Bei den heißen Tagen einen feinen Sommer-Anzug zu haben, bietet sich dem geehrten Publikum eine nie wiederkehrende Gelegenheit. 42082*
200 Stück
 reintonne Stoffe in neuesten Mustern verarbeitet nach Maß unter Garantie tauschelosen Stücs mit fehen Futterhöfen, jeden Anzug zum Aussuchen für 25 Mark; früherer Preis 50 Mark. Ein Vosten Herren-Hosen, guter Stoff, nach Maß für 3.50 Mark, so lange der Vorrat reicht.
 Eigene Schneiderei im Hause.
A. Priester,
 Gr. Frankfurterstr. 40.
Carl Labude
 durch den Tod nach kurzem Leiden am 2. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Brill 4 1/2 Uhr. Die Genossen aus dem 7. Bezirk.
Verband der deutschen Maler.
 Charlottenburg.
 Am Montag, den 2. d. M., von hier unter altdewohntes Mitglied, der Maler 546
Carl Labude.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Müller, Bismarckstrasse 23, 5 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.
Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Montag noch kurzen schweren Leiden unter langjähriges Mitglied und Abteilungsleiter, der Maler
Carl Labude
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Bernike, Bismarckstrasse 23, 5 1/2 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht 250,8 Der Vorstand.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin I.)
Ernst Gohlke
 am Sonntag, den 1. Juni, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 42/8 Die Ortsverwaltung.
 Hiermit die traurige Nachricht, daß uns am 1. Juni unser lieber Sohn und herzenguter Bruder der Schlosserlehrling
Carl Dietrich
 im 19. Lebensjahre plötzlich durch den Tod entziffen wurde. Dies zeigt tiefbetriibt an Familie Dietrich, Schillernstraße 14.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni 1902, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen Friedhofs in der Doppel-Allee aus statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Osten.)
Todes-Anzeige.
 Nach kurzen schweren Leiden hier unter langjähriges Mitglied der Formirer Wilhelm Stein.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten 243/13 Der Vorstand.
Todes-Anzeige.
 Die rauhe Gewalt des Todes hat uns in unserm Freundeskreis eine Lücke geschaffen. Am Montag wurde unser Abteilungsleiter
Carl Labude
 durch den Tod nach kurzem Leiden am 2. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Brill 4 1/2 Uhr. Die Genossen aus dem 7. Bezirk.
Verband der deutschen Maler.
 Charlottenburg.
 Am Montag, den 2. d. M., von hier unter altdewohntes Mitglied, der Maler 546
Carl Labude.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Müller, Bismarckstrasse 23, 5 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.
Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Montag noch kurzen schweren Leiden unter langjähriges Mitglied und Abteilungsleiter, der Maler
Carl Labude
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Bernike, Bismarckstrasse 23, 5 1/2 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht 250,8 Der Vorstand.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin I.)
Ernst Gohlke
 am Sonntag, den 1. Juni, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 42/8 Die Ortsverwaltung.
 Hiermit die traurige Nachricht, daß uns am 1. Juni unser lieber Sohn und herzenguter Bruder der Schlosserlehrling
Carl Dietrich
 im 19. Lebensjahre plötzlich durch den Tod entziffen wurde. Dies zeigt tiefbetriibt an Familie Dietrich, Schillernstraße 14.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni 1902, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen Friedhofs in der Doppel-Allee aus statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Osten.)
Todes-Anzeige.
 Nach kurzen schweren Leiden hier unter langjähriges Mitglied der Formirer Wilhelm Stein.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten 243/13 Der Vorstand.
Todes-Anzeige.
 Die rauhe Gewalt des Todes hat uns in unserm Freundeskreis eine Lücke geschaffen. Am Montag wurde unser Abteilungsleiter
Carl Labude
 durch den Tod nach kurzem Leiden am 2. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Brill 4 1/2 Uhr. Die Genossen aus dem 7. Bezirk.
Verband der deutschen Maler.
 Charlottenburg.
 Am Montag, den 2. d. M., von hier unter altdewohntes Mitglied, der Maler 546
Carl Labude.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Müller, Bismarckstrasse 23, 5 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.
Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Montag noch kurzen schweren Leiden unter langjähriges Mitglied und Abteilungsleiter, der Maler
Carl Labude
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Bernike, Bismarckstrasse 23, 5 1/2 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht 250,8 Der Vorstand.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin I.)
Ernst Gohlke
 am Sonntag, den 1. Juni, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 42/8 Die Ortsverwaltung.
 Hiermit die traurige Nachricht, daß uns am 1. Juni unser lieber Sohn und herzenguter Bruder der Schlosserlehrling
Carl Dietrich
 im 19. Lebensjahre plötzlich durch den Tod entziffen wurde. Dies zeigt tiefbetriibt an Familie Dietrich, Schillernstraße 14.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni 1902, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen Friedhofs in der Doppel-Allee aus statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berl. Reichstags-Wahlkreis. (Osten.)
Todes-Anzeige.
 Nach kurzen schweren Leiden hier unter langjähriges Mitglied der Formirer Wilhelm Stein.
 Ehre seinem Andenken.
 Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofs in Friedrichshagen aus statt. Um zahlreiche Beteiligung bitten 243/13 Der Vorstand.
Todes-Anzeige.
 Die rauhe Gewalt des Todes hat uns in unserm Freundeskreis eine Lücke geschaffen. Am Montag wurde unser Abteilungsleiter
Carl Labude
 durch den Tod nach kurzem Leiden am 2. d. M., nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Brill 4 1/2 Uhr. Die Genossen aus dem 7. Bezirk.
Verband der deutschen Maler.
 Charlottenburg.
 Am Montag, den 2. d. M., von hier unter altdewohntes Mitglied, der Maler 546
Carl Labude.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Halle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Müller, Bismarckstrasse 23, 5 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht Die Ortsverwaltung.
Socialdemokratischer Wahlverein Charlottenburg.
 Den Mitgliedern hiermit zur Nachricht, daß am Montag noch kurzen schweren Leiden unter langjähriges Mitglied und Abteilungsleiter, der Maler
Carl Labude
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 5. d. M., nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Kaiser-Kirchhofs aus statt. Treffpunkt bei Bernike, Bismarckstrasse 23, 5 1/2 Uhr. Um rege Beteiligung ersucht 250,8 Der Vorstand.
Verband der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
 (Zahlstelle Berlin I.)
Ernst Gohlke
 am Sonntag, den 1. Juni, verstorben ist.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des St. Markus-Kirchhofs in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht 42/8 Die Ortsverwaltung.
 Hiermit die traurige Nachricht, daß uns am 1. Juni unser lieber Sohn und herzenguter Bruder der Schlosserlehrling
Carl Dietrich
 im 19. Lebensjahre plötzlich durch den Tod entziffen wurde. Dies zeigt tiefbetriibt an Familie Dietrich, Schillernstraße 14.
 Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 4. Juni 1902, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Friedrichshagen Friedhofs in der Doppel-Allee aus statt.

Socialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Am Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, im „Colberger Salon“, Colbergerstraße 23:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

- Berichterstattung über stattgehabte Verhandlungen bezüglich der Berliner Organisationsverhältnisse.
- Diskussion und eventuelle Beschlußfassung über die für unseren Kreis sich hieraus ergebenden Maßnahmen.
- Mitteilungen über den augenblicklichen Stand der Revueinrichtung der „Vorwärts“-Druckerei und deren Verwaltung, sowie Wahl eines Mitgliedes zu einer hierfür zu bildenden Kontrollkommission.

Die Mitglieder werden gleichzeitig darauf aufmerksam gemacht, daß Ende dieses Monats die ordentliche Generalversammlung stattfindet.

Achtung! Bauarbeiter Berlins und Umgegend.

Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands. Zahlstellen Berlins und Umgegend.

Freitag, den 6. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (gr. Saal):

Mitglieder-Versammlung

aller zum Streikgebiet Berlin gehörigen Verbands-Zahlstellen.

Tages-Ordnung:

- Die augenblickliche Konjunktur im Baugewerbe, der ablehnende Beschluß der Arbeitgeber und unsere Stellungnahme dazu.
- Die stattgehabte Baukontrolle und unsere Schlußfolgerung.
- Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! Da es sich um unser Wohl und Wehe, hauptsächlich der Lohnarbeiter, handelt, eruchen wir Euch, zahlreich in dieser Versammlung zu erscheinen. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Es ist deshalb wünschenswert, daß sich jeder sofort von der Arbeitsstelle nach der Versammlung begibt.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Lohnkommission. J. A. K. Heidemann.

Schöneberg.

Am Donnerstag, den 5. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Obfr. Weiningerstraße 8:

Kommunalwähler-Versammlung

Tages-Ordnung: 1. Die bevorstehende Wahl im 4. Bezirk. 2. Aufstellung eines Kandidaten.

Achtung, Radfahrer!

Wir bauen in unserer neu eingerichteten Reparaturwerkstätte W. K. C., N. S. U. und Dürkopp-Maschinen nach Mass. Reparatur und Einbau von Freilaufmaschinen billig.

Berliner Einkaufs-Genossenschaft Marzlinstraße 19.

Fruchtweine:

- Apfelwein a Fl. 0,25 M. u. 0,30 M.
- Johannisbeerwein, süß, 0,65 „
- Stachelbeerwein, kräftig, 0,65 „
- Heidelbeerwein, süß, 0,65 „
- Heidelbeerwein, süß und herb, 0,65 „
- Kirschwein, süß, 0,65 „
- Brombeerwein, süß, 0,75 „

exkl. Flasche, welche mit 10 Pf. berechnet und zurückgenommen wird. Die Fruchtweine sind erster Qualität.

Zu haben auch in unseren ca. 200 Niederlagen.

Hermann Meyer & Co., Wattstr. 11/12. Fernsprecher Amt III No. 3534. 4143L*

Heinzelmann & Co., Brandenburgstr. 44, Cigarrenfabrik.

Billige und reelle Verpackung für Bierverkäufer u. Händler, welche in Fabrik, verk. Nr. 54 3,50 M., Nr. 56 u. 60 4 M., pr. 100 St., b. 1000 St. 5% Rab.

Kleine Anzeigen.

Jedes Wort 5 Pfennig. Nur das erste Wort voll. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Verkäufe.

- Zahnkassen** (sofort zu verkaufen). Näheres bei Anders, Salzweberstraße 8. 789*
- Steyppdecken** (pottbillig). Habritz Weinstube 20 I. 2872b
- Große Betten**, 11 Mark an, echt chinesische Randarmenbauern Pfund 1,90. Habritzlager Landsberger Allee Nr. 37, I. 10882*
- Teppiche** mit Gardenschiere. Habritz Lager Große Frankfurterstraße 9, varierte. 137*
- Fahrräder**, verlässliche, prima. Vorwärtiger in gerhartiger Auswahl: Bramador, Opel, Adler, Dürkopp, Tammeräder; 100 neue Räder aus Streifen, neueste Modelle, erstklassiges deutsches Fabrikat, funktionstüchtig, preiswert; Prinzip: Trost aller Billigkeit äußerer Solidität! Räderhändler werden um Lagerbesuch und Vergleich mit Konkurrenz gebeten. Fahrräder, Velohaus, Neue Schindlerstraße 11. 11682*
- Nähmaschinen**, verlässliche, pottbillig (Wiesenauswahl) Pfandbüchsen, Alexanderstraße 73. 32b
- Waschlocher!** Einlochschlocher! 1,00. Zweifelschlocher! 3,00. Geschlochte Waschlocher! 5,00. Gas-Drucklöcher! 7,00. Gas-Plättchen! Gas-Bügeleisen! billig! Wobauer, Wollner-Theaterstraße zweiunddreißig. 2743b
- Laubenanbau!** Gebrauchte neue Bretter, Kantholz, Latten, Leisten, Thüren, Fenster, Dachpappe, Thier billig Kottbulerdamm 22. 2459b*
- Brotschle.** Soßig. Grünkraut mit Kollé sofort. Näheres bei Schmidt, Stallhändlerstraße 25, Keller. 476
- Rähmaschinen** ohne Anzahlung, Boche 1,00, gebrauchte tabellos, sportbillig Rohnstraße 60/61, Landsbergerstraße 82 I. 760*
- Paariermittel**, unübertroffen, überzeugungsgewinnend, fünfzig Pfennig, Probefabrik, Charlottenstraße 3. *
- Steyppdecken** billig! Habritz Große Frankfurterstraße 9, varierte. 137*
- Kartoffeln**, prima, 10 Pfund 25 Pf. Krüger Kartoffel-Handlung, Forsterstraße 4. 7149
- Rechtsbureau** Jandl, Andreasstraße dreihundachtzig, Rechtsfälle, Eingangsgebühren, Raterteilung. 38b
- Unfallfachen**, Klagen, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Stollgerstraße 65. 2542b*
- Kunstkopiererei** von Frau Rotzky, Steinwegstraße 48, Overgebäude hochparterre. *
- Brochandenlexikon** und alle anderen Bücher kauft, besteht Antiquariat, Rodstraße 56, I. Amt VI, 3307. *
- Kleider**, Betten, Mäße, Nachlässe, für einnes Geschäft, höchstbillig, Radbar, Vangstraße 32. 26714*
- Zum gewöhnlichen Friseur**, v. a. v. d. Kirchhöfen in Wilhelmberg. Empfehle mein Lokal, Kaffeeische, Garten, Regalbahn. August Wäntler. 7118*
- Vereinsszimmer** für 40 Personen noch einige Tage frei. Ladewig, Kommandantenstraße 65. 10908*
- Biblisktion!** Wer sich über diese rucklose Gemantheit unter Zeit unterrichten will, verlange die fünfblätter des Weltbundes gegen Bewilligung, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Arbeiterverein, Köpenickerstraße 108, im alten Abend wird geben. 161b*
- Vereinsszimmer**, Regalbahn, Suter, Blumenstraße 52a. 11b
- Pianino** sofort veräußert, Hiltnerstraße 120, I. 227*
- Wer Stoff hat?** Fertige Herrenanzüge mit Futterladen 15 Mark. Angangstraße 10 Mark. Wagner, Schneidermeister, Frankfurterstraße Nr. 59, III. 50b*
- Wußt zu allen Festlichkeiten**. Eigne, vorzügliche Kapelle (Organist). Persönliche Leitung. Schoner, Eichendorffstraße 22. 49b
- 75 Pfennig!** Eingangsgebühren, Scheinfachen, Straffachen, Ehescheidungs-, Interdiktions-, Beleidigungs-, Alimentenklagen, Unfallfachen, Zahlungsbefehle, Raterteilung, Sulkow, Stalgerstraße 141. Abends geöffnet. 55b
- Rechtsbureau**, Projehthaus, Eingangsgebühren, Raterteilung, Fall, Brunnenstraße vierzig. 57b
- Vermietungen.** Zimmer. Separat möbliert vermietet Birwe Bäder, Biondstraße 49 III. Preis 10 Mark. 763

Sonder-Angebote für den Hochsommer.

Sommer-Joppen für Herren	90 Pf.
Lüstre-Jackets f. Herren. Schwarz	2 Mk. 65
Cachemire-Jackets für Herren ganz gefüttert	6 Mk. 50
Schul-Anzüge 6, 5, 4, 3, 2,50 bla	1 Mk. 80
Lawn-tennis-Anzüge f. Herren	6 Mk.
Herren-Wasch-Anzüge 9 Mk.	5 Mk. 75
Herren-Anzüge moderner Fischgrat	18 Mk.
Loden-Havelocks für Herren	6 Mk. 75
Herren-Hosen effektvolle Buckskins	4 Mk. 50
Anzüge nach Maass reine Wolle	27 Mk.

Beste, billigste Strohhüte:
 Kniff-Hüte 2, 1 Mk., 65 Pf. | Palm-Hüte 1 Mk. 25 | Binsen-Hüte 90 Pf.

BAER SOHN

Fabrikation u. Maass-Anfertigung guter Herren- u. Knaben-Bekleidung
 Chausseest. 24a/25 || II Brückenstr. II || Gr. Frankfurter Str. 20

Die 19te Preisliste 1902 über gesammte Herren- und Knaben-Ausstattungen wird kostenlos und portofrei zugesandt.

Teilzahlung Möbel-Fabrik „Nord-Ost“

(Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung), Tilsiterstr. 70. Bilanz-Conto per 31. Dezember 1901.

Activa.	Passiva.
Materialien, Divers: 4272,33	Creditoren 2254,41
do. fertige Arbeit: 488,—	Darlehne 13974,31
do. halb fertige 1000,—	Gesellschaftsanteile der Mit-
Utenilien 2447,—	glieder 300,—
Cassa 814,73	Reservefonds 143,88
Wechsel 167,—	Reingewinn 168,99
Debitoren 7652,06	
	16841,71

Mitgliederzahl am 31. Dezember 1901: 9. Neu eingetreten: keine. Ausgetreten: einer. Betrag der Postsumme: 30 Mark. Geschäftsguthaben 30 Mark. Das Geschäftsguthaben sowie die Postsumme der Genossen hat sich nicht vermehrt und nicht vermindert.

Dr. Simmel, Prizenstr. 41. Specialarzt für 25/17* Haut- und Harnleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Blinde Stuhlflischer bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gefertigt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeleitet. Adresse: Kuldschstraße 27, K. Gläser.

Stellenangebote.

Arbeiter-Genossenschaft sucht sofort für Freitag Dirigenten. Offerten erbitte an Kohle, Wollschlocherstraße 72 vorn II.

Wanzen, der selbständig mit Start und Schwachstrom Beschäftigt, findet dauernde Stellung. Siegwitz, Brunnenstraße 98.

Stanger auf Holzgeräten verlangt Photographierarbeiten. Fabrik Wolf, Diefenbachstraße 33. 56b

Gutsarbeiterinnen, geübte, im Hause bei hohen Löhnen verlangen Schließung u. Sohn, Kaiser Wilhelmstraße 29. 118/2

Klempnerlehrling verlangt Lehrersstraße 41. 599*

Plätterinnen auf Oberhemden, Kragen, Knoschen, und eine, die auch Raschine plättet, dauernd verlangt Central-Dampf-Waschanstalt Kreuzbergstraße 7. 48b*

Suche alte Frau oder junges Mädchen für nachmittags bei Kindern. Braun, Wiesenstraße 60, Overgebäude II. 773

Rechtskandidat

wünscht als Volontär in der Redaktion eines socialdemokratischen Blattes zu arbeiten. Offert. mit „Volontär N. T. 1033“ an Rudolf Mosse, Nürnberg.

Achtung! Holzarbeiter!

Gewerl hat folgende Werkstätten: Leide u. Co., Großbeerenstr. 54. Tischler und Raschinenarbeiter. Grün u. Gottwig, Gneisenaustr. 44/46. Wegner, Wilmersdorf. 833*

Achtung! Holzarbeiter!

Jung von Tischlern und Drechslern Werkstat Max Kirchheim, Spandau, ist fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.

Achtung, Korbmacher!

Gewerl hat die Werkstätten von Schloßinger, Stallhändlerstr. 18. Brückner, Bambus- u. Kogowarenfabrik, Klosterstr. 72. 84/4

Achtung!

Brauerei-Arbeiter!

Die Differenzen in der Vogenshofer Brauerei sind noch nicht geregelt. Die Agitations-Kommission.

Verantwortlicher Redacteur: Carl Reid in Berlin. Für den Interessent veranwortlich: D. Glöde in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Der Mordprozeß Thomashke.

Unter gewaltigem Andrang des Publikums begann gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I. der Giftmordprozeß gegen den Agenten Arthur Thomashke. Die Verhandlung findet in kleinen Schwurgerichtssaale statt, da der große vom Prozeß Sanden und Glesoffen in Anspruch genommen wird. Thomashke wurde schon um 8 1/2 Uhr aus dem Untersuchungsgefängnisse vorgeführt. Er trägt den linken Arm in der Binde. Vor etwa acht Tagen hat er in seiner Zelle einen

Selbstmordversuch

gemacht. Er hatte sich eine Bierflasche zu verschaffen gewünscht, die er zerbrach. Mit dem Scherben zerschneit er sich die Pulsader der linken Hand. Er hatte schon viel Blut verloren und würde seinen Zwerd erreicht haben, wenn ihn nicht ein Beamter durch das Guckloch in der Zellenhür am Boden liegend gesehen hätte. In der Zelle, in welcher Thomashke bis zum Beginn der Verhandlung wartet, ist er einer beständigen Beobachtung unterworfen, damit er nicht durch Einschlagen einer Fenster Scheibe den Versuch an der rechten Hand erneuert. Wegen seines Verhabens hat von einer Feststellung Abstand genommen werden müssen. Als der mutmaßliche Giftmörder in den Saal geführt wird, entsteht allgemeine Sensation. Thomashke ist ein hochgebauter Mann von kräftigem Körperbau. Sein nicht unschönes Gesicht zeigt die Blässe, welche die Nervosität und der begangene Selbstmordversuch mit sich bringen. Er trägt eine goldene Brille und macht überhaupt den Eindruck eines anständigen Mannes, dem man die ihm zur Last gelegte schreckliche That nicht zutruhen sollte. Den Vorsitz führt Landgerichts-Direktor Pohle, die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalt Randolph, die Verteidigung liegt in den Händen des Juristen Dr. Sello und des Rechtsanwalts Dr. Werthauer. Als Sachverständige sind Prof. Dr. Strahmann und Medizinalrat Dr. Rittenzweig sowie die Gerichtsmediziner Dr. Jelewich und Dr. Wischhoff geladen. Da 40 Zeugen zu vernahmen sind, wird die Verhandlung voraussichtlich drei Tage in Anspruch nehmen.

Thomashke blüht auf eine

böse Vergangenheit

zurück. Er ist am 4. Februar 1868 als unehelicher Sohn des Ungehobenen Woißschah und der unverheirateten Thomashke zu Potsdam im Kreise Rothenburg geboren. Er hat keine besonders gute Erziehung genießen können, sondern ist zumeist fremden Leuten anvertraut worden. Er widmete sich dem Kaufmannsstande. Schon in seiner ersten Stellung als Buchhalter vergriff er sich an der Porzellan- und zog sich eine erhebliche Gefängnisstrafe zu. Von jetzt ab ging es schnell mit ihm bergab, er begab sich auf das Gebiet der Kontoschwinderei, beging einen Betrug, eine Unterschlagung, eine Urkundenfälschung nach der anderen und wurde viermal zu erheblichen Zuchthausstrafen verurteilt. Im März d. J. traf ihn die letzte Verurteilung wegen Betrugs und Urkundenfälschung — sechs Jahre Zuchthaus und die üblichen Nebenstrafen. Aber auch der Mann, den der Angeklagte durch Stricheln und Leben gebracht haben soll, hatte eine dunkle Vergangenheit. Es war der 65jährige Geldvermittler Eduard Köppler. Er war siebenmal verurteilt, darunter ebenfalls viermal mit Zuchthaus. Köppler hatte als Inhaber eines Geldvermittlungsinstituts ebenfalls Leute angenommen und dieselben um die von ihnen hinterlegten Konten betrogen. Sein ganzes geschäftliches Treiben war ein anrüchliches. Köppler ernährte sich dadurch, daß er Geldmännern, welche im Hintergrunde bleiben wollten, Darlehensfuder nachwies, den Vermittler spielte und dafür seine Provision bezog. Hauptächlich gehörten Offiziere zu seinen Kunden, da diese die höchsten Zuchtszinsen bezahlen konnten. Köppler mußte die Wechsel, welche ihm die Schuldner ausstellen mußten, mit unterschreiben und ging dadurch den Geldgebern gegenüber selbst Verpflichtungen ein, wegen der er schließlich selbst in Anspruch genommen wurde. So soll er denn im September vor. J. wiederholt fruchtlos gepöndelt worden sein. Köppler und Thomashke hatten sich im

Zuchthaus in Brandenburg

kennen gelernt. Köppler wurde zuerst entlassen; er nahm sofort sein altes Gewerbe wieder auf. Als etwa sechs Monate später dann auch Thomashke auf freien Fuß gesetzt wurde, suchte dieser seinen Freund auf, der ihn mit Rat und That, mit Darlehen und Empfehlungen unterstützte. Sie verkehrten täglich mit einander. Diesen seinen einzigen Freund soll Thomashke am 30. September v. J. in dessen Wohnung, Greifswalderstraße 11, vergiften und dann bestohlen haben. Anfanglich wurde angenommen, daß Köppler sich selbst vergiftet habe, bald häuften sich die Verdachtsmomente gegen Thomashke aber derart, daß er am 24. Oktober v. J. in Haft genommen wurde. Köppler hatte im ersten Stockwerk des Hauses Greifswalderstraße 11 eine aus drei Zimmern und Küche bestehende Wohnung inne. Als seine Buchhalterin, Fel. Klara Streckmann, die zugleich seine Geliebte war, am Vormittag des 1. Oktober, vormittags gegen 9 1/2 Uhr, ihren Dienst antreten wollte, fand sie zu ihrer Verwunderung die Nordosttür nicht verriegelt. Als sie das Wohnzimmer betrat, sah sie ihren Chef angekleidet auf dem Sofa liegen. Sie sah sofort, daß er tot war.

Verschiedene Indizien, die wir am Sonntag dargelegt haben, deuten darauf hin, daß Köppler nicht, wie ursprünglich angenommen wurde, Selbstmord begangen hat, sondern von Thomashke mit Stricheln vergiftet worden ist.

Die Frage des Vorsitzenden, ob der Angeklagte sich schuldig bekenne, wird

entschieden verneint.

Es wird zur Feststellung der persönlichen Verhältnisse des Angeklagten geschritten, welches längere Zeit in Anspruch nimmt, da alle früher gegen ihn ergangenen Urteile zur Belesung gelangen. Sodann beginnt die Vernehmung des Angeklagten zur Sache. Der Angeklagte erklärt, daß er mit Köppler im Zuchthaus in Brandenburg bekannt geworden sei. Als er im August 1900 entlassen worden sei, habe er sich zu Köppler begeben, der damals bereits in der Prinzessstraße ein Darlehens-Vermittlungs-Bureau eröffnet hatte. Köppler habe ihm 25 Mark geschuldet, die Thomashke ihm vor seiner letzten Verhaftung geliehen haben will. Köppler habe ihm diesen Betrag bereitwillig zurückgezahlt. Der Angeklagte habe ein Wein- und Cigarren-Kommissionsgeschäft errichten wollen, wie sie bereits in Brandenburg verbrodet hatten, und hierzu sei Köppler ihm behilflich gewesen. Köppler habe ihm aber nicht auf dem Weg der Kontoschwinderei verholfen, sondern er sei aus eigenem Antriebe rüchsig geworden. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus habe er erst die Absicht gehabt, nach Ostpreußen auszuwandern, dann sei er aber auf den Gedanken gekommen, erst seinen Freund Köppler in der Prinzessstraße zu besuchen. Auf dem Korridor sei ihm die Frau Weder, die Wirtshauserin Köpplers, entgegengetreten. Auf seine Anrede, daß er Herrn Köppler sprechen möchte, habe ihm Frau Weder gesagt, daß er für niemand zu sprechen sei. Mit mir wird er wohl eine Ausnahme machen habe er erwidert und sei an der Frau vorüber ins Bureau getreten. „Willkommen, lieber Freund!“ Mit diesen Worten sei Köppler ihm entgegengetreten. Er habe ihm von seiner Absicht, nach Ostpreußen auszuwandern, mitgeteilt. Köppler habe ihm erzählt, daß er mit seinen Geldmännern in die Nähe gekommen sei, es schwebte gegen ihn ein Verfahren wegen Betrugs. Köppler habe dann angeboten, daß er einen Mann suche, der an seine Stelle bei den späteren Geschäften treten und ihn decken könne. Der Angeklagte habe sich dadurch von seinem Entschlusse, Berlin den Rücken zu kehren, abbringen lassen und sich am 15. August eine möbliert Zube gemietet, um Agentengeschäfte in Wein und Cigarren zu betreiben. Der Angeklagte erzählt ferner, daß er sich wenige Tage nach dem Mieten des möblierten Zimmers bereits eine Wohnung in der Christburgerstraße gemietet und vollständig mit Möbeln versehen habe,

die ihm auf Köpplers Empfehlung hin vom Möbelhändler Schrammke auf Abzahlung geliefert worden seien. Köppler habe ihm versprochen, daß er ihm im September 900 und im Oktober 900 M. Darlehen geben wolle. Köppler habe ihm außerdem mehreren Herren empfohlen. Er habe die Absicht gehabt, zu heiraten. Er hatte sich mit der Köchin Anna Reiber verlobt, welche zur Heirat drängte, weshalb der Hochzeitstag bereits auf den 4. Oktober anberaumt wurde. Kurz vor diesem Termine habe die Reiber erfahren, daß er gleichzeitig mit der unverheirateten Modistin Grezshowka ein Verhältnis unterhalte. Es sei zu einem argen Aufruhr gekommen, als die beiden Bräute am Abend des 29. September zufällig in seiner Wohnung aufeinandergetroffen seien. Entgegen der Annahme der Anklage, daß Thomashke in der Zeit vom 15. September bis zum 1. Oktober in einer dritten von ihm in Rezepten gemieteten Stube geschlafen habe, behauptet der Angeklagte, daß er stets in seiner Wohnung in der Christburgerstraße übernachtet habe. — Alle diese Feststellungen dienen dazu, um dem Angeklagten den Nachweis zu liefern, daß er bei seinen Ausgaben unmöglich noch so viel Geld haben konnte, wie nach dem Tode Köpplers bei ihm gefunden wurde. Der Angeklagte erklärt des Weiteren, daß er beide Mädchen durch Heiratsannoncen kennen gelernt habe. Es sei ziemlich zu gleicher Zeit gewesen und so sei es gekommen, daß er sich nicht sofort für eine derselben definitiv habe entscheiden können und sich mit beiden verlobt hatte. Als die Geschäfte von dem Sparlohnbuch über 1000 M. erhöht wird, welches vom Angeklagten dem von ihm angenommenen Kassendirektor Knoblauch als Kautionsabnahme wurde, behauptet der Angeklagte, daß Köppler ihn hierzu angelistet hat. Es werden dann die von Köppler abgewickelten Geldgeschäfte erörtert. Am 3. Oktober sollte Köppler den Offenbarnungsbeid leisten. Dieses war ihm höchst unangenehm. Am 30. September soll er über Unwohlsein und Kopfschmerzen geklagt haben. Er ging zum Arzt und ließ sich Antipyrin verschreiben, besorgte sich die Medizin aber nicht. Der Angeklagte will einmal von Köppler die Anweisung gehört haben: „Ra, nächste Woche ist es mit mir vorbei, und schließlich hieraus, daß Köppler sich infolge der auf ihn einwirkenden Verlegenheiten mit Selbstmordgedanken getragen habe. Dagegen sollen Zeugen auftraten, welche bekunden sollen, daß Köppler auch zu damaliger Zeit stets viel Geld bilden ließ. Der Angeklagte behauptet, daß das freundschaftliche Verhältnis, welches früher zwischen Köppler und Holzappel bestand, in letzterer Zeit vor dem Tode Köpplers einen Miß erhalten habe. Köppler habe auch Verpflichtungen gegen Holzappel gehabt und auch der letztere habe wiederholt mit Forderung gedroht. In weiterschweifender Weise trägt der Angeklagte die verschiedenen Schiedsmittel und Vereinbarungen vor, die zwischen ihm, Köppler und Holzappel vereinbart und abgeschlossen wurden. In vielen Punkten werden ihm vom Staatsanwalt Widersprüche nachgewiesen, die der Angeklagte dann wieder in gewandter Weise anzulären sucht. Ferner bleibt der Angeklagte dabei, daß Köppler ihm seine in Aussicht stehende Erbschaft für 2000 M. abgekauft habe und zwar in erster Linie aus dem Grunde, daß er dann bei Leistung des Offenbarnungsbeides mit gutem Gewissen beschwören könne, er besitze nichts.

Um 6 Uhr verläßt der Vorsitzende die Verhandlung bis Mittwochvormittag 9 1/2 Uhr. Die Vernehmung des Angeklagten wird sich dann um den Aktenpunkt, den Giftmord, drehen.

Tokales.

Mordprozeß Thomashke.

Es ist im Grunde genommen eine recht elende und erbärmliche Sache, um die es sich in der gestern eröffneten Verhandlung gegen den „Agenten“ Arthur Thomashke handelt. Der verstorbene Zuchthäuser und Buchhalter Köppler ist wahrscheinlich nicht das höchste Strichelnwert gewesen, das sein Kollege Thomashke an ihn verwendet haben soll. Und ebenso ist das menschliche Interesse für den des Todes Angeklagten nur gering — sei es nun, daß er schuldig gesprochen wird, d. h. ob er sein Leben ein für allemal im Zuchthaus oder durch einen abscheulichen Akt unsrer mittelalterlichen Gerechtigkeit noch rascher beschließt, sei es, daß er freigesprochen wird, d. h. weiter wie blöher sein Zuchthausleben ab und zu durch ein paar freie Jahre unterbricht.

Es ist die alte schamige Tragödie des Gewohnheitsverbrechens. Unehelich geboren, schlecht erzogen, wenig unterrichtet, kommt Thomashke im Alter von 18 Jahren zum erstenmal ins Gefängnis. Der Leichtsinnige verläßt es als vollkommener Verbrecher. Seit jener Zeit ist sein Leben eine Kette von Zuchthausstrafen geworden. Kaum entlassen greift er, um sich Geld zu verschaffen, immer wieder zu seinem alten Gewohnheitsverbrechen, dem Kontoschwindel. Seine ganze nicht geringe Intelligenz und Schlagfertigkeit weiß er zu nichts Besseren mehr zu verwenden als zum Kampfe gegen das Gesetz, zur tabulistischen Ablehnung oder Beschönigung seiner verbrecherischen Handlungen.

Trotzdem wird dieser Mordprozeß, obwohl es sich darin sozusagen um „innere Angelegenheiten“ der Verbrechertwelt handelt, auf lebhaftes Interesse Anspruch erheben dürfen.

Das schon einmal deshalb, weil die Beziehungen der beiden Verbrecher weit in die Welt hineinreichen, die sich die gute nennt. Wenn elegante Kapitalkräftige Herren, wie z. B. der Kaufmann v. Rheinbaben, andern, noch eleganteren, aber minder kapitalkräftigen Herren Geld zu Zuchtszinsen leihen, so bedienen sie sich als Mittelsmännern der sogenannten „Schlepper“, Leuten aus der Gese der Gesellschaft. In dieser Kategorie dunkler Ehrenmänner hat auch der verstorbene Agent Köppler gehört.

Dann ist aber der Prozeß auch darum interessant, weil es sich hier um einen jener Indizienbeweise handelt, die gerade in letzter Zeit so vielfach allgemeinen kritischen Erörterungen unterzogen worden sind. Man hat Köppler am 1. Oktober tot in seiner Wohnung aufgefunden. Als Todesursache wurde eine Strichelnvergiftung festgestellt; es wurde ermittelt, daß Thomashke am Abend zuvor bei ihm gewesen sei und Wertgegenstände besitze, die aus dem Besitze Köpplers herrührten. Die Lage des Leichnams und die Ordnung, die in dem Zimmer herrschte — obwohl Strichelnvergiftungen bekanntlich fürchtbare Kämpfe hervorrufen — ließ Selbstmord so gut wie ausgeschlossen erscheinen. Aus diesen hauptsächlichsten Gründen richtete sich der Verdacht der Behörde gegen Thomashke. Erst der weitere Verlauf der Verhandlung wird zeigen, ob sich die Kette dieser Indizien schlüssig läßt.

Das Polizeipräsidium erläßt folgende Warnung: Beim Beginn der heißen Jahreszeit pflegen durch Zeitungsinferats und gedruckte Rundschreiben allerlei chemische Präparate, meist unter Pseudonymen und ohne Angabe der Zusammenetzung, als Zusaße zur Milch, um deren Gerinnung zu verzögern, empfohlen zu werden. Vor dem Ansauf und der Verwendung dieser Mittel wird dringend gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die im stände wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitschädliche Eigenschaften zu verleihen.

Das einzig empfehlenswerte Verfahren, um im Haushalte die Milch vor dem Sauerwerden möglichst lange zu schütten, ist: die Milch so frisch wie möglich kaufen, sofort nach dem Ansauf sie richtig

ankochen und sie alsdann schnell abgekühlt an kühlem Orte in einem Gefäße mit überfließendem Deckel, und zwar am besten ohne Ansaufen in dem Gefäße, das zum Abkochen diente, aufzubewahren. Milch, die kleineren Kindern gegeben wird, sollte vor Verabfolgung an sie jedesmal erst von einem Erwachsenen gekostet werden, um festzustellen, ob sie auch nicht sauer oder bitter schmeckt.

Der Milch, die mit chemischen Konservierungsmitteln versetzt ist, einführt, selbst oder verkauft, hat Bestrafung auf Grund von § 81 der Polizeiverordnung vom 15. März 1902 und Verfolgung auf Grund des Nahrungsmittelgesetzes zu gewärtigen. Das in Produzenten- und Händlerkreisen hier und da noch übliche Verfahren, Brennmesseln in die Milch zu legen, um sie zu konservieren, fördert die Gerinnung der Milch viel mehr, als es sie versetzt, ist schon aus einfachen Reinlichkeitsgründen durchaus zu verwerfen und ist außerdem geeignet, die Milch gesundheitschädlich zu machen.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung am Donnerstag u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Die Akten betreffend die Wahl des Rechtsanwalts Galland, Alexanderstraße 50, und des Kaufmanns Modler, Zehrbühlstraße 93, zu Stadtverordneten. — Berichterstatter über den Antrag von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Aufhebung der Magistratsverfügung vom 29. Oktober 1901 bezüglich der Nichtanwendung des § 610 des Bürgerlichen Gesetzbuches. — Berlangen betreffend: die Annahme der dem Kaiser und Kaiserin Friedrich-Kinder-Krankenhaus zugewillenen Legate des verstorbenen Rentiers Wilhelm Vothe und Karl Theodor Wilhelm Woefcke, — die Bewilligung von 4000 M. zu Ehrenpreisen für das in der Zeit vom 6. bis 18. Juli d. J. abgelaufene XX. Mitteldeutsche Bundesfestspiel, — die Herstellung von zwei verzierten Eisenstücken bei den neuen Leberwurstschäufeln der Auktal für Epileptische „Bühlgarten“ zur Befestigung des Hauswäpels, — den erfolgten Druck der Berichte der zum Besuch der Pariser Welt-Ausstellung entsandten städtischen Angestellten zc., — die Versorgung der Gemeinde Friedrichshagen mit Wasser aus dem städtischen Wasserwerk am Müggelsee, — die Erwerbung der zur Kinarstraße bestimmten Fläche des ehemals Koppel-jezt Meyerischen Grundstücks, — die Erstattung von Akten für Versteigerung der Kopenhagenerstraße von Straße 16 bis Straße 9, Abteilung XI, an die Vaugesellschaft Bellevue — und den Erlaß zweier Ortsstatute bezüglich der Hinterbliebenen-Versorgung der Kommandanten und sonstigen Angestellten der Stadt Berlin. — Verantwortung der Anfrage von Mitgliedern der Versammlung betreffend die Vermietung des ehemaligen Köllnischen Rathhausgrundstückes.

Heber eine bedauerliche Folge-Erscheinung der Hundesperre berichtet die „Gefiederte Welt“. Aus der vorletzten Sitzung des Vereins „Regintha“ sei einer Beobachtung Erwähnung getan, die Herr Franz Krüger machte und die auch von andern Mitgliedern bestätigt werden konnte. Die Gartenanlagen auf den öffentlichen Plätzen unsrer Stadt sind zwar stets nicht allzu sehr von Vögeln bevölkert gewesen; daß sie aber in diesem Jahre noch spärlicher von Vögeln bewohnt werden, daran sei die Hundesperre schuld. Seitdem diese in Kraft getreten, finden sich in der Nacht so viel Kraken in den Gartenanlagen ein wie niemals zuvor, und diese gefallen auch nicht den geringsten Vogelbestand.

Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Bürgerliche Mütter brachten gestern eine Nachricht des Inhalts, daß der Vorsitzende des Lederarbeiter-Verbandes, Heinrich Weiswenger in Berlin, unter Mitnahme einer größeren Geldsumme verschwunden ist. Wir haben daraufhin Ermittlungen in dieser Angelegenheit angestellt und dabei erfahren, daß es sich tatsächlich so verhält, wie berichtet wird. Wenn auch die Darstellungen der bürgerlichen Presse in Einzelheiten unrichtig sind, so treffen sie doch in der Hauptsache zu. Weiswenger hat die Verbandskasse, die er seit etwa neun Jahren im Verbands der Lederarbeiter bekleidet, in der schamhaftesten Weise mißbraucht, er hat die Verbandskasse um eine erhebliche Summe — soweit sich bis jetzt übersehen läßt, 20—25 000 M. — befohlen und nach einem wohl vorbereiteten Plane die Kasse ergriffen. Wir haben über die schändliche Handlungsweise Weiswengers folgendes erfahren:

Weiswenger, der als Centralvorsitzender des Verbandes zugleich die Geschäfte eines Hauptkassierers versah und auch das Verbandsorgan redigierte, war der einzige besoldete Beamte seiner Organisation. Er bezog bisher ein Jahresgehalt von 1800 M. In Pfingsten erbat und erhielt Weiswenger einen Urlaub von einer Woche, um seinen schwer kranken Vater in Schlesien zu besuchen. Weiswengers Frau reiste gleichzeitig auf seine Veranlassung zu ihren Angehörigen, und als sie am Mittwoch der vorigen Woche zurückkehrte, fand sie einen Brief ihres Schwiegervaters vor, aus dem hervorging, daß ihr Mann gar nicht dort gewesen war. Frau Weiswenger machte nun dem zweiten Vorsitzenden des Verbandes Mitteilung von ihrer Entdeckung und nunmehr wurde festgestellt, daß Weiswenger unter Mitnahme von zwanzig und einigen tausend Mark verschwunden ist. Die Gelder hat er wahrscheinlich schon seit längerer Zeit aus den laufenden Einnahmen zurückgehalten und die Unredlichkeit durch noch nicht aufgeklärte Manipulationen vor den Revisoren zu verbergen gesucht. Das auf der Deutschen Bank angelegte Verbandsvermögen im Betrage von 24 000 M. hat Weiswenger nicht angegriffen können, da es betragt angelegt ist, daß nur die beiden Vorsitzenden gemeinsam Gelder abheben können. Der zweite Vorsitzende Wulke weilt zur Zeit in Hamburg, um mit dem Verbandsauschuß, der dort seinen Sitz hat, über die weitere in dieser Angelegenheit zu unternehmenden Schritte zu beraten.

Ein bödsartiger Anflug beschäftigt jetzt die Kriminalpolizei. Vor kurzem erhielt die Frau eines Steueramts-Assistenten mehrere mit „Dr. Land“ unterzeichnete Briefe, in denen ihr angelobt wurde, daß ihr etwas andres passieren werde, wenn sie nicht bald komme und sich gesund machen lasse. Diese Briefe waren um so gemeiner, als der Schreiber sie so gehalten hatte, daß der Mann der Empfängerin leicht an deren Exene zweifeln konnte. Nicht genug damit, daß der Anhold so mit dem Blick einer Familie spielte, behelligte er durch Fortsetzung des Anflugs noch einer andren Richtung auch noch eine Reihe anderer Leute und verurteilte einen höchst peinlichen öffentlichen Aufruf. In derselben Stunde bestellte er auf Briefbogen, die „Dr. Land“ gesampelt und unterschrieben sind, je einen Mitteilungswagen von Kopp, Litz, Münzel und Swade, drei Leichen und zwei Brautwagen nach dem Hause an der Ecke der Schönhauser Allee und der Böhmerstraße. Die Kriminalpolizei hat jetzt ein Verfahren zur Ermittlung des Briefschreibers eingeleitet, da der Steueramts-Assistent und die Inhaberin des Straßenzuges gemacht und die Briefe eingereicht haben. Die Herren Kopp, Litz und Münzel haben auf die Ermittlung des „Dr. Land“ eine ansehnliche Belohnung ausgesetzt.

Zu der Verhaftung eines Fälscherpärchens wird noch folgendes mitgeteilt. Der Mann ist ein Russer Julij Alessi, ein nicht unbedeutender Geigen- und Cellospiele, der vielfach zu internen Veranstaltungen in hohen italienischen Kreisen herangezogen wurde und von solchen Gelegenheiten mancherlei Widmungen besitz, Krawattenmadeln, Manikettentücher usw. Seine Gelfebte ist eine Marie Lorecine. Als Alessi hierher kam, um für eine Mission solche 100-Streunoten aufzertigen zu lassen, beschloß er kaum noch das Alternotwendigste. Bei der Bestellung der Noten konnte er keine Anzahlung leisten, ließ vielmehr seine wertvollen Maniketten-

nöpfe zum Pfande. Dann fuhr er nach Leipzig, lehrte von dort nach vier Tagen zurück und hatte Geld, so daß er die Stöße mit einem 50-Markstein auflösen konnte. Wahrscheinlich hatte er in Leipzig Helfershelfer, die ihm in der Verlegenheit beistanden. In der letzten Zeit war er sehr aufgeregt. Es ging ihm sehr schlecht und das nasse Wetter, das der Fortschritt des Papiers sehr hinderlich war, verzögerte die Vollendung der Manuskripte von einem Tage zum andern. Der arme Mann begnügte sich mit einem kleinen Hotelzimmerchen in der Linkstraße und lebte im wesentlichen von Wasser und Brot. Es scheint, daß seinen Kompagnen die Geschichte zu lange dauerte und daß sie sich deshalb von ihm abwandten. Für Alessi, der an ein gutes Leben gewöhnt war und es in der ersten Zeit auch in Berlin noch geführt hatte, war diese Lage doppelt unangenehm. Um so mehr freute er sich, daß die Papiere nun endlich fertig waren, bis die Verhaftung eine noch größere Enttäuschung brachte. In der Druckerei sprach er zunächst so gut deutsch, daß er sich mit dem Geschäftsmann recht gut verständigen konnte. Ein andres Mal aber hatte er die deutsche Sprache ganz verloren. Das kam daher, weil noch ein Bekannter des Geschäftsinhabers zugegen war. Er scheute sich, in Gegenwart eines Dritten über seine Angelegenheit zu sprechen.

Die beiden Ortsräte über die Hinterbliebenen-Versorgung der Gemeindefamilianten und sonstigen Angestellten der Stadt Berlin, der Direktoren, Melde-, der angestellten Lehrer und Beamten sämtlicher städtischen Schulen, sowie aller pensionsfähig im Dienste der Stadt und der städtischen Betriebe angestellten Personen sind vom Oberpräsidenten mit einigen Veränderungen genehmigt worden. Diese sind vom Magistrat schon angenommen worden und unterliegen nunmehr noch der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung.

Verloren oder gestohlen? Am 10. Mai d. J. ist auf einen vor dem Hause Markgrafenstr. 52 ohne Aufsicht haltenden Koffwagen von einem Unbekannten ein Paket in gelbbraunem Packpapier gelegt worden. — Das Paket enthält 100 Stück gleiche Gläser aus farblosem Glase. Dieselben sind von zylindrischer Form und je 8,5 Centimeter hoch. Der Durchmesser ist je 1,5 Centimeter. — Das Paket dürfte aus einem Diebstahle herrühren oder verloren gegangen sein. — Meldegenossen wollen sich in den Vormittagsstunden zwischen 9—1 Uhr im Polizeipräsidium, Zimmer 249, melden.

Eine ungewöhnliche Liebestragödie. Der Schneidermeister Richard Judenschwager, ein Mann von 34 Jahren und Vater von vier Kindern im Alter von 4 1/2 bis 10 Jahren, hatte bei seiner Wohnung in der Süssitenstraße Nr. 39 eine Arbeitsstube für Damenkonfektion. Bei ihm arbeitete seit einem Jahre u. a. auch die 35 Jahre alte Arbeiterfrau Martha Rau geb. Höpfer aus der Schwimmbadstraße Nr. 101, deren Mann in einer Kampfabzahnfabrik in Regal beschäftigt ist. Das Rausche Ehepaar ist seit 13 Jahren verheiratet und besitzt ebenfalls vier Kinder von 12 bis herab zu 2 1/2 Jahren. Aus dem Arbeitsverhältnis in der Judenschwager'schen Schneiderstube entwickelte sich allmählich ein Liebesverhältnis, das für beide Familien verhängnisvoll werden sollte. Frau Judenschwager entdeckte vor vier Wochen die Beziehungen ihres Mannes zu der Frau Rau, verwies diese aus der Arbeitsstube und verbot ihr fernere Zutritt. Damit waren aber die Beziehungen nicht gelöst. Judenschwager suchte vielmehr nun unter Vernachlässigung seiner Arbeit seine Geliebte anderwärts zu treffen und wurde wiederholt auch in dem Wohnhause der Frau Rau gesehen. Jetzt war auch hier der Familienfrieden dahin. Am Sonntagabend vor acht Tagen verließ Judenschwager seine Wohnung, um nicht mehr zurückzukehren. Nachdem hielt auch Frau Rau sich von den übrigen fern. Während aber ihre Geliebte auch nichts von sich hören ließ, schrieb sie alsbald ihrem Manne, daß sie nicht länger mehr leben wolle, weil sie die Verhältnisse, in denen sie sich befinde, nicht weiter ertragen könne. Nach einem Gruß an die Kinder erklärte sie, man werde sie im Regenjosef als Leiche wiederfinden. Ihren Geliebten erwähnte sie mit keinem Wort, und doch unterliegt es keinem Zweifel, daß sie verabredet hatten, gemeinsam in den Tod zu gehen. Die Nachforschungen blieben erfolglos, bis man acht Tage später in Plogensee aus dem Spandauer Schiffsfahrkanal zwei Leichen landete, die nicht weit voneinander lagen, die eines Mannes und die einer Frau. Die weiteren Ermittlungen ergeben jetzt, daß der ertrunkene Mann Judenschwager und die Frau seine Geliebte Frau Rau ist.

Die Abneigung gegen das Hospital hat den 69 Jahre alten Buchbinder Ferdinand Wundt aus der Oranienstr. 39 in den Tod getrieben. Der Mann war seit einigen Jahren gebrechlich und sollte in ein Hospital gebracht werden. Davon wollte er jedoch nichts wissen; lieber ging er in den Tod. Nachdem man ihm einige Tage nicht gesehen hatte, fand man ihn gestern, Montag, in seiner Wohnung erhängt auf.

Einen tödlichen Ausbruch hat ein Unfall genommen, der dem Grünfrankhändler Schröder aus der Gartenstr. 33 zustieß. Der Mann geriet in der Luisenstraße zwischen seinen eignen Handwagen und einen Koffwagen, wurde von diesen überfahren und in hoffnungslosem Zustande nach der Charité gebracht.

Ein schweres Eisenbahn-Unglück hat sich gestern nachmittags auf der Kleinbahnstrecke Anzig-Perleberg zugezogen. Der mittags 12.30 von Anzig nach Perleberg abgehende Zug entgleiste zwischen den Stationen Joppenrade und Bielede. Die Lokomotive und ein Wagen wurden umgeworfen. Der Heizer und Lokomotivführer sind tot, Fahrgäste wurden nicht verletzt.

Aus der Polizeigeiselnhaft entwichen ist der 26 Jahre alte „Arbeiter“ Ernst Thimma aus der Marienburgstr. 29. Thimma gehört zu den Leuten, die den Sicherheitsbeamten im Gefängnisviertel in der letzten Zeit den Dienst nicht leicht machten. Am Donnerstag voriger Woche wollten, wie wir mitteilten, ein Sittenbeamter spät abends vor dem Hause Brunnenstr. 5 ein Mädchen festnehmen, wurde aber von Thimma, der aus der Thürische herausgesprungen kam, überfallen. Ein Schutzmann der Revierpolizei sprang seinem Antagonisten von der Sittenpolizei bei und machte den Angreifer durch Säbelhiebe über den Kopf und eine Hand misshandelt. Der Verwundete wurde als Polizeigeiselnhaft nach der Charité gebracht. Dort entsprach er am Montagabend aus dem Gewahrsam.

Straßenperung. Der gepflasterte Fußweg auf der Südseite der Straße unter den Linden vom Denkmal Friedrichs des Großen bis Charlottenstraße ausschließlich des Kreuzweges der letzteren wird von heute ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. Ebenso die Lindowstraße von der Müller- bis zur Reimendorferstraße.

Ein großer Dachstuhlbrand wüthete Dienstagmorgens in Schöneberg, Stegriedstr. 7. Hier war auf nicht ermittelte Weise kurz vor 6 Uhr im Dachstuhl des linken Seitenflügels Feuer ausgebrochen, das sich mit unheimlicher Schnelligkeit ausbreitete. Gleich die Ort-Firewehre in wenigen Minuten zur Stelle war, hatten die Flammen doch bereits auch das Dach des Quergebäudes erfaßt. Um ihnen nach beiden Seiten hin den Weg abzuschneiden, ließ Brandinspektor Flöter mit vier Dampfspritzengroßen angreifen. Obgleich durch die große Hitze der Rauch stark niedergedrückt wurde und so die Löscharbeiten erschwerte, konnte doch nach 1/2stündiger Arbeit die Hauptgefahr für beseitigt gelten. Allerdings sind beide Dachstühle und zahlreiche Bodenlammen eingestürzt. Die Feuerwehreinheiten hatten zwar unter Rauch und Hitze schwer zu leiden, hielten aber tapfer aus. Die vollständige Ablösung, sowie die Aufräumungsarbeiten nahmen die Wehr noch mehrere Stunden in Anspruch.

Feuerbericht. Auch in den letzten 24 Stunden hatte die Wehr wieder zahlreiche Alarmierungen zu verzeichnen. In der Nacht zum Dienstag wurde sie nach der Frenzlauer-Allee 49 gerufen. Hier hatte sich ein großer Posten Preßlofen entzündet. Die Wehr machte längere Zeit aus einer Schlauchleitung Wasser geben, um die

Flammen zu ersticken. Auch in der Maternstr. 9, Weinbergstr. 7 und dem Schlesiens Güter-Wahnhofen mußten Kohlenbrände abgelöscht werden. Anfang am öffentlichen Feuermelder lag einer Alarmierung zu Grunde, die Dienstag früh gegen 3 Uhr nach der Christianstraße erfolgte. Der Täter konnte leider nicht ermittelt werden. Montagabend 11 Uhr mußte in der Adlerstr. 25/26 ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Kurz vorher hatten in der Kleinen Alexanderstraße 1b Gardinen und Kleidungsstücke in einer Wohnung Feuer gefangen, das indes in kurzer Zeit abgelöscht werden konnte. Dienstag früh 6 Uhr wurde die Wehr nach dem Urhanhofen gerufen. Hier waren zwei Pferde samt dem Wagen in den Hofen gestürzt und drohten zu ertrinken. Es gelang indes der Wehr die beiden Pferde unversehrt wieder aus Land zu ziehen. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Feuermeldungen von der Köbenerstr. 6 und der Fionstr. 3 ein, die jedoch auf unbedeutende Anlässe zurückzuführen waren.

Ein schweres Unglück, verursacht durch das leichtfertige Umgehen mit Petroleum beim Feueranmachen, hat sich gestern Abend gegen 1/10 Uhr in der Markgrafenstraße ereignet. In dem Hause Nr. 6 wohnt in der 1. Etage des Anzeigebüdes der Schneider Wertsch mit seiner Frau und zwei Kindern, einem 12jährigen Mädchen Lucie und einem 10jährigen Knaben. Der Knabe ist krank und bettlägerig und auch Herr Wertsch ist leidend, weshalb ihm vom Arzt Spaziergänge verordnet worden sind. So hatte er sich auch gestern Abend aus der Wohnung entfernt und auch Frau Wertsch war ausgegangen und hatte es, wie schon häufig, der zwölfjährigen Tochter überlassen, das Abendrot fertigzustellen. Die Kleine hatte die Kochmaschine angezündet und um das Feuer schneller in Glut zu bringen, goß sie aus einer Flasche Petroleum auf die glimmenden Kohlen. Im nächsten Augenblick schoß eine Feuerfäule empor und setzte die leichte Kleidung des Kindes in Brand. Das Mädchen rannte die Treppe herunter über den Hof nach der Straße. Hier gelang es den Passanten, dem Mädchen die brennenden Kleider vom Leibe zu reißen, doch hatte es bereits am ganzen Körper schwere Brandwunden erlitten. Der Markgrafenstr. 6 wohnende Arzt Dr. Brau leistete der Verunglückten die erste Hilfe; dann wurde das Kind nach dem Krankenhaus gebracht.

Eine Ausstellung moderner Kunstwerke und kunstvoller, auf der Maschine hergestellter Nähnarbeiten findet gegenwärtig in den Verkaufsräumen der Singer-Nähmaschinen-Fabrikgesellschaft bei freiem Zutritt statt.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Heute Mittwochabend von 7 Uhr ab findet für den vierten Bezirk eine Flugblatt-Verteilung statt. Treffpunkt bei Altsch, Werderburgerstr. 7. Eine zahlreiche Beteiligung wird erwartet.

Schöneberg. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde zunächst eine Petition von Grundstückseigentümern um Ausdehnung der Ostseite der Straße auf Vaukstraße in dem Magistrat zur Verordnungslegung übergeben. Wesentlich unterliegt das Weslich des Wannsee-Canals gelegene Gelände der Vaukstraße II, wonach nur sogenannte Landhäuser, also keine vier Stock hohen Wohnhäuser errichtet werden dürfen. Einmütig Magistrat und Regierung diesem Wunsch zu, so würden natürlich die augenblicklichen Besitzer ein kolossales Geschäft machen. — Sodann gab die Versammlung ihre Zustimmung zur Errichtung von Wechseln an der Realschule und zur Aufstellung dreier Oberlehrer und eines Vorkurslehrers. — In den Ansuchen für Heberlösung des Platzes Y an die Kirchengemeinde wurde auch Genosse Panzer und in den Ansuchen für den Ausbau der beiden Plätze in der Rubensstraße Genosse Hoffmann gewählt. — Zu Mitgliedern der Deputation des städtischen Arbeitsnachweises wurden an Stelle Mischke und Schuber die Parteigenossen Buchdrucker Wollermann und Schuhmacher Grunow ernannt.

Aus Friedenau schreibt man uns: In eigenartiger Verleumdung erwidert die Gemeinde- und Polizeiverwaltung unsere Villenorte in der letzten Gemeindevertreterversammlung. Wurde schon vor geraumer Zeit durch den „Fall Kroski“ offenbar, daß innerhalb der Gemeindeverwaltung Mängel vorhanden sind, welche schließlich auch von der Aufsichtsbehörde gelegentlich einer Revision festgestellt wurden, so lieferte die erwähnte Sitzung den Beweis, daß auch in andern Absichten nicht alles ist, wie es sein sollte. Punkt 5 der Tagesordnung lautete: „Antrag des Herrn Spitzheller Döring, Dr. Wilmersdorf, um Genehmigung zur Aufstellung einer Laterne“. Mit ihm die Aufstellung einer Reklamelatere aus kein bedeutendes Ereignis für einen Berliner Vorort, so sind doch die begleitenden Umstände eigenartig genug. Diese Laterne paradiert nämlich schon eine geraume Weile, ohne daß die Genehmigung der Gemeindevertretung eingeholt wurde, auf öffentlicher Straße, und zwar direkt vor dem Gemeindebureau. Aus dem Mysterium des Schöffen Dräger ging nun hervor, daß der Gemeindevorsteher die Erlaubnis zur Aufstellung erteilt habe, wozu er gesetzlich nicht berechtigt war, daß die Aufstellung vor dem Gemeindebureau jedoch auf einem „Versehen“ beruhe. Die Gemeindevertretung beschloß gegen fünf Stimmen, daß die Laterne zu entfernen sei. In der Diskussion laut auch noch zur Sprache, daß es dem „Sportplatz“ möglich gewesen ist, sich an die Kanalisation anzuschließen, ohne die Genehmigung der Gemeinde hierzu zu haben. Es ist einfach ein Loch in den nächstbesten Gully geschlagen und ein Rohr eingeführt worden; diese Arbeiten wurden am hellen Tage ausgeführt, ohne daß die Polizei etwas davon sah! (?) Daß wir indessen nicht zu wenig Polizeibeamten haben, werden alle Radfahrer bezeugen, welche einmal unsere „Prachstraße“ befahren haben. — Einige sozialdemokratische Gedächtnisreden dürften auch für unsern Ort am Platze sein; die Kritik anläßlich solcher Vorkommnisse wird sich dann in anderer Richtung bewegen als das zur Zeit geschieht.

Ein Todesurteil. Das Opfer einer überaus anstrengenden Marschübung ist der Foted. Corr. zufolge am Montag der Gefreite Paul Jenker von der 4. Compagnie des Garde-Jäger-Bataillons geworden. Das Bataillon rückte am Montagmorgen zu einer sechsstündigen Schießübung nach Döberitz aus. Trotz der großen Hitze erfolgte der Anmarsch erst um 7 1/2 Uhr, und so mußten die Garde-Jäger im glühend heißen Sonnenbrand eine sich bis gegen Mittag ausdehnende Gefechtsübung nach Döberitz durchmachen. Nach Mitteilung eines Berichtsführers wurden dabei etwa 60 Jäger unterwegs marode. Mehrere fielen infolge der Hitze um und lamen ins Lazarett, während der Gefreite Jenker, etwa 10 Minuten von Döberitz entfernt, einen Schlaganfall bekam, an dem er abends 7 1/2 Uhr im Döberitzer Lazarett verstarb. Sein Hauptmann, Freiherr von Humboldt's Nachfolger, bemühte sich schon um den hoffnungslosen jungen Mann, den man durch Oeffnung der Pulsader zu retten hoffte. Er ließ auch durch einen radsahrenden Jäger die Verwandten Jenkers in Potsdam benachrichtigen, während die Eltern, die in Storfow wohnen, telegraphisch von dem Unfall verständigt wurden. Sie reisten sofort nach Döberitz ab, saßen dort aber ihren Sohn nur noch als Leiche wieder. Angesichts dieser traurigen Sachlage mag mancher wohl die Frage aufwerfen, ob es notwendig war, eine derartig anstrengende Übung bei voller Tageshize abzuhalten?

Flüchtiger Deseruant. Aus Spandau ist der dortige Kontursverwalter Heger nach Verurteilungen in Höhe von etwa 60000 M. spurlos verschwunden. Durch richterliche Verfügung wurde Heger seines Amtes enthoben. Die Angelegenheit erregt in Spandau das größte Aufsehen.

Gewichts-Beitrag.

Ein Landfriedensbruch-Prozess aus Anlaß des Streiks der Steinbrucharbeiter in Gommern, der zweite dieser Art, wurde vom 26. Mai bis 2. Juni vor dem Schwurgericht in Magdeburg verhandelt. Die Anklage stützt sich auf Vorgänge, die sich am

8. und 9. März vorigen Jahres bei den Steinbrüchen in der Umgegend von Gommern zugezogen haben. Während in den Brüchen Streikbrecher an der Arbeit waren, hatten sich in der Nähe eine große Zahl von Streikenden angefaßt, aus deren Mitte Verurteilungen gegen die Arbeitswilligen laut wurden. Es sollen auch Steine gegen dieselben geworfen und mit Knütteln geschlagen worden sein. Ursprünglich waren mehr als 100 Personen angeklagt. Die Voruntersuchung ergab aber so wenig Belastungsmaterial, daß nur gegen 8 Personen Anklage erhoben wurde. Der Hauptangeklagte ist Voigt, der Vorsitzende der Zentrale des Maurerverbandes in Gommern, der die Steinbrucharbeiter angehört. Voigt soll als Mädelöfener fungiert haben, ebenso die Angeklagten Lohse und Wöhme. Der Teilnahme am Landfriedensbruch waren beschuldigt Lohse, Kränze, v. Kutschowski, Frihe und Grünig. Während Voigt von der Anklage beschuldigt wird, die Vorgänge am 8. und 9. März planmäßig vorbereitet und geleitet zu haben, stellen ihm mehrere Zeugen, darunter auch einige Polizeibeamte, das Zeugnis aus, daß er während des Streiks stets zur Ruhe und Besonnenheit gemahnt habe, und daß überhaupt die Steinbrucharbeiter viel gestärkt geworden sind, seitdem sie unter dem Einfluß Voigts stehen. Voigt war auch, soweit wir es aus den Verhandlungsberichten sehen können, gar nicht an den Zusammenläufen und den vorgenommenen Ausschreitungen beteiligt, es scheint vielmehr, daß seine Mädelöferschaft aus dem Umstande geschlossen wird, daß er nicht zur Stelle war, um Ausschreitungen zu verhindern, von denen er keine Angabe nach gar nichts wußte. Als hauptsächlichste Belastungszeugen gegen Voigt trat eine Streikbrecherfamilie, Vater und zwei Söhne, auf, die während des Ausstandes in den Steinbrüchen arbeiteten. Es wurde festgestellt, daß dieser Streikbrecher-Vater selber bei einem früheren Streik Brandreden gehalten und gelacht hat, die Arbeitswilligen hätte man mit dem Hammer vor den Kopf schlagen. Der Vorsitzende des Gerichts meinte dazu, das wäre nicht so schlimm, denn zwischen Lohse und ihm sei noch ein großer Unterschied. Diese Auffassung ist gewiß richtig. Man könnte nur wünschen, daß alle Anklagezeugeten, die aus Anlaß von Streiks vor die Gerichte kommen, aus diesem Gesichtspunkt beurteilt werden. Die Gerichtsverhandlung endete, wie uns aus Magdeburg telephonisch mitgeteilt wird, mit schweren Verurteilungen von 7 der Angeklagten, während der achte, Grünig, freigesprochen wurde. Die Schuldsfrage auf Mädelöferschaft wurde verneint, und teils wegen schweren, teils wegen einfachen Landfriedensbruchs verurteilt: Voigt zu 8 Monaten, Lohse und Wöhme zu je 6 Monaten, Frihe zu 4, Lohse zu 3, Kränze zu 8 und von Kutschowski zu 9 Monaten Gefängnis. Allen Angeklagten wurden mildende Umstände zuerkannt.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieck Verlag) ist soeben das 35. Heft des 20. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes hebt wir hervor: Berufliche Germanisierung. — Kritisches. Von August Bedel. 1. Die Wahlreform in Bayern. 2. Das sozialdemokratische Reichstags-Handbuch. — Und zum drittenmal das besagliche Experiment. Von Rosa Luxemburg. (Schluß). — Kritische Uebersicht. Von Heinrich Cunow. — Literaturliche Rundschau: Karl Jentsch, Friedrich Vitz, Verthold Otto, Lehmann der Kulturgeschichte. Von Heinrich Schulz. Max Kaufmann, Heinrich Gharater und die moderne Seele.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postämter ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 6889 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern gehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“ (Leipzig, Dieck Verlag) ist soeben das 12. Heft des 12. Jahrgangs ausgegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer hebt wir hervor: Die neue Arbeiterbewegung! II. — Zum nächsten Lehrereventuar. Von M. K. — Zur Frage der gewerkschaftlichen Agitation unter den Arbeiterinnen. III. IV. — Aus der Bewegung. — Heftelton: Prüfungsamt. Von Andreas Schen. — Gesang der Jungen. Von Otto Kriese. (Widmung). — Notizen: Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Weibliche Gewerkschaften. — Soziale Gesetzgebung. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1902 unter Nr. 3051) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Die Dokumente des Sozialismus, herausgegeben von Ed. Bernstein, bringen im Juniheft des I. Jahrganges an erster Stelle acht Briefe von Karl Marx an Arnold Ruge aus den Jahren 1842 bis 1844. Mitteilungen über schwere Kämpfe im Familienleben, über die Bekämpfung der „Atheistischen Zeitung“, über geplante größere Arbeiten für die von Ruge herausgegebenen Zeitschriften, Urteile über literarische Erscheinungen des Tages, über die Berliner „Freien“ und ihren Herausgeber, über die Forderung der preussischen Regierung mit dem rheinischen Kreis, Vorwürfe hinsichtlich neuer Kampfschriften, und begehrtes Eingehen auf Ruge's Idee der Herausgabe einer Kampfschrift im Auslande — dies und anderes bildet den Inhalt der Briefe, die von der Zeit an, wo Marx sich nach seiner Promoterung in Bonn niedergelassen hatte, bis zu seiner Heberhebung nach Paris und der Gründung der Deutsch-Französischen Jahrbücher (1843—1844) hinabreichen, welche Zeitschrift die vorerwähnte Idee zur Ausführung brachte. Den zum Teil sehr ausführlichen Briefen sind eine ganze Reihe erklärender Bemerkungen über die in ihnen behandelten Personen, Schriften und Ereignisse beigegeben, die große Wichtigkeit davon aus der Feder von Franz Mehring. — Als zweiten Beitrag zur Geschichte des Sozialismus bringt das Heft einen Aufsatz über Robert Owens Sozialismus. Owens ist viel mehr als Philanthrop und Sozialreformer, denn als Kommunist bekannt geworden; ja, von verschiedenen Geschichtsschreibern des Sozialismus ist sogar behauptet worden, daß Owens überhaupt den vollständigen Kommunismus gerechtfertigt habe; an der Hand von verschiedenen Schriften Owens wird nun gezeigt, wie es sich mit diesem Punkt in Wirklichkeit verhält. — Als Urkunden des Sozialismus bringt das Heft eine Anzahl Aktenstücke aus der Buchdruckerbewegung des Jahres 1848.

Der Wahre Jacob hat soeben die Nr. 12 seines 19. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt hebt wir die zweifelhafte Bilder „Kinderarbeit auf dem Lande“ und „Die Toleranten bei der Arbeit“ hervor. An weiteren Illustrationen enthält die Nummer noch das Bild „Der Weg in den Himmel“ sowie die Zeichnungen „Redacteur Hühnerchen“, „Auf der Waage“, „Aus Rußland“ und „Unter Kraxen“. Der textliche Teil der Nummer bringt die „Widmung“, „Hamburg", „Gros-Glegie“, „Alle Bürger“, „Der Millionenschwindel in Paris“, „Frage“, „Des Grafen Heimkehr“, „Stallische Nacht“ (Von Max Müller) und außer einer Anzahl kleinerer Skizzen noch die großen Illustrationen „Zur schließlichen Finanznot“, „Aus einem Kafegedeh für gesinnungswürdige Redactoren“, „Zur Aufklärung“ und „Eine Forderung“. Der Preis der Nummer ist 10 Pf.

Das Gewerbegericht, Monatschrift des Verbandes deutscher Gewerbevereine, herausgegeben von Dr. Heinrich Carlottenburg-Berlin, Dr. Meißner-Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 9 des 7. Jahrganges außer der Rechtsprechung in deutschen Gewerbegerichten und Berufungsgerichten (Hamburg, Würzburg, Stuttgart), andern deutschen Gerichten (Berlin, Antwerpen II) u. a.: Zweiter Bericht der Archivverwaltung an den Ausschuss des Verbandes deutscher Gewerbevereine. — Die ministeriellen Vorschläge zur Verhältnismäßig Bon Stodrat Dr. Heise. — Einigungsämter: Das Gewerbegericht. Die Lehre von der Anrechnung. Von Gewerbebericht Stiel.

Der Arbeitsmarkt, Halbmonatsschrift der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (herausgegeben Dr. J. Jankow), Berlin, Verlag von Georg Reimer. Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweiser erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 17 des 5. Jahrganges unter anderem: Die Wirlungen der Krise auf die Steinbrucharbeiter. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau (Änderung der Beschäftigung im Ruhrrevier. Derhebung der Löhne in Oberschlesien. Konkurrenz ausländischer Arbeiter. Internationaler Bergarbeiterkongress); Textilgewerbe (Ausweisung der Maschinenführer. Forderung der Baumwollweber. Betriebsverhältnisse der Kammerputzereien); Holz- und Sägewerke (Beschäftigung in der Han- und Klobelindustrie); Bergwerke (Wichtigkeit der privaten Vorkaufsmittel in Großstädten. Verhältnisse der Beschäftigung in mittleren und kleinen Städten); Berufe (Lieferantenarbeit und Arbeitslosigkeit in den deutschen Hafenplätzen). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Statistik.

Unser Bundesgenosse im Süden, Von Arnold Blantenfeld. Berlin. Verlag Julius G. Buchhandlung, Steglitzerstr. 26, Berlin W. (Preis 1 M.)